

elan

**MAGAZIN
FÜR JUNGE LEUTE**

Schwangerschafts
unterbrechung:

**So istes in
der DDR**

elan ist am Ball:

**Alles über
Paul
Breitner**

Olympia:

**Gold für
unsere
Asse?**



elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.
Peter Bubenberger, Köln
(verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT
Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Roland Lang,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG
coopcreative
Jerken Diederich/
Annette Welke

REDAKTION
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

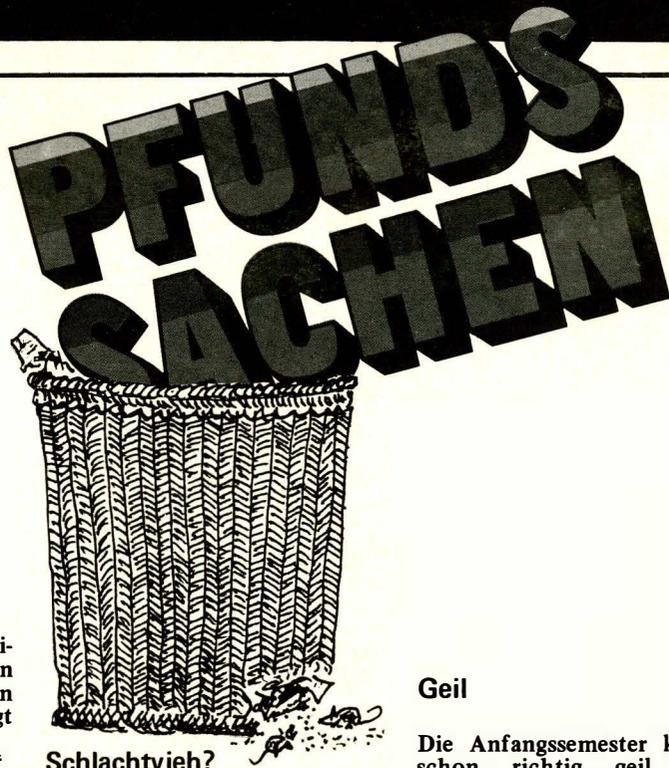
VERLAG
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

**VERLAGS-
GESCHÄFTSFÜHRER**
Werner Maletz

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10068742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290

DRUCK
Heska,
Klein-
Krotzenburg



Polski-Simca

Verlosung mit wertvollen Preisen! Als erster Preis ist von einer ostpreußischen Firma ein Simca-Personenwagen zugesagt worden.

„Das Ostpreußenblatt“, 17.6.72

Revolutionäre

Wir sind keine Partei – aber Revolutionäre gegen den nassen Tod.

„Zentralorgan der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft“, 5/72

Kommißkopp-Tränen

Es ist ja wohl das bisher traurigste Bild der deutschen Soldatengeschichte, daß sich 30 „Staatsbürger in Uniform“ aus Leck an das Bundesverfassungsgericht wenden wollen, um ihren langen Zottelmähnen den höchstrichterlichen Segen zukommen zu lassen. – Armes Deutschland!

Oberst der Reserve a.D. Schmidt, Kulmbach, in einem Leserbrief an „Die Welt“, 9.6.72

Schlachtvieh?

Zum Verkauf: 2jähriger Schäferhund und Fiat 124 zum Ausschachten. Anzeige in „Nahe-Zeitung“, 21.6.72

Geil

Die Anfangssemester kommen schon richtig geil, gierig, brünstig nach Schulungskursen zu uns . . . das sind die Kommunisten – von den Leninisten bis zu den Stalinisten. Politologe Prof. Dr. Schwan in „Quick“, 18.4.72



Anspruchsvolles Internat im Hochsauerland, Jungen und Mädchen, Hauptschule und Realschule, stellt ein, zu besten Bedingungen:

Offiziere oder Unteroffiziere a. D. als Gruppenerzieher

auch als Berufsanfänger zur Anlernung

Voraussetzungen sind: gute Allgemeinbildung, besondere sportliche oder musische Veranlagung, Bereitschaft zu konsequentem Einsatz.

Bewerbungen erbeten unter BuWe 297 an Gebr. Lensing Verlagsanstalt KG, DIE BUNDESWEHR, 46 Dortmund, Pressehaus.

Kampfauftrag

Ein harmonisches Zusammenwirken der SDAJ mit anderen Jugendgruppen ist in Göttingen nicht gewährleistet, zumal die SDAJ einen echten Kampfauftrag hat.“

CDU-Ratsherr Kummer lt. Protokoll der Jugendwohlfahrtsausschuß-Sitzung des Rates von Göttingen am 8.6.72 zur Ablehnung des SDAJ-Antrages auf Förderungswürdigkeit.

Aus dem Militärorgan „DIE BUNDESWEHR“, 4/1972.

Lieber Leser

Sport
 Alles über Paul Breitner 4
 Olympia: Gold für unsere Asse? 14

Arbeiterjugend
 Comic: Gesunde Wirtschaft 8
 Rote Fahnen sieht man besser 9
 Aus Betriebs- und Lehr-
 lingszeitungen 11
 9. DGB-Bundeskongress 12

10. Weltfestspiele
 Dem Festival entgegen 16

Kurzgeschichte 18

Jugendpolitische Blätter
 Arbeiterjugend bereitet
 Konferenz in Helsinki vor 19
 Arbeiterjugend und die
 europäische Sicherheit 20
 Bundesdelegiertenkonferenz
 der Deutschen Jung-
 demokraten 21
 Soldateninitiative
 Neumünster 22

elan-Politposter 24/25

Forum der Jugendverbände
 DGB-Aktionsprogramm
 1972 27
 DGB-Forderung zur beruf-
 lichen Bildung/ 4. Bundes-
 jugendkonferenz der
 Gewerkschaft HBV 29

Monats-Magazin
 Meinungsfreiheit in der
 Buwe? / Vietnam-Solidari-
 tät / Wie sich Barzel die
 Sporen verdiente / Eine Zeit-
 schrift wird 15 / Formel I-
 Rennen 31

International
 Wolfgang Gehrcke berichtet
 aus der Mongolischen
 Volksrepublik 34

elan testet Politiker
 Die DKP auf dem Prüfstand 36

**Schwangerschafts-
 unterbrechung**
 So macht man es in der
 DDR 38

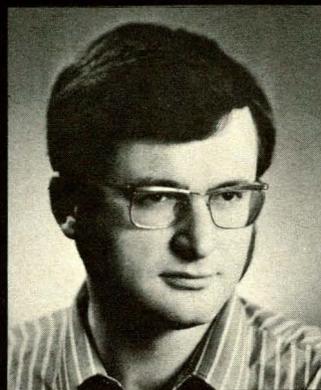
Antikriegstag 1. September
 Kampf gegen Wehrkunde 40

Kulturmagazin 42

Leser-Forum 46

Comic 48

Titelfoto: Horstmüller
Fotos: Archiv (5), Bartels (1),
 Bubenberger (1), DGB (3),
 dpa (2), Horstmüller (7), Listl
 (2), Meyer (1), Pierer (1),
 Rose (2) Schulte (1), Scholz
 (1), Siemering (1), Silber-
 zahn (2)



Die ganze Welt blickt auf München. Noch wenige Wochen, und die Medaillenkämpfe in München, Augsburg und Kiel ziehen Millionen in ihren Bann. Der friedliche Wettbewerb von Sportlern vieler Nationen ist eine positive Sache, der unsere ganze Sympathie gehört. Er kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Welt noch keinen gesicherten Frieden errungen hat. Die anhaltende zynisch-brutale Aggression der USA gegen die Völker Indochinas ist eine Vergewaltigung nicht nur der olympischen Idee. Gibt es doch kein Verbrechen, das die USA in Indochina nicht begangen haben.

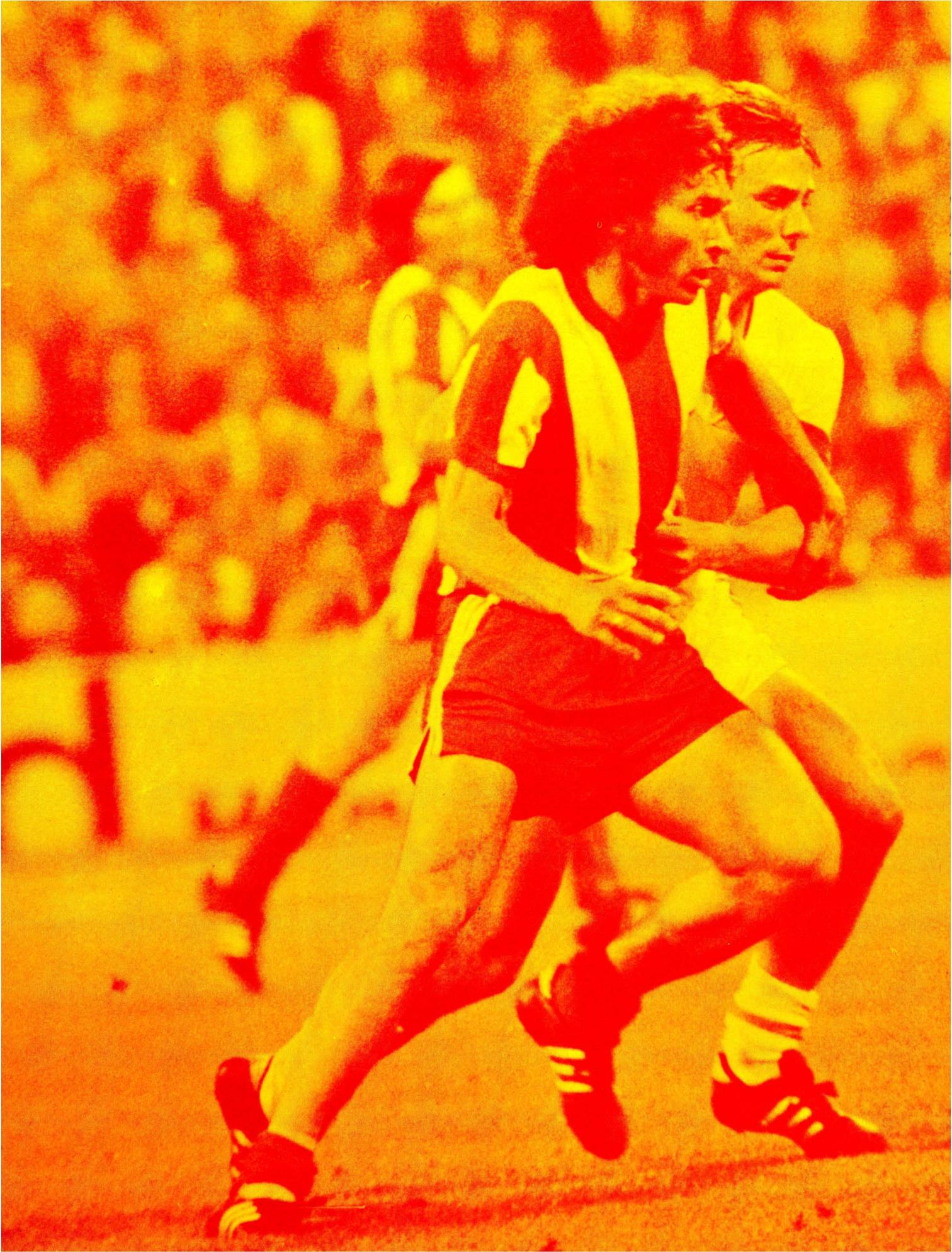
Friedenskampf als Aufgabe aller demokratischen Kräfte beschränkt sich aber keinesfalls auf Indo-

china. Nachdem Millionen Menschen unseres Landes durch ihre Aktivität und ihren Willen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau mitdurchgesetzt haben, hängt nun alles davon ab, in diesen gemeinsamen Anstrengungen nicht nachzulassen. Die CDU/CSU gibt sich kaum Mühe zu verhehlen, daß sie den beginnenden Wahlkampf zu einer Olympiade der Verfälschungen und sozialen Demagogie zu machen gedenkt. Strauß und Barzel spekulieren auf die Vergeßlichkeit des Wählers und möchten vertuschen, daß sie noch vor wenigen Wochen einen Feldzug gegen die Ratifizierung der Verträge und gegen jede Entspannungspolitik anführten. Kein Mittel war ihnen zu schmutzig. Man sollte ständig daran erinnern, daß selbst das Abwerben von Abgeordneten (also die totale Verfälschung des Wählerwillens) zu ihren Methoden gehört. Die Strauß und Barzel haben sich nicht geändert. Wer es ernst meint mit dem Auftrag, den Inhalt der Verträge zu verwirklichen, kann das nur gegen Strauß und Barzel, keinesfalls aber mit ihnen tun.

Die erfolgreiche breite Bewegung für die Verträge wird fortgesetzt. Ganz besonders am 1. September, dem Antikriegstag. In München und anderen Städten werden wir an diesem Tag unseren Willen für eine echte Friedenspolitik bekunden. Und an unserer Seite werden Olympioniken vieler Nationen stehen, die den weltweiten Kampftag gegen den Krieg längst zu ihrer Sache gemacht haben.

Der 1. September ist die Gelegenheit, erneut und verstärkt klarzumachen daß nicht den Strauß, Barzel und Nixon die Zukunft gehört, sondern unsere weltweiten antiimperialistischen Bewegung.

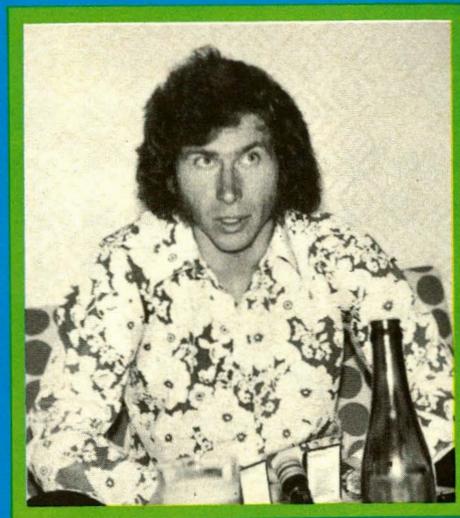
Hans-Jörg Hennecke
 (Hans-Jörg Hennecke)



elan ist am Ball:

Alles über Paul Breitner

Die Fußball-Nationalmannschaft der BRD wurde Europameister. Für die Weltmeisterschaft, die in der BRD ausgetragen wird, ist die Mannschaft Anwärter auf einen Spitzenplatz. 6 Spieler des FC-Bayern München stehen in dieser Mannschaft. Unter ihnen Paul Breitner. Ein hervorragender Abwehrspieler. Ein Verteidiger, der auch Tore schießen kann, wie er in dem entscheidenden Bundesligaspiel gegen Schalke 04 bewiesen hat. Seine Tore trugen mit dazu bei, daß Bayern in dieser Saison Meister wurde. Aber noch aus einem anderen Grund machte Paul Breitner in den vergangenen Wochen Schlagzeilen: Viele Presseberichte griffen die „linke Gesinnung“ des Abwehrspielers auf. Für die bürgerliche Presse war diese „Entdeckung“ eine Sensation. elan wollte wissen, was an diesen Presseberichten dran ist. Walter Listl besuchte für elan Paul Breitner in seiner Wohnung und unterhielt sich mit ihm:



Paul, zuerst noch mal herzlichen Glückwunsch zum Meistertitel, den der FC Bayern gemacht hat. Du hast beim Spiel gegen Schalke ein aufsehenerregendes Tor geschossen. Wie kommt es, daß du als Verteidiger ein Tor geschossen hast? Gibt es so etwas wie einen Torinstinkt?

Beim Verteidiger nicht. Ich habe in dieser Saison auch nur 5 Tore geschossen, allerdings immer sehr wichtige Tore. Warum ich auch Tore geschossen habe, warum ich gerne mitstürme, liegt daran, daß ich früher nie Verteidiger gespielt habe und mir allein ein stures Verteidigerspiel nie Spaß machen würde. Ich möchte in das Mannschaftsspiel einbezogen werden, das heißt, daß ich mich weiter nach vorne orientiere, um für die Mannschaft, für den Spielverlauf etwas zu tun. Und daß ich dabei zu dem einen oder anderen Tor komme, liegt daran, daß wir vorne den Gerd Müller haben. Mit dem kann man unheimlich gut Doppelpaß spielen und auch andere Spielzüge aufbauen. So wird man dann immer irgendwie freigespielt, weil auf den Gerd immer ein oder zwei Leute aufpassen.

Welchen Beruf hast du gelernt?

Ich habe das Abitur gemacht.

Was willst du machen, wenn du nicht mehr Fußball spielen kannst?

Dann möchte ich Lehrer für geistig- und körperbehinderte Kinder werden.

Ich kümmere mich um meine Familie (Paul hat eine nette Frau und eine einjährige Tochter), außerdem ist Autofahren mein Hobby.

Wieviel verdienst du?

Etwas soviel wie ein Oberarzt.

Wie hoch sind die Torprämien?

Es gibt bei uns keine Torprämien mehr, weil das nicht zum Kameradschaftsgeist in der Mannschaft beiträgt. Es gibt nur Siegerprämien. Für ein gewonnenes Spiel DM 1 000,-.

Wo spielst du lieber, in der Nationalmannschaft oder im FC Bayern?

Ein schönes Länderspiel mache ich schon sehr gerne.

Wie ist das so in der Mannschaft? Seit ihr auch alle persönliche Freunde?

Persönlich haben wir untereinander sehr wenig Kontakt. Außerdem hat man voneinander ziemlich die Nase voll, wenn man aus einem Trainingslager kommt.

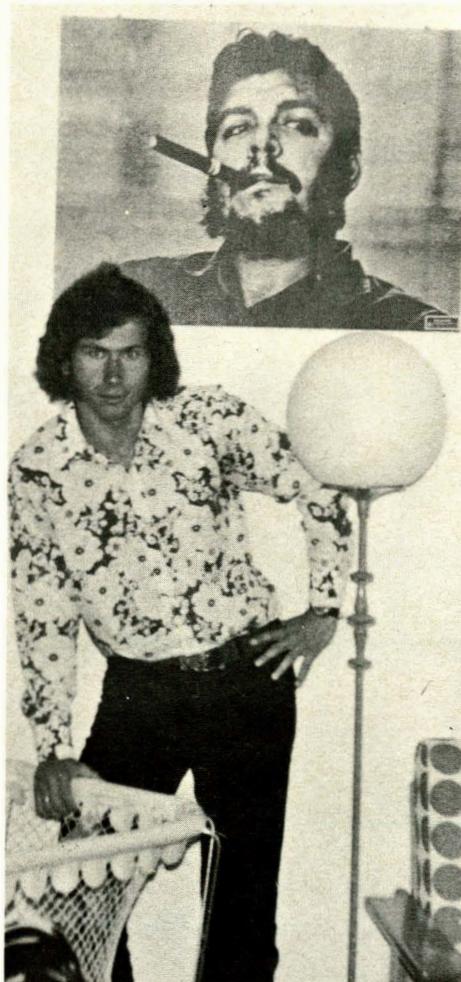
Ich würde gerne mal nach Kuba fahren

Alles über Paul Breitner

Wann hast du angefangen, Fußball zu spielen?
Schon sehr früh. Ich habe schon während meiner Schulzeit, so mit 14 Jahren, in Auswahlmannschaften gespielt.

Kannst du vielleicht mal deine Meinung zu den Bestechungsskandalen in der Bundesliga sagen, die ja doch in der letzten Zeit sehr großes Aufsehen erregt haben?

Na, nur eine kurze Meinung, weil ich in der Sache nicht ausschweifen möchte, da das nicht mein Bier ist. Ich möchte dazu sagen, daß ich die Sache zwar ablehne, aber als sehr schade empfinde, daß man aus diesem sogenannten Bestechungsskandal in der Bundesliga so ein Tamtam macht. Ich persönlich sehe die ganze Sache als ganz natürliche Entwicklung eines Zweiges in der kapitalistischen Wirtschaft an, das heißt in einer Wirtschaft, wo es Bestechungen, wo es Schiebereien überhaupt täglich, stündlich gibt. Und diese Wirtschaft braucht Schieberungen. Ich persönlich meine deshalb, die Leute sollten nicht so viel aus dieser Sache machen. Anderweitig, wo es um viel mehr geht, wo die Volksmeinung und das Interesse des Volkes viel mehr belastet werden, wird viel mehr betrogen als in der Bundesliga. In der Industrie werden ständig Milliardenbeträge geschoben. Und wer sagt, o pfui, diese Bundesligaspie-



ler, diese Schweine und so weiter, der sollte sich an die eigene Brust schlagen und mal darüber nachdenken, wie es im eigenen Betrieb so vor sich geht.

Ich habe in einer „Quick“ in den letzten Wochen einen Artikel gelesen, wo auch ein Interview mit dir drin stand. Dort wurde auch über die politische Einstellung anderer Bayern-Spieler geschrieben, zum Beispiel über Beckenbauer, der CSU-Freund ist, der auch Wahlkampf macht. Gibt's bei euch in der Mannschaft ab und zu so etwas wie politischen Streit oder zumindest politische Diskussionen?

Ja, das hat es früher gegeben. Wir haben da einige Fahrten in den Ostblock gemacht, und da gab es immer wieder Reibereien am praktischen Beispiel. Mittlerweile haben beide Seiten eingesehen, daß solche Streitereien ziemlich fruchtlos sind. Darum ist das in den letzten Monaten praktisch auch nicht mehr geschehen.

Wir haben uns in der Nationalmannschaft einmal ein wenig über Politik unterhalten, und zwar auf einem Flug nach London. Das war an dem Tag, als die CDU/CSU gerade ihr Mißtrauensvotum einbrachte. Das waren Tage, in denen die Politik sehr im Vordergrund stand. Wir haben darüber diskutiert, ohne daß Phrasen vorgebracht wurden. Das war zumindest für einige sehr wichtig, damit sie sahen, daß man sich

auch mit Politik beschäftigen sollte. einer normalen Bundesligamannschaft beschäftigt man sich sehr wenig mit Politik.

Du hast vorhin gesagt, daß ihr schon in verschiedenen sozialistischen Ländern war. Welche Länder waren das?

Ich war noch nicht in der Sowjetunion, Albanien und in Bulgarien.

In welches Land würdest du gern einmalfahren?

Ich würde gern mal nach Kuba fahren. Aber da müßte man sechs oder acht Wochen rüber und das ist für mich nicht drin.

Hast du mal einen Eindruck von der sportlichen Arbeit in den sozialistischen Ländern gewonnen?

Ja, allerdings speziell was den Fußball betrifft. Da ist es so, daß sie schon sehr früh beginnen, Talente auszuwählen und sie dann konzentriert fördern. Das beginnt dort schon mit 13 – 14 Jahren – in der Leichtathletik ist das wahrscheinlich genauso. Ein Trainer sieht, dieser oder jener hat da und da besonderes Talent, der kann einmal ein richtig guter Fußballer werden, wenn er richtig gefördert wird. Das heißt allerdings nach meiner Ansicht den Nachteil, daß diese Leute speziell im Fußball mit 18, 19 Jahren schon vollkommen mit ihren Fähigkeiten am Ende sind. Das heißt sie haben zwar eine hervorragende Jugendarbeit, aber wenn die Sportler von der Jugend- in die Seniorenmannschaft kommen, sind sie kaum noch in der Lage eigene Spielzüge zu entwickeln. Das heißt man vor allem an der sowjetischen Fußballmannschaft gesehen, die sehr schematisch spielt hat.

In der letzten Zeit ist sehr viel Kritik an der Sportförderung in der BRD laut geworden. Spitzensportler werden gefördert, aber dem Breitensport fehlen sehr viele Mittel. Was meinst du dazu?

Ich persönlich würde wohl kaum Sport treiben, wenn ich nicht Spitzensportler wäre. Die ganze Sache würde mich abschrecken. Ich müßte mir sagen: Bei uns wird nur Wert auf Spitze gelegt. Und wenn ich dann sehe, daß es in manchen Orten nicht mal einen zeitgerechten Sportplatz gibt, dann muß man sagen, daß das große Mißstände sind. Deswegen ist es auch sehr schade, daß man hier in München ein Stadion hinstellt, obwohl für Millionen Menschen Sportplätze gebaut werden müßten, wo sie Sport treiben könnten. So ein Riesenstadion ist ziemlich nutzlos. Und es sieht man, daß auf diejenigen, die auch ein-

Nur auf Spitzensportler wird Wert gelegt

nig Sport treiben wollen, sehr wenig
rt gelegt wird. Ich würde mich da über-
ngen fühlen.

aubst du, daß dein Spiel in der National-
mannschaft und beim FC Bayern eine poli-
che Sache ist? Wenn beispielsweise
chgewiesen wird und statistisch belegt
daß die Olympischen Spiele von 1,1
illiarden Menschen auf der ganzen Welt
folgt werden, wenn man sieht, welche
assenbewegung es jeden Samstag bei den
ndesligaspielen gibt, wenn man auf der
deren Seite auch weiß, daß viele nicht
reit sind, sich politisch zu engagieren, ist
nn das, was du machst, im entferntesten
ne politisch?

gemein gesehen, ist das sicher politisch,
nn man sieht, daß sich bei einer Europa-
isterschaft auf einmal wieder 60 Millio-
n ihrer „deutschen Abstammung“ be-
ßt werden. Für mich ist es allerdings so,
ß ich nicht in erster Linie für „Deutsch-
d“ spiele, sondern für mich selbst. Ich
achte eins offen sagen: Mir tut jeder leid,
a muß über jeden lachen, der sagt, wenn
z.B. irgendeine Medaille gewinnt oder in
einer Nationalmannschaft spielt, daß
jetzt das ganze für „Deutschland“ ge-
cht hat.

e würdest du dich selbst dann politisch
ordnen?



Paul Breitner: Ein Stunden- lohn für Viet- nam

Also, das ist sehr schwierig, dadurch daß
ich im Moment sehr viel verdiene. Es ist
schwierig zu sagen: Ich stehe da und da.
Ich kann immer nur folgendes sagen: Daß
ich in einen Strudel hineingezogen werde
und nicht mehr das machen kann, was ich
gerne machen würde. Mit den Leuten, die
so denken wie ich, auf die Straßen gehen,
mit ihnen handeln und agitieren, das kann
ich im Moment nicht. Das würde ungeheue-
re Schwierigkeiten geben. Es ist im Vertrag
festgehalten, daß ich entlassen werden
könnte und dann eben nicht mehr Fußball-
profi sein könnte.

Auf der anderen Seite ist für mich persön-
lich das wichtigste, wie ich mich selbst ein-
stufte, was ich von mir selbst zu halten
habe. Da muß ich sagen, daß ich der glei-
che geblieben bin wie vor drei, vier, fünf
Jahren, als ich wirklich offen der linken
Sache geholfen habe. Auch meine Freunde
akzeptieren, daß ich jetzt zwar Geld verdie-
ne, mehr als andere, daß ich aber der glei-
che geblieben bin und auch der gleiche sein
werde, wenn ich einmal das Bundesligaspielen
aufhöre.

Steht in deinem Vertrag, daß du dich nicht
politisch engagieren darfst?

Ich darf all das nicht machen, was dem An-
sehen des Clubs oder meiner körperlichen
Form abträglich wäre. Und das kann der
Verein so auslegen, wie er will.

Aber wenn zum Beispiel Franz Becken-
bauer im Wahlkampf Reklame für Strauß
macht, dann legt es der Verein nicht so
aus?

Ja, es ist für den Franz an und für sich
ungefährlich, er gibt ja nur seinen Namen
her. Ich könnte auch meinen Namen für
diesen oder jenen Politiker geben. Aber das
wäre wohl etwas anderes.

Was hast du jetzt weiterhin vor? Wie lange
willst du noch aktiv Fußball spielen?

Das kann man nie genau sagen. Aber es
werden wohl so sieben oder acht Jahre
sein. Ich möchte das nicht bis ultimo ma-
chen, bis ich wie Uwe Seeler mit 35 mei-
nen großen Abtritt habe. Irgendwann
reicht es. Aber das muß jeder selbst wissen.
Wenn man eine Saison hinter sich hat wie
die letzte jetzt, wo man elf Monate lang
pausenlos unterwegs war, dann reicht es,
und dann kann ich mir nicht vorstellen,
daß ich in zehn Jahren noch das Verlangen
nach einer solchen Tournee habe.

Ich habe gelesen, daß du ein Kind aus
Vietnam adoptieren willst, stimmt das?

Es ist noch nicht endgültig entschieden, ob



das was wird. Möglicherweise wird es auch
ein kleiner Kolumbianer oder Bolivianer
sein.

Siehst du darin so eine Art individuelle Hil-
fe?

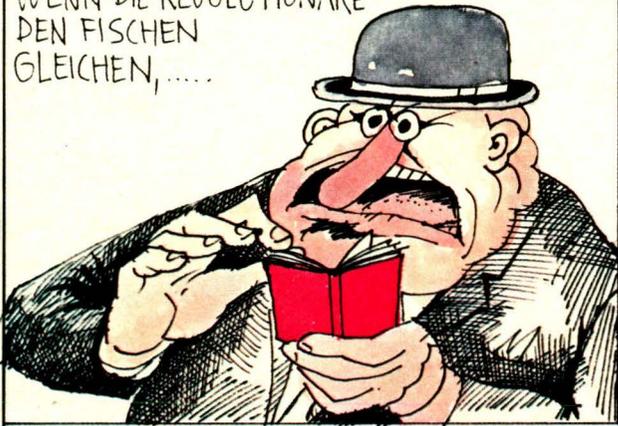
Ich sehe darin eine Möglichkeit, mit dem
Geld, das ich verdiene, zumindest einem
Menschen wirklich zu helfen. Ich glaube,
ich kann so etwas tun, um darüber hinweg-
zukommen, daß ich andere Sachen eben
nicht tun kann.

Es gibt da natürlich auch die Möglichkeit
der massenhaften Hilfe. Der Weltbund der
Demokratischen Jugend (WBDJ) hat be-
schlossen, in Nordvietnam ein Kinderkran-
kenhaus zu bauen. Die SDAJ, die Mitglied
des WBDJ ist, hat eine Kampagne gestar-
tet: „Ein Stundenlohn für Vietnam“. Ich
möchte dich fragen, ob du eine Möglich-
keit siehst, über eine individuelle Hilfe
hinaus, uns zu helfen, den Betrag, den wir
uns vorgenommen haben, zusammenzu-
bringen?

Da gibt's sicher Möglichkeiten. Eine Mög-
lichkeit wäre folgende, daß ich persönlich
eben auch einen Stundenlohn zu dieser
Sache beisteuere. Da nehmen wir einfach
einen Samstag her, wo der FC Bayern ge-
winnt. Bei eineinhalb Stunden Spiel und
tausend Mark Siegerprämie ist das ein
Stundenlohn von 750 Mark. Das werde ich
dann spenden.

GESUNDE WIRTSCHAFT

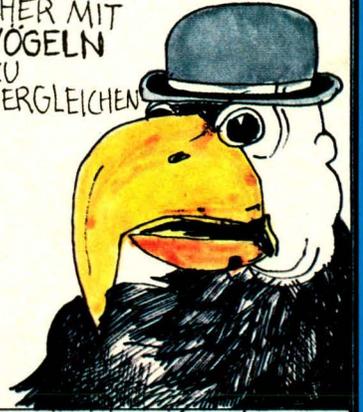
WENN DIE REVOLUTIONÄRE DEN FISCHEN GLEICHEN,.....



DANN SIND WIR UNTER-NEHMER.



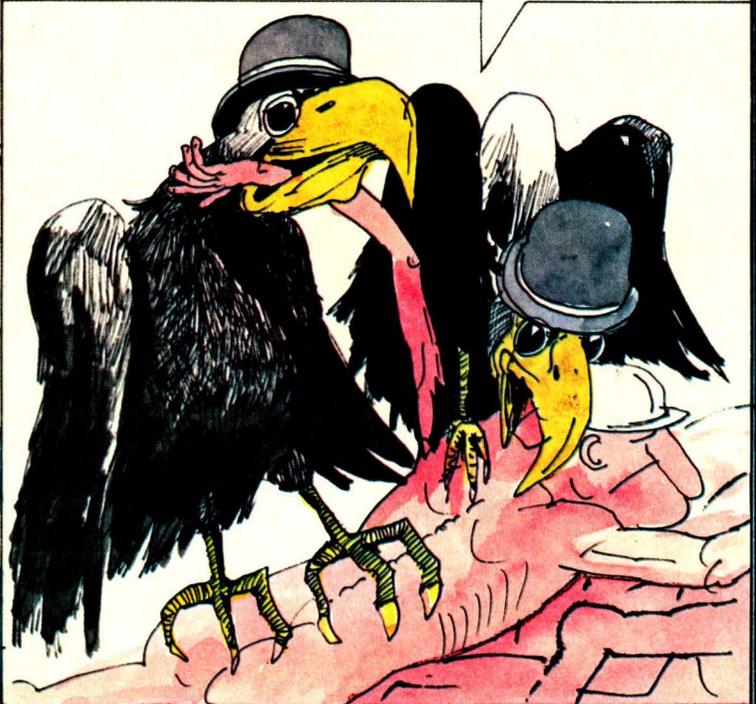
..... SCHON EHER MIT VÖGELN ZU VERGLEICHEN



WIR SORGEN FÜR EIN NATÜRLICHES GLEICHGEWICHT DER KRÄFTE



... DER KRANKE UND SCHWACHE WIRD AUSGEMERZT, DENN NUR DER GESUNDE UND STARKE SCHAFFT UNS PROFIT !



Anfang Juni erhielten 350 kranke Bergarbeiter der Ruhrkohle-Zechen Carl Funke und Pörtingsiepen in Essen „blaue Briefe“ der Direktion. Die Bergarbeiter werden auf ihr „schlechtes Schichtenbild“ hingewiesen und gebeten, „dieses Schreiben als ernste Ermahnung anzusehen, da wir sonst in der Zukunft leider auf Ihre Mitarbeit verzichten müssen“.



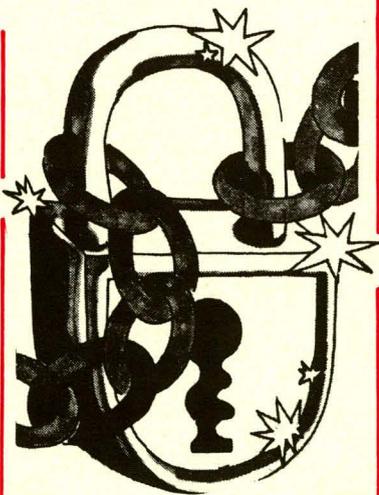
**arbeiter
jugend
in aktion**

Rote Fahnen sieht man besser!

Goldenes Vorhängeschloß für internationalen Chemiegiganten

Der Vorstandsvorsitzende der AKZO NV, des größten holländischen Chemiegiganten, legt in seiner Arnheimer Residenz den Gold-Füllfederhalter beiseite und ruft seine Chef-Sekretärin. Die kaum getrocknete Unterschrift auf dem exklusiven Geschäftsbogen wiegt schwer: Soeben wurde mit einem Federstrich besiegelt, daß 6 000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Der Knopfdruck eines Mannes genügte und 6 000 Arbeiter und Angestellte in vier europäischen Staaten fürchten mit ihren Familien, innerhalb der nächsten Monate auf der Straße zu stehen: in Breda (Holland), in Feldmühle (Schweiz), in Fabelta (Belgien) und in Wuppertal-Barmen (Bundesrepublik). Allein 3 000 Kollegen sind in Wuppertal betroffen. Erst vor drei Jahren wurde das Werk Bemberg an die zu AKZO gehörende ENKA-Glanzstoff-Gruppe verkauft und soll jetzt endgültig geschlossen werden. Betriebsrat und Belegschaft von Bemberg waren völlig über-



rascht von der Nachricht aus Arnheim. Die offizielle Begründung „Abbau von überschüssigen Kapazitäten“ und „einigen einschneidenden Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtunternehmens“ kann in Wuppertal nicht überzeugen. Zur Zeit ist der Auftragsstand nämlich nur durch Überstunden und Son-

derschichten zu bewältigen. Und man weiß, was die Konzernleitung wohlweislich verschweigt: AKZO will gleichzeitig neue Kapazitäten schaffen und zwei moderne Werke in den USA aufbauen.

Doch die Kollegen werden sich nicht mit ihrer Rolle als Figuren auf dem AKZO-Schachbrett abfinden. Auf mehreren Belegschaftsversammlungen machten sie ihrem Unmut Luft und schließlich flogen die Brocken hin. Über 1 800 Mann verließen die Arbeitsplätze und demonstrierten zur Hauptverwaltung – mit schwarzen Fahnen und mit roten, denn „rote Fahnen sieht man besser“. Die Gewerkschaft gab Plaketten heraus: „Gegen Konzernwillkür!“ und auch die Transparente sprachen deutliche Worte: „Nicht Arbeitermassen, sondern den Vorstand entlassen!“ und „Das soziale ist vergessen, jetzt zählen nur Konzerninteressen“.

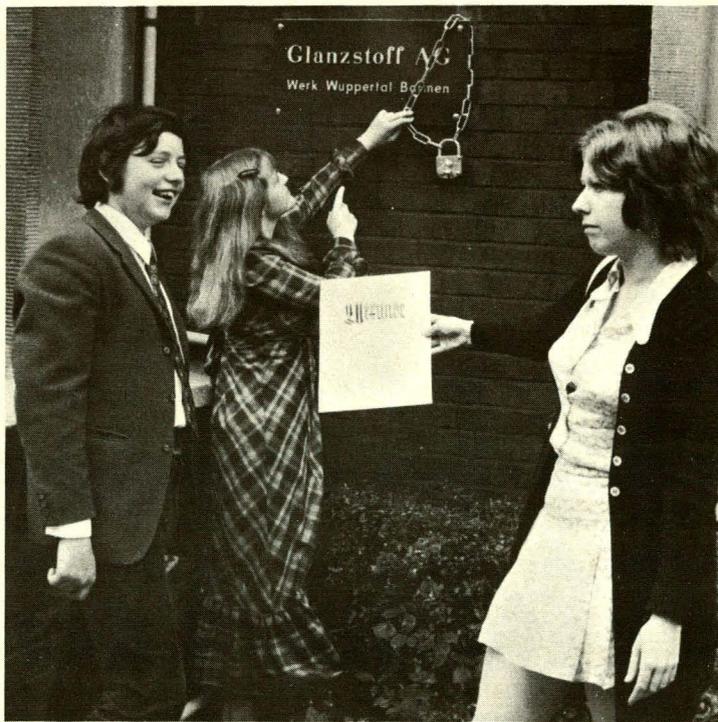
Die sechzig Bemberg-Lehrlinge waren dabei. Ihr Transparent fragte: „Wer garantiert unsere Ausbildung?“ Sie gehören zu den am härtesten Betroffenen. Zu Beginn ihrer Ausbildung war ihnen nicht nur eine vollständige Fachausbildung, sondern auch ein sicherer Arbeitsplatz versprochen worden. Heute weiß keiner, was morgen sein wird. Die Direktion hüllt sich in Schweigen. Können die Lehrlinge ihre Ausbildung beenden?

Müssen sie von vorn anfangen? Einen neuen Beruf erlernen? Und wenn sie ihre Lehre beenden, wo sollen sie später Arbeit finden? Offene Fragen. Betriebsrat Erich Herkenrath: „Inzwischen wurden von der Konzernleitung zwar ‚Garantien‘ gegeben, aber keiner weiß, wie das aussehen wird.“

Noch ist das letzte Wort über Bemberg nicht gefallen. Die Belegschaft wehrt sich. Gespräche mit den Kollegen in Holland, Belgien und der Schweiz haben bereits stattgefunden. Alle sind sich einig: Es darf nicht länger sein, daß das Schicksal Tausender Menschen von der Profitgier einer Konzernzentrale diktiert wird. Die Gewerkschaften fordern eine „Verbesserung der Lebensqualität“. Das heißt auch sichere Arbeitsplätze durch eine umfassende Mitbestimmung, die nicht Halt macht vor Stilllegungsbeschlüssen der Konzernherren und Überführung der Konzerne in Gemeineigentum.

elant steht an der Seite der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge. Dem Vorstand der Glanzstoff wurde von der Redaktion und Wuppertalern Lehrlingen das „Goldene Vorhängeschloß“ verliehen „wegen besonderer Verdienste beim Verspielen der Zukunft von sechzig Lehrlingen“.

Am 19. August wird das





Jugendmagazin elan in Zusammenarbeit mit der SDAJ in Wuppertal ein Arbeiterjugend-Pressesfest veranstalten. Auch hier wird darüber diskutiert, wie der Kampf weitergeführt werden kann. Was wird aus den Belegschaften, den jungen Arbeitern und Lehrlingen in Holland, Belgien und der Schweiz? Weil sie dem gleichen Schicksal unterworfen sind, schließen sie sich mit ihren Kollegen aus der Bundesrepublik zusammen. Gegen die

internationale Macht der Konzerne die internationale Solidarität der Arbeiterklasse! Auf dem Welttreffen der arbeitenden Jugend im November in Moskau wird der gemeinsame Kampf der Arbeiterjugend aller Länder gegen Imperialismus, Ausbeutung und Unterdrückung ein Hauptpunkt der Beratungen sein. Bisher beteiligen sich aus der Bundesrepublik die Gewerkschaftsjugend und die SDAJ. In Moskau, vor den Vertretern der Arbeiterjugend aus aller Welt, wird sicher auch der Name Bemberg fallen. Übrigens, eines sei nicht vergessen: Einer braucht in Bemberg nicht um seinen Arbeitsplatz zu fürchten. Der Generalbevollmächtigte der Glanzstoff in Wuppertal, Otto Esser, wird den Konzern zum 30. September in „freundlichem Einvernehmen“ verlassen und als persönlich haftender Gesellschafter in die Geschäftsleitung der Merck AG, Darmstadt, eintreten. Für Bosse ist im Kapitalismus immer Konjunktur.

Wolfgang Bartels

Den dreihundert Lehrlingen der Emdener Großwerft Rheinstahl Nordseewerke war der Geduldsfaden gerissen. Tags zuvor hatten die Unternehmer bei den Tarifverhandlungen mit der IG Metall ein provokatorisches Angebot von 24 DM Lohnerhöhung für die Lehrlinge gemacht. Jetzt zogen sie im Arbeitsanzug durch die Emdene Innenstadt zum Sitz des Unternehmensverbandes. Selbst durch Entlassungsdrohungen seitens der Werksleitung ließen sich die Lehrlinge nicht einschüchtern. Während eine Abordnung von fünf Lehrlingen den Unternehmern Unterschriftenlisten überreichten, saßen ihre Kollegen auf der Straße und riefen in Sprechchören: „24 Mark, hahaha, 24 Mark, hahaha!“ Und sie unterstützten die Forderungen ihrer Gewerkschaft: „Gemeinsam sind wir stark, wir fordern hundert Mark!“



Die Bemberg-Lehrlinge wollen eine sichere Zukunft haben. Gemeinsam mit 1 800 Kollegen demonstrieren sie gegen das Diktat der Arnheimer Konzernzentrale.

len. Wir sollten uns dafür einsetzen, daß für die Auszubildenden in der Versuchsanstalt ein Pausenraum eingerichtet wird. Ein Kapitel für sich sind die Mützen, die auch von Kollegen mit kurzem Haarschnitt getragen werden müssen – ich halte diese Kopfbedeckungen für überflüssig. Auch die Essenszeiten in der Mittagspause müssen anders geregelt werden. Heute ist es so, daß die letzten ihr Essen fünf Minuten vor Pausenschluß bekommen.

Frage: Wie wird sich die Jugendvertretung auf die kommende Tarifrunde vorbereiten?

U. Tok: Sofort nach der Sommerpause werden wir uns über die Tarife unterhalten. Eins läßt sich heute schon sagen: wenn es erforderlich wird, werden wir genauso um unsere berechtigten Forderungen kämpfen wie im letzten Jahr. In dieser Frage müssen wir mit den Vertrauensleuten zu einer guten Zusammenarbeit kommen, da den Jugendvertretern in einem solchen Fall die Hände etwas gebunden sind. Trotzdem sollten die Jugendvertreter unbedingt an der Tarifrunde teilnehmen.

Frage: Wie kann die Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten verbessert werden?

U. Tok: Die Vertrauensleute könnten aktiver in der Lehrwerkstatt arbeiten. Dazu muß ihnen die nötige Zeit gegeben werden. Vertrauensleute und Jugendvertreter sollten sich

häufiger zu Schulungen bei der Gewerkschaft melden.

Frage: Wie steht es um die Zusammenarbeit mit Gewerkschaft und Betriebsrat?

U. Tok: Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und anderen Jugendvertretungen muß verbessert werden.

Das gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat. Auf jeder Jugendvertreter- und Jugendausschußsitzung sollte mindestens ein Betriebsrat zugegen sein.

Die Schaffung einer Jugendvertretung auf Konzernebene sollte angestrebt werden.

Viel vorgenommen

Interview mit Uli Tok, neugewählter Jugendvertreter bei der Hoesch-Westfalenhütte

Die neugewählte Jugendvertretung der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund hat ihre ersten Sitzungen hinter sich. Die Redaktion des „lehr-links-info“, der SDAJ-Zeitung für Hoesch-Lehrlinge und Jungarbeiter, machte mit einem der neun Jugendvertreter, dem neugewählten Uli Tok, ein Interview.

Frage: Was meinst du, mit welchen Forderungen die neue Jugendvertretung den Interessen der Auszubildenden am meisten

gerecht wird? Was steht auf eurem Arbeitsplatz?

U. Tok: Zuerst kommt es darauf an, daß die bestehenden Rechte der Auszubildenden voll genutzt werden. Das heißt zum Beispiel, daß die Betriebsleitung sich an das Berufsbildungsgesetz halten muß.

Die Ausbildungspläne müssen durchgesetzt werden; die Produktionsarbeit von Auszubildenden in der Lehrwerkstatt und auch anderswo ist abzustel-

In Kürze

Aktionswoche

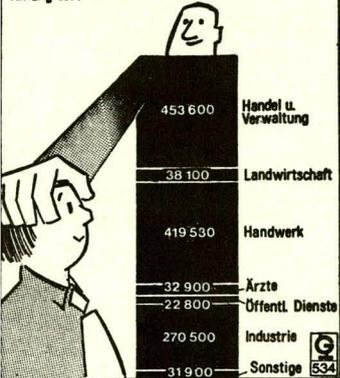
„Für eine bessere Berufsausbildung – Mehr Rechte für Jugendvertreter!“ Unter diesem Motto führte die SDAJ-Stadtteilgruppe Bochum-Langendreier/Werne eine Aktionswoche durch. 3 000 Flugblätter, zwei Informationsstände, eine Ausgabe der Opel-Betriebszeitung „Linker Blinker“ und ein Diskussions- und Filmabend sind die stolze Bilanz dieser Woche. SDAJ-Stadtteilvorsitzender Günter Gleising: „Mit dieser Aktionswoche wollen wir dazu beitragen, die Grundrechte der Jugend durchzusetzen.“



300 Lehrlinge und Jungarbeiter demonstrierten am 4. Juli durch Ludwigshafen. Ausgegangen war die Initiative von den Schülermitverwaltungen der berufsbildenden Schulen. DGB-Jugend, IG-Chemie-Jugend, das Hausparlament des Hauses der Jugend und die SDAJ schlossen sich dem Aufruf an. Hauptforderungen waren: Generelle Freistellung vom Arbeitsplatz am Berufsschultag. Mehr theoretische Bildung durch den 2. Berufsschultag. Offiziere raus aus den Schulen. Einer der Lehrlinge: „Diese Demonstration darf kein Schlußpunkt sein, sondern die Bewegung muß weitergehen!“

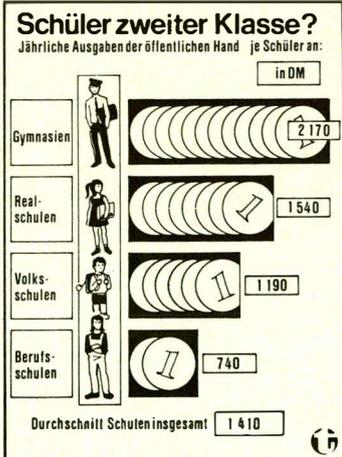
Handel, Handwerk, Industrie – das ist die Reihenfolge der größten „Lehrherren“ in der Bundesrepublik. Anfang 1972 gab es fast 1,3 Millionen Auszubildende, wie man die Lehrlinge heute offiziell nennt. Zwei Drittel davon waren Jungen, ein Drittel waren Mädchen.

Die Lehrherren unserer Kinder
Lehrlinge und Anlernlinge
Anfang 1971



Unter den entwickelten Industriestaaten steht die Bundesrepublik mit ihren Bildungsausga-

ben mit an letzter Stelle: nur vier Prozent des Bruttosozialprodukts werden für die Bildung aufgewandt. In Schweden z.B. ist es das Doppelte. Doch damit ist die Bildungsmisere noch nicht perfekt. Für Volksschulen und Berufsschulen wird am wenigsten ausgegeben: eine entscheidende Benachteiligung für Arbeiterkinder.



Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Stadtsparkasse

perspektiven

Bei der Stadtsparkasse besteht kein Ausbildungsplan (obwohl zwingend vorgeschrieben nach dem Berufsbildungsgesetz) oder, falls er besteht, ist er nicht durch die Auszubildenden einzusehen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß nach dem BBiG zu jedem Berufsausbildungsvertrag auch ein Ausbildungsplan gehört und zum Ausbildungsplan ein Versetzungsplan. Daß diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, erkennt man an den urplötzlichen Versetzungen von Auszubildenden, ohne daß sie gefragt werden, ob die Ausbildungsinhalte des Ausbildungsplatzes alle vermittelt worden sind. Oft wird auch nur eine Versetzung vorgenommen zur Urlaubsvertretung. (Aus „Perspektiven“, Zeitung der ÖTV-Betriebsjugendgruppen im Bereich Bielefeld, Nr. 3/72)

Die nächsten Aufgaben



Für die neue Jugendvertretung gilt es jetzt, in Zusammenarbeit mit den älteren Kollegen und dem Betriebsrat gemeinsam unsere Forderung nach besserer Berufsausbildung und gerechter Entlohnung durchzusetzen. Besonders muß sich die Jugendvertretung für die Rückzahlung unseres Fahrgelds einsetzen. Auch müssen in Zusammenarbeit mit der IG Metall die Forderungen zur Lohnrunde 72 auf den Tisch gelegt werden. (Aus „Linker Blinker“, Zeitung der SDAJ für die Lehrlinge und Jungarbeiter der Opel-Werke, Bochum, Nr. 4/72)

Abhörpraktiken



Gefeuert!



Lehrlinge, die über ihre Rechte aufgeklärt und bereit sind, für diese zu kämpfen, sind bei den Bossen nicht gerne gesehen. So entließ das Autohaus Reichstein im Kreis Heidenheim kurz nacheinander zwei Lehrlings-sprecher. Einem der Betroffenen wurde bei der Kündigung erläutert: „Du bist ein Rebell und hetzt die Lehrlinge auf. Und Rebellen können wir in unserem Betrieb nicht brauchen. Der zweite wurde entlassen, weil er angeblich zu lange Haare hatte, den Betriebsfrieden stören würde und des öfteren mit dem Chef Meinungsverschiedenheiten gehabt hätte. (Aus „Die Beißzange“, Zeitung der SDAJ Heidenheim, Juni 1972)

In der Jugendversammlung zur Vorbereitung der Wahl der Jugendvertrauensleute bei Daimler-Benz kam es zu einem Zwischenfall, der ein schlagartiges Licht auf die Praktiken bei Daimler-Benz wirft. Die Versammlung fand im Lehrsaal, Bau 58, statt, und alles, was im Lehrsaal in dieser Versammlung gesprochen wurde, nahm der Leiter der Lehrabteilung, Metzger, ohne vorher die Versammlung zu informieren, in seinem Arbeitsraum auf, bzw. er ließ diese Arbeit durch seine Sekretärin ausführen. Für die Belegschaft bei Daimler-Benz ergibt sich jetzt die Frage: Wurde diese Abhörpraktik nur in der betreffenden Jugendversammlung angewendet oder ist das, was sehr anzunehmen ist, die durchgängige Methode des Personalchefs des Daimler-Benz-Konzerns, des Dr. Martin Schleyer, der sich ja bei anderen Gelegenheiten auch als Verfechter seiner einstigen SS-Praktik gezeigt hat. (Aus „Der Benzler“, DKP-Betriebszeitung für Daimler-Benz, Mannheim)

9. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB
25. 6. - 30. 6. 1972 in Westberlin:

„Wir werden Aktionen starten!“

Von Hans-Jörg Hennecke und Dieter Keller



Die Delegierten bei einer Abstimmung.

Wahlkampf – dieses Thema lag wie ein Schatten von Beginn an über den Beratungen der 453 Delegierten des 9. Ordentlichen DGB-Kongresses in den Ausstellungshallen am Westberliner Funkturm. Die obligatorischen Politiker-Begrüßungsreden hatten daher auch durchweg den Tenor: Gewerkschaftsfreund zu spielen und um die Stimmen der organisierten Arbeiter zu buhlen. So verwunderte es kaum, daß Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes dem öfteren bemüht waren, kritische Initiativen gegen die Politik der Bundesregierung und die gesellschaftliche Wirklichkeit in der BRD abzublocken. Und so gab es den offensichtlichen Widerspruch, daß zwar durchaus gesellschaftsverändernde Forderungen gestellt wurden, über den Weg zu ihrer Realisierung aber Schweigen herrschte.

Seine wichtige Aussage traf der Kongress ohne Zweifel mit der fast einmütigen Verabschiedung eines neuen Aktionsprogramms. (elan dokumentiert den vollen Wortlaut auf den Forum-Seiten dieser Ausgabe.) Und eindringlich versprach der alte und neue DGB-Bundesvorsitzende Heinrich Oskar Vetter, daß man die Verwirklichung dieses Programms nicht als Geschenk von Bundesregierung und Unternehmern erwartete.

„Wir werden dem Namen dieses Programms Ehre machen! Wir werden aktiv sein! Wir werden Aktionen starten!“ e

Grundsatzprogramm verwirklichen!

klärte Vetter unter dem Beifall der Delegierten. Und an anderer Stelle: „Wir müssen auch beweisen, daß wir eine schlagkräftige Organisation haben.“ Dieser Beweis wird unschwer zu erbringen sein, wie die Lohnkämpfe der letzten Jahre zeigten.

Das Aktionsprogramm 72 bietet ohne Zweifel durchaus die Chance, demokratische Reformen gegen die Vorherrschaft des Großkapitals durchzusetzen.

Die nervöse Reaktion der Unternehmer, die in einer Erklärung der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ von einem „Rückfall in klassenkämpferische Praktiken“ sprechen, kann eigentlich nur als Lob verstanden werden. Denn da ohne Klassenkampf hierzulande kein gesellschaftlicher Fortschritt erreicht werden kann, wird von einer immer größeren Zahl von Menschen erkannt.

Jetzt kommt es darauf an, die Forderungen des Aktionsprogramms zu popularisieren und ständig in Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm des DGB zu stellen. Dort heißt es, und das gilt nach wie vor:

„Die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort . . . Di

Arbeitnehmer, d.h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“ Grundsatz- und Aktionsprogramm, verbunden mit dem von Heinz-Oskar Vetter formulierten Willen zur Aktion, können eine mächtige Triebkraft für gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik sein. Daß dabei der Gewerk-

Mehr als 7 Millionen Gewerkschafter

chaftsjugend große Aufgaben zukommen, bestätigte auch Franz Woschek (Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes):

Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist zu verstehen als ein schwieriger, aber notwendiger ständiger Prozeß der Integration in die Gesamtorganisation. Der DGB erwartet von seinen jungen Mitgliedern, daß sie dabei in gleicher Weise Antriebskraft, gesellschaftspolitischer Motor und kritische Wachstumskraft für eine immer stärker werdende Gewerkschaftsbewegung sein können.“

Ein völligem Widerspruch dazu steht allerdings die ständige Unterrepräsentanz der Gewerkschaftsjugend auf DGB-Bundeskongressen. Auch jetzt in Westberlin waren nur von 453 Delegierten jünger als 30 Jahre. Das sind nicht einmal zwei Prozent!

Schließlich ist es u.a. der erfolgreichen und qualifizierten Arbeit der Gewerkschaftsjugend zu danken, daß die Gesamtmitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften in diesem Jahr zum ersten Mal die 7 Millionen überschritten hat. Und auch die Verwirklichung der in Westberlin formulierten gewerkschaftlichen Forderungen wird ohne den kämpferischen Einsatz der Gewerkschaftsjugend kaum möglich sein. Daß hier schon die Auseinandersetzungen der

Politiker und Parteien testen

in den nächsten Monaten (Wahlkampf!) von entscheidender Bedeutung sind, darauf wies Heinz O. Vetter in seinem Schlußwort hin: „Wir werden uns auch im härtesten Kampf etümmeln nicht davon abhalten lassen, unsere Forderungen gegenüber allen Parteien durchzusetzen, wie wir es für richtig halten. Wie bisher werden wir die Parteien dort unterstützen, wo sie den Interessen der Arbeitnehmer gerecht werden. Wir werden ihnen entgegnetreten, sobald sie etwas gegen oder tun, was den Interessen der Arbeitnehmer widerspricht.“ Daraus ergibt sich für die Gewerkschaftsjugend und die anderen Arbeiterjugendverbände eine lohnende Aufgabe, im anstehenden Bundestagswahlkampf genau nach diesen Kriterien Parteien und Politiker zu testen.



In den neuen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand wurden gewählt: (von links) Georg Neemann, Alfons Lappas, Heinz O. Vetter, Günter Stephan, Gerd Muhr. Nicht im Bild: Maria Weber, Martin Heiß, Franz Woschek und Gerhard Schmidt.

Anträge

Unter anderem wurden folgende Anträge auf dem 9. Ordentlichen DGB-Bundeskongreß beschlossen:

- **Berufsbildungsgesetz**
„... fordert die Novellierung des derzeit geltenden Berufsbildungsgesetzes...“
- **Jugendpolitik**
„... jungen Arbeitnehmern... können größere Erfolge nur erringen, wenn es ihnen gelingt, auch die älteren Kollegen... für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen...“
- **Friedenspolitik**
„... das Zustandekommen einer Konferenz für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit zu unterstützen.“
- **so Kontakte zu sozialistischen Staaten**
„... daß der Beschluß des DGB, der Kontakte zu DDR-Gewerkschaften verbietet, aufgehoben wird.“
- **DGB-Grundsatzprogramm**
„... Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum zu verwirklichen.“
- **„... die Unternehmer hohlen die ohnehin mangelhaften Rechte der Jugendlichen zusätzlich aus. Deshalb ist die Lage der in der Ausbildung oder im Arbeitsprozeß stehenden Jugendlichen noch schlechter als die der Lohnabhängigen insgesamt.“**
- **„... die Delegierten fordern den DGB-Bundesvorstand auf, das weitere Erscheinen von „ran“ sicherzustellen...“**

Gold für unsere Asse?

Vor den XX. Olympischen Spielen im nächsten Monat in München ist mal wieder fast alles offen. Gewiß, es gibt in den verschiedenen Disziplinen Favoriten, aber die „Favoritenschrecks“ sind zumindest ebenso zahlreich. Bei Olympiaausscheidungen und Landesmeisterschaften purzeln die Rekorde. Und wenn diese elan-Ausgabe erscheint, werden in den Weltbestenlisten schon wieder einige Veränderungen vorgegangen sein.

Kurz vor Beginn der Spiele stellt elan noch einmal einige Favoriten vor. Preisfrage: Welche Chancen haben unsere bundesdeutschen Sportler?

Gewichtheben: „Bären“ an der Hantel

Am bundesdeutschen Gewichtheber-Horizont ist ein Licht aufgetaucht, eine richtige Leuchte sogar! Rudolf Mang, von Freunden und auf den Sportseiten der Zeitungen „Bär von Bellenberg“ genannt, ist in relativ kurzer Zeit in die Gewichtheberelite vorgestoßen.

1968, noch keine 18 Jahre alt, wurde er bereits mit 502,5 kg im Olympischen Dreikampf bundesdeutscher Schwergewichtsmeister. Mit der Olympiamannschaft flog er zu den Spielen nach Mexiko City, verbesserte sich auf 525 kg im Olympischen Dreikampf und wurde Fünfter.

In der Folgezeit verbesserte er sich bis 1971 in der gleichen Disziplin auf 590 kg. 1972 in Ulm erreichte er sogar 625 kg und stellte einen Weltrekord im „Drücken“ mit 230,5 kg auf.

Damit wurde Rudolf Mang endgültig zum schärfsten Konkurrenten des sowjetischen Weltrekordlers Wassili Alexejew.

Alexejews Weltrekord liegt im Dreikampf bei 645 kg.

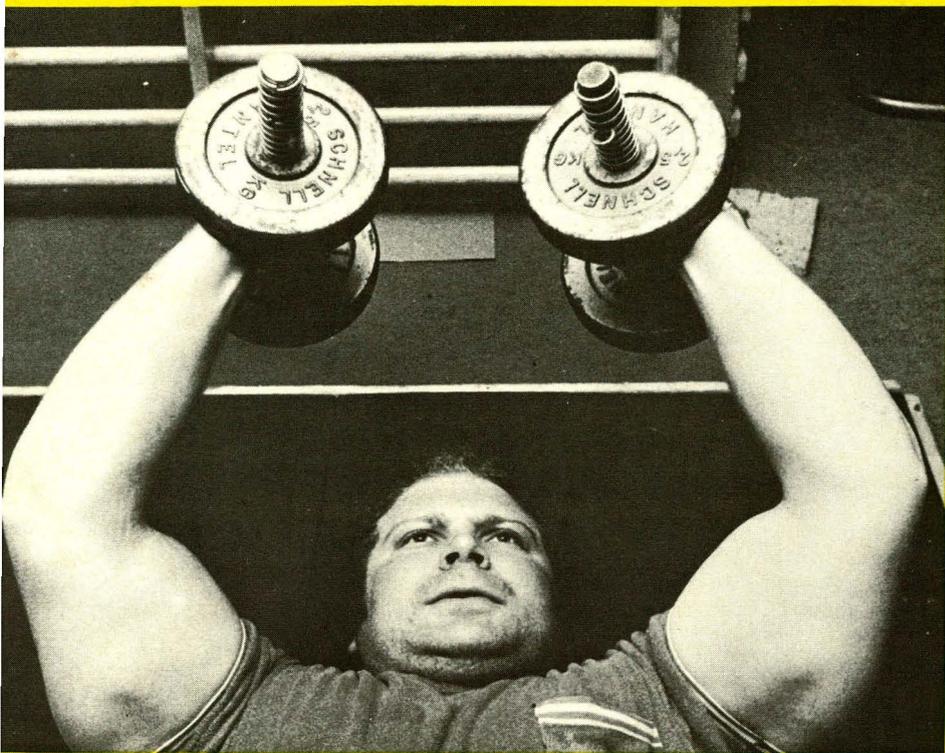
Rudolf Mang wird sich bis zu den olympischen Wettkämpfen noch gesteigert haben. Die Frage ist, ob er der nervlichen Belastung in München standhält und wie weit er die große Wettkampferfahrung des sowjetischen Sportlers ausgleichen kann. Man darf gespannt sein.

Läuferinnen: Schnell, schneller, am schnellsten

Auch hier gilt: sichere Voraussagen lassen sich nicht treffen. Zu viele Faktoren spielen eine Rolle. Und manchmal hat auch das Pech ein wenig seine Hand im Spiel, bei einer Verletzung oder auch wenn einmal eine Staffelläuferin das Holz verliert. Eindrücke stehen aber jetzt schon fest: bei den Läuferinnen werden die DDR-Sportlerinnen ein gewichtiges Wort mitreden.

So lief Annelie Erhardt-Jahns Anfang Juni in Potsdam neuen Weltrekord über 100 Meter Hürden mit 12,5 Sekunden. In der Weltbestenliste gefolgt von Karin Balzer (ebenfalls DDR) mit 12,6 Sekunden. Auf der gleichen Strecke liegen die DDR-Sprinterinnen Podeswa und Krumpholz mit 12,7 Sekunden ebenfalls nicht schlecht im Rennen. Vierte 100-Meter-Sprinterin der Welt, 11,00 Sekunden, wurde ebenfalls bei den Wettkämpfen in Potsdam Ellen Strophal (DDR). In der Weltbestenliste liegt sie damit gleichauf mit Tyus (USA 1968), Chi Cheng (Taiwan, 1970) und mit Renate Stecher (DDR, 1970).

Überraschungen gab es auch beim Länderkampf Frankreich – DDR im Juli in Paris. Die 19jährige DDR-Meisterin Monika Zehr stellte den Weltrekord über 400 m mit 51,4 Sekunden ein. Dann war sie noch maßgeblich am Gelingen des Weltrekordversuchs der 4x400-m-Staffel in 3:28,8 Min. beteiligt.



Rudolf Mang

Monika Zehrt

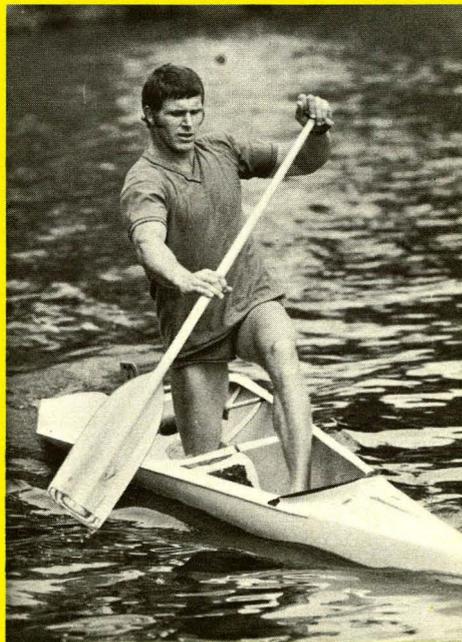


Rudern, Kanadier, Kajak: Achter-Gold auf dem Wasser?

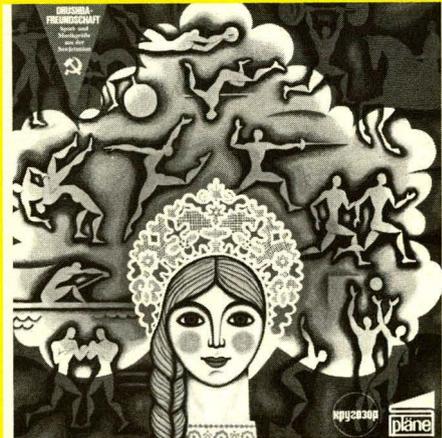
Prognose: nicht möglich. Karl Adam hat seinen Achter in den letzten Wochen und Monaten noch auf Hochglanz polieren können, so daß ein spannendes Duell mit dem DDR-Achter bevorstehen dürfte.

Der Kanadier versucht Detlef Lewe seinen voraussichtlich letzten Anlauf auf olympisches Gold. Mit seinen 33 Jahren muß er nicht mit jüngeren Konkurrenten rechnen – mehr als je zuvor.

Dasoswitha Esser, zusammen mit Annemarie Immermann Olympiasiegerin im Zweierkajak von Tokio und 1968 von Mexico City, ist auch wieder dabei. Zusammen mit Renate Breuer steuert sie zum dritten Mal eine olympische Medaille an.



Detlef Lewe



„Drushba – Freundschaft, Sport- und Musikgrüße aus der Sowjetunion heißt eine Schallplatte, die im Verlag „pläne“ erschienen ist.

Die Plattenhülle enthält einen ausführlichen Textteil, der von Konstantin Adrianow, Vorsitzender des Nationalen Olympischen Komitees der UdSSR, eingeleitet wird. Dann folgen rund zwanzig weitere Seiten, auf denen über verschiedene Sportarten und über das Sportleben in der Sowjetunion berichtet wird.

1980 wird die sowjetische Hauptstadt den olympischen Spielen ihre Pforten öffnen. Wladimir Promyslow, Vollzugsausschußvorsitzender des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen, lenkt den Blick von München nach Moskau: „Seid willkommen, Olympische Spiele!“

(Die Schallplatte ist zu bestellen beim Verlag „pläne“, 46 Dortmund, Ruhrallee 62; Preis der LP: 22 DM)



Dem X. Festival

Es hat sich rumgesprochen. Ob in Flensburg oder Konstanz, ob in Aachen oder Wolfsburg. Im nächsten Jahr – konkret vom 28. Juli bis 5. August 1973 – finden in der Hauptstadt der DDR, Berlin, die X. Weltfestspiele statt. Und die werden auf der ganzen Welt vorbereitet. Zwei gute Beispiele aus der Bundesrepublik will elan heute vorstellen:

„Kieler Sprotten an die Spree“

Kiel. Morgens vor Schichtbeginn vor dem Rüstungsbetrieb HDW. Lehrlinge und junge Arbeiter werden angesprochen. Ihnen wird ein Aufruf in die Hand gedrückt. – Es ist der Internationale Aufruf zu den Weltfestspielen. Eine Reihe von Jugendlichen unterzeichnen den Aufruf, andere wollen ihn erst noch genauer studieren und diskutieren. Ein junger Arbeiter, er hat soeben den Aufruf unterschrieben, erklärte: „Das, was hier geschrieben steht, geht in Ordnung. Der U-Bootbau der HDW für Griechenland, für die Faschisten da, und für die Bundesmarine, das ist gegen den Frieden gerichtet. Deshalb habe ich auch unterschrieben.“ Solidarität, Frieden und antiimperialistischer Kampf, das war auch der Hauptgedanke einer Festival-Veranstaltung am 7. Juli in Kiel, zu der die DAG-Jugend, die Jungdemokraten, der MSB Spartakus, die SDAJ, die DFU und die VVN – Bund der Antifaschisten eingeladen hatten. Teilnehmer früherer Festivals, u.a. von 1951 Berlin und 1968 Sofia, erzählten begeistert von ihren Erlebnissen. So berichtete ein Teilnehmer über das Festival in Berlin: „Trotz der Grenzsperrern und der Gesinnungsschnüffelei im Betrieb, wir waren beim Festival in Berlin dabei. Was wir erlebten war eine Manifestation der Jugend aus aller Welt für den Frieden – gegen Imperialis-

mus. In diesem Sinne müssen wir auch heute das X. Festival vorbereiten. Wir sagen der CDU mit Stoltenberg den Kampf an, denn sie rüsten immer noch.“

Peter Bubenberger, elan-Redakteur, informierte auf dieser Veranstaltung über Aktivitäten in der BRD in Vorbereitung zum Festival.

„Jetzt kommt es darauf an, sich noch stärker mit dem Inhalt des Internationalen Aufrufs zu beschäftigen, sich mit den Festivalideen vertraut zu machen. Jugendgruppen sollten Gruppenabende über das Festival gestalten, gemeinsam sollten am Festival interessierte Kräfte Diskussionen, Foren, Informationsveranstaltungen durchführen und überlegen, wie jeweils am Ort konkrete Aktionen im Sinne des Festivalaufrufs gestartet werden können.“



entgegen!

Vorbereitungsaktionen für das 10. Festival



Mainz, 9. Juli. Herrliches Wetter. Petrus meint es gut mit den 200 jungen Leuten, die sich an Bord des kleinen „Luxusdampfers“ begeben. Der Landesverband Rheinland-Pfalz der SDAJ hatte zu einer Informations-River-Boat-Shuffle über das X. Festival eingeladen. Einladend waren auch die großen Transparente, die das Schiff schmückten: X. Festival der Jugend und Studenten 1973 in Berlin – Für Frieden, Freundschaft und Solidarität. Als es dann in Richtung Bingen losging, waren neben den veranstaltenden SDAJlern Mitglieder der Jungdemokraten, Vertreter verschiedener Gewerkschaften, Jugendvertreter und Betriebsräte, Mitglieder der Lehrlings- und Jungarbeiterzentren in Mainz und Ludwigs-hafen, Mitglieder der Solidaritätsjugend, des Bundes der Antifaschisten, des MSB

Spartakus und verschiedener Kreisjugend-ausschüsse des DGB an Deck. Berthold Schmidt, Landesvorsitzender der SDAJ, eröffnete die schwimmende Informationsveranstaltung. Horst Stuckmann, elan-Mit-herausgeber und Festivalist von Sofia berichtete von seinen Eindrücken beim letzten Festival. In Vorbereitung des Berliner Treffens, so erläuterte Stuckmann, sei es wichtig, gemeinsame Initiativen im Sinne des Internationalen Aufrufes in Angriff zu nehmen. Politische Lieder, vorgetragen von Klaus Lachmann aus Mainz, Diskussionen im kleineren Rahmen, Musik über den Bordlautsprecher und Sonnenbaden machten diese Dampferfahrt zu einem Vorgesmack der X. Weltfestspiele im kommenden Jahr.

Brigitte Paulin/Werner Maletz

Festival splitter

Eine Dokumentation „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin (DDR)“ hat elan herausgegeben. Berichte über frühere Festivals, Stimmen zur Vorbereitung in der BRD, die Rede des Vertreters des Arbeitskreises Festival auf der Tagung des Internationalen Vorbereitungskomitees und eine Darstellung der Arbeit des Arbeitskreises Festival werden dokumentiert.

Der Arbeitskreis Festival hat auf seiner Sitzung am 23. Juni 1972 in Dortmund erneut betont, daß er die gemeinsame und aktive Vorbereitung des Festivals in der BRD auf der Grundlage des Internationalen Aufrufes durch alle am Festival interessierten Kräfte der Jugend- und Studentebewegung unseres Landes anstrebt. Er bekräftigte seine hierfür gemachten Vorschläge und ist offen für die Zusammenarbeit und für das Gespräch mit allen interessierten Gruppen.

Der Arbeitskreis Festival richtete an das Nationale Vorbereitungskomitee der DDR für die X. Weltfestspiele ein Grußtelegramm, in dem für die wichtige Arbeit dieses Gremiums viel Erfolg gewünscht wird. Der Arbeitskreis Festival wählte einen dreiköpfigen Arbeitsausschuß, dem Vertreter von SHB, VDS und SDAJ angehören. Dirk Krüger wurde zum Sprecher des Arbeitskreises gewählt.

Neue Mitglieder des Arbeitskreises Festival wurden auf der letzten Sitzung die DFG/IdK und die Landesjugendpresse NRW.



Renate Holland-Moritz

Eine langweilige Nacht

Am Nachmittag las Arthur in der Zeitung, daß ab zwei Uhr nachts in der Bahnhofstraße ein Film gedreht würde. Und zwar einen spannenden Gegenwartsfilm, problemreich, ungeschminkt und nicht ohne Heiterkeit. Arthur beschloß, sich die Sache einmal anzusehen. Er hatte zwar nur vage Vorstellungen davon, wie ein Film gemacht wird, stellte es sich aber auf jeden Fall interessanter vor als seinen eintönigen Alltag. Und der Gedanke, daß er seine Lieblingsschauspielerin Helga Zimmer bei der ungeschminkten Darstellung spannender Gegenwartsprobleme beobachten könne, verursachte ihm geradezu Lampenfieber. Auch der Drehort lag für Arthur außerordentlich günstig, denn die Bahnhofstraße war nur zwei Querstraßen von seinem eigenen Haus entfernt.

Arthur stellte sich also den Wecker für halb zwei, konnte jedoch vor Aufregung nicht einschlafen und setzte sich deshalb schon kurz nach eins in Marsch. Als er die Haustür aufschloß, fiel ihm sein Nachbar Bödicke in die Arme. Bödicke, sonst ein etwas einsilbiger und zurückhaltender Mensch, wollte Arthur unbedingt küssen, so dankbar war er ihm. Er hatte noch eine kleine Dienstbesprechung in der Truxa-Bar gehabt und erst gegen Mitternacht bemerkt, daß er keinen Hausschlüssel besaß. Nun wartete er seit einer Stunde auf einen Spätheimkehrer, der nicht nur aufschließen, sondern auch für einen Moment mit nach oben kommen sollte, um Frau Bödicke zu besänftigen. Arthur wollte nicht unzufällig sein und ging mit.

„Hast du wieder einen Dummen gefunden?“ keifte Frau Bödicke, die offenbar schon hinter der Tür gelauert hatte. „Wozu hab ich dir den Schlüssel weggenommen, wenn mir die Nachbarn immer wieder in den Rücken fallen? Und so was nennt sich nun Hausgemeinschaft! Auf der Straße soll

er schlafen, der Lump, bis er endlich begreift, daß ein anständiger Mensch nach der Arbeit nach Hause zu kommen hat.“

Herr Bödicke rannte ins Badezimmer und schob hörbar den Riegel vor. Arthur wollte sich schnell verdrücken, aber Frau Bödicke war so in Fahrt, daß sie unbedingt die wesentlichsten Etappen ihres Ehelebens mit dem Suffkopp und Rumtreiber Bödicke zum besten geben mußte. Sie nötigte ihrem unfreiwilligen Gast zu diesem Zweck sogar einen Schnaps auf. Nach einer dreiviertel Stunde gelang es ihm endlich, das Haus zu verlassen.

Arthur legte Tempo vor, denn er wollte auf keinen Fall versäumen, die Künstlerin Zimmer bei der Bewältigung der Gegenwartsproblematik zu sehen.

Ecke Bahnhofstraße blieb Arthur wie geblendet stehen. Ein riesiger Neubaukomplex wurde von Hunderten Scheinwerfern angestrahlt, neben einer ausgehobenen Baugrube loderte himmelhoch ein herrliches Feuer, und in dieser Lichtoase inmitten der sternlosen Nacht liefen zahllose Menschen in Maurerkleidung umher, hämmerte, sägte, dröhnte es von allen Geräuschen, ein quietschender Kran beförderte komplette Badezimmerwände in schwindelnde Höhen, und all dies wurde übertönt von einer Stimme, welche die Eisenkonstruktion erzittern ließ: „Du blöder Heuochse da oben, paß doch auf, Kolonne drei rückt an, du Krantüte! Was is mit der Beleuchtung auf Abschnitt eins? Soll ich euch knipsen helfen, ihr Dämelacke?“

Arthur war sicher, den Regisseur vernommen zu haben. Er wandte sich an einen des Wegs kommenden Herrn, der als Zimmermann verkleidet war. „Entschuldigen Sie, können Sie mir sagen, auf welchem Abschnitt sich zur Zeit die Hauptdarsteller dieses spannenden Gegenwartsfilms befinden?“

„Film is jut“, sagte der Zimmermann, „im übrigen sind wir hier allet Hauptdarsteller, Statisten wern uffen Bau so jut wie nich mehr jeduldet. Aber wenn Sie die Film-Fritzen meinen, die schaffen sich 'n Ende weiter inne Laubenkolonie.“

Arthur entschuldigte sich für die peinliche Verwechslung und ging. Die frühere Laubenkolonie war als Abrißgelände bezeichnet. Immerhin verkündete ein Schild, daß hier die Film-Produktion Klawitzke tätig sei. Arthur suchte sich einen Weg durch die zum Teil noch eingezäunten Grundstücke. Hinter einem Fliederstrauch sprangen plötzlich zwei Gestalten hoch.

„Ich bitte um Verzeihung“, sagte Arthur, „habe ich Sie bei der Probe gestört?“

„So kann mans auch nennen“, antwortete der junge Mann, während sich die junge Dame angelegentlich Grashalme vom Rock sammelte.

Arthur versicherte nachdrücklich, er habe nicht das geringste gesehen, zumal er lediglich die Film-Produktion Klawitzke suche, die heute nacht hier an einem spannenden, problemreichen Gegenwartsfilm drehen würde. Das Liebespaar erklärte ihm, daß der gesamte Drehstab schon vor einer Stunde wieder abgefahren sei, weil der im Drehbuch vorgesehene Nieselregen trotz des Versprechens der Wettermacher nicht eingesetzt habe.

„So ein Mist“, fluchte Arthur, „du schlägt man sich nun die ganze Nacht um die Ohren, um mal was Interessantes zu erleben, und dann passiert überhaupt nichts.“

blätter

Jugend für europäische Sicherheit

Arbeiterjugend bereitet Konferenz in Helsinki vor /
Von Achim Krooß

Rhythmischer Beifall auf der europäischen Jugendsicherheitskonferenz in Florenz, Dezember 1971. Die Delegierten hatten sich erhoben und erwiesen ihre Solidarität mit dem irischen Volk, das für seine Unabhängigkeit und nationale Selbstbestimmung kämpft. In der Mitte des Saales sitzen einige ältere Herren: die Vertreter der „Jungen Union“ mit säuerlichem Gesichtsausdruck. Sie hatten zwar über die gesamte Zeit der Konferenz hinweg die Worte „Unabhängigkeit“ und „Souveränität“ am meisten strapaziert, nicht aber damit gerechnet, daß man sich so konkret blamieren kann. Eine Randerscheinung, das Auftreten der Jungen Union, über die man herzlich lachen muß, wenn man später in ihrer Zeitung las, daß es der Jungen Union gelungen sei, in Florenz breite Unterstützung für ihre Politik zu bekommen.

Jugendinitiativen für europäische Sicherheit

Die demokratische Jugend hat sich schon vor Jahren durch Seminare, Treffen und schließlich Konferenzen nachhaltig für eine Politik der europäischen Sicherheit engagiert. Die Stationen: Teresin (VR Polen), Ostia (Italien), Snagov (Rumänien), Helsinki, München, Florenz. Und heute, in Vorbereitung der nächsten europäischen Jugendsicherheitskonferenz wiederum in Helsinki im August dieses Jahres, kommt es darauf an, in den einzelnen Ländern durch Veranstaltungen, Seminare, Diskussionen und Appelle die Jugend für den Kampf um europäische Sicherheit zu gewinnen.

Im Rahmen des bedeutenden Brüsseler Forums der Vertreter der Öffentlichkeit für europäische Sicherheit Anfang Juni kam es zu einem Treffen aller Vertreter der anwesenden Jugendorganisationen. Sie kamen überein, aktiv die in Helsinki stattfindende Jugendsicherheitskonferenz als den Beitrag der Jugend für europäische Sicherheit vorzubereiten. Und der Beauftragte der Jungsozialisten fand auf dem Treffen großen Beifall, als er davon sprach, daß eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf internationaler Ebene auch die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in den einzelnen Ländern nach sich ziehen müsse.

Was ist eine Jugendsicherheitskonferenz?

In der Einladung zu dieser Konferenz, die von einem finnischen Organisationskomitee ausgesprochen wurde, heißt es: „Das finnische Organisationskomitee der Konferenz in Helsinki von 1970 ist auf 27 finnische Jugend- und Studentenverbände angewachsen und enthält jetzt alle politischen Jugendorganisationen, die Gewerkschaftsbewegung und die Verbände der Schüler und Studenten...“

„Der Zweck der Konferenz in Helsinki ist es, die Möglichkeit für eine Diskussion über alle Aspekte der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und für den konkreten Beitrag der Jugend unseres Kontinents zur Erlangung von Frieden und Sicherheit zu schaffen. Die erreichten positiven Ergebnisse in dieser Hinsicht und das Prinzip der Zusammenarbeit sollten so konkretisiert wer-

den, daß es in praktische Verständigung und Zusammenarbeit der Jugend umgesetzt wird.“

In drei Arbeitsgemeinschaften, in denen die politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Aspekte der europäischen Zusammenarbeit diskutiert werden, sowie die Aktionen der Jugend für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wird es die Möglichkeit zum Gedankenaustausch und zu Vorschlägen zum gemeinsamen Handeln geben.

Wie bereiten wir Helsinki vor!

Was auf internationaler Ebene bereits erreicht ist, muß in der BRD noch unter großen Anstrengungen erkämpft werden: die Zusammenarbeit aller demokratischen Jugendorganisationen. Die reaktionären Kräfte in unserem Lande haben offenbar eine eigene Vorstellung von europäischer Sicherheit. Sie versuchen, mit den Regierungen der sozialistischen Länder ins Gespräch zu kommen, indem sie zunächst einmal den fortschrittlichen und kommunistischen Lehrern und Beamten verbieten, ihren Beruf auszuüben, indem sie den Rüstungshaushalt kräftig erhöhen, mit allen Mitteln verhindern, daß die DDR in die Weltgesundheitsorganisation aufgenommen wird oder gleichberechtigt an der Umweltschutzkonferenz in Stockholm teilnehmen konnte.

Gegen eine solche Politik müssen sich die demokratischen Jugendorganisationen der BRD gemeinsam zur Wehr setzen. Und dazu gab und gibt es bereits gute Ansätze. Am 16.6. fand in Bonn eine Forumdiskussion zu Fragen der europäischen Sicherheit statt, auf der sich die SDAJ, die Jungsozialisten, Jungdemokraten, der SHB, die Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung, der Kreisjugendausschuß des DGB Bonn und ein Gast aus Finnland für weitere Aktivitäten zur Erlangung der europäischen Sicherheit aussprachen.

Arbeiterjugend für europäische Sicherheit

Am 1. Juli fand in Essen eine Beratung von 65 Jugendvertretern aus NRW statt, die sich vor allem mit Problemen

Das
Sonder-
angebot
des
Monats



Sollten Sie diese Platte bis zum 31. 8. 1972 bei uns bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von DM 12,-.

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16
Tel. 57 20 10

der Arbeiterjugend im Betrieb befaßte. Wie schon die Erklärung der Jugendvertretung der Seebeck-Werft Bremerhaven feststellte, gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dem Kampf der Arbeiterjugend um Mitbestimmung und soziale Sicherheit im Betrieb und der Grundlage, auf der dieser Kampf ge-

führt werden muß: einer friedlichen Entwicklung in Europa, in der BRD. Deshalb verabschiedeten die in Essen versammelten Jugendvertreter eine Erklärung zur europäischen Sicherheit, in der sie die Einberufung einer europäischen Jugendsicherheitskonferenz in Helsinki/Finnland, vom 26. – 31.8.72 begrüßen.

Arbeiterjugend und die europäische Sicherheit

65 neugewählte Jugendvertreter aus den größten Betrieben Nordrhein-Westfalens, u.a. von Mannesmann, Thyssen, Siemens, Bayer, Krupp, Hoesch, Karstadt, RAG, berieten am Samstag, 1. Juli 1972, auf Einladung des SDAJ-Landesvorstandes NRW über Probleme des Kampfes der arbeitenden Jugend für Frieden.

Sie diskutierten, wie die Jugend aus den Konzernbetrieben über das Problem der europäischen Sicherheit informiert werden kann und welche Initiativen von der Arbeiterjugend ausgehen können.

Zum Abschluß verabschiedeten sie folgende Erklärung:

Die am 1. Juli in Essen auf Einladung der SDAJ zusammengekommenen Jugendvertreter aus zahlreichen Groß- und Konzernbetrieben NRWs erklären, daß mit der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau wichtige Schritte zur Sicherung des Friedens und zur Entspannung in Europa gemacht wurden.

Die Teilnehmer setzen sich für die sofortige Kürzung des Rüstungshaushaltes in der BRD, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Aufnahme der BRD und der DDR in die UNO und ihre Unterorganisationen sowie für das baldige Stattfinden einer europäischen Sicherheitskonferenz ein.

Im Widerspruch zur Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik versuchen Strauß und Barzel die Verträge auszuhöhlen und das Stattfinden einer Sicherheitskonferenz zu sabotieren. Sie wollen keine Sicherheitskonferenz, denn diese könnte bedeuten:

- Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa,
 - Verzicht auf Gewaltanwendung zur Lösung politischer Konflikte,
 - verstärkte wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.
- Eine europäische Sicherheitskonferenz

schafft günstige Voraussetzungen für Abrüstung.

Der Kampf für eine europäische Sicherheitskonferenz liegt unmittelbar im Interesse der Arbeiterjugend. Die Arbeitsplätze können durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern sicherer werden. Der Umweltschutz und das Gesundheitswesen können durch engere Zusammenarbeit ohne Diskriminierung verbessert werden. Abrüstung in Europa setzt finanzielle Mittel für wichtige sozial- und bildungspolitische Aufgaben frei.

Es genügt nicht, wenn die Vorbereitungen zu dieser Konferenz lediglich auf der Ebene der Regierungen stattfinden, sondern der Kampf für eine Politik des Friedens muß besonders auch von der Arbeiterjugend geführt werden.

Daher rufen wir auf, in den Betrieben über die europäische Sicherheitskonferenz zu informieren und breitere Teile der Jugend für diese Idee zu gewinnen. Das ist gleichzeitig ein Beitrag zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die 1973 in Berlin, Hauptstadt der DDR, stattfinden und entspricht dem Geist des internationalen Aufrufs, wie er vom internationalen Vorbereitungs Komitee herausgegeben wurde.

Jungdemokraten gegen Berufsverbot

Von der Bundesdelegiertenkonferenz der Deutschen Jungdemokraten (DJD) berichtet Wolfgang Bartels

Der Bundesvorstand der Jungdemokraten rief und 61 Delegierte kamen zur diesjährigen Bundesdelegiertenkonferenz am 24. und 25. Juni nach Gießen. Doch drei Landesverbände fehlten: Saarland, Hamburg und Westberlin waren nicht mit der Mandatsverteilung einverstanden und boykottierten die Konferenz.

Die Jungdemokraten wiesen sich als eine politisch aktive Jugendorganisation aus, die sich in vielen wichtigen Fragen mit anderen Organisationen verbündet, zeigten aber auch gleichzeitig die Grenzen, die aus der Bindung an eine großbürgerliche Partei, die FDP, entstehen. Zwar setzte sich der bisherige Bundesvorsitzende Heiner Bremer sehr profiliert mit den konservativen Kräften in der BRD auseinander, „die Reformen bekämpfen und mit allen Mitteln zu verhindern suchen“. Zwar war die Diskussion mit dem FDP-Generalsekretär Flach geprägt von der Kritik am Ministerpräsidentenbeschluß zum Berufsverbot und der innenpolitischen Verschärfung durch die Gesetze zur „Inneren Sicherheit“, die auch von der FDP zu verantworten sind. Zwar gingen die De-

legierten scharf mit solchen reaktionären Abtrünnigen wie Mende, Zoglmann und Kühlmann-Stumm ins Gericht und forderten Maßnahmen, die solche „Pannen“ in Zukunft verhindern sollen. Doch die Jungdemokraten vermochten nicht, bis an die Wurzel all dieser Erscheinungen vorzudringen, deren Nährboden das kapitalistische Gesellschaftssystem ist.

Und die sorgenvolle Miene, die Flach den Delegierten gegenüber aufsetzte, war gespielt. Immerhin erleichterte es die in manchen Fragen sicherlich antikapitalistische Haltung der Jungdemokraten der FDP-Führung, sich in Auseinandersetzung mit den konservativsten Kräften innerhalb der FDP den Mitgliedern und Wählern als „Partei der Mitte“ darzustellen und eine neue politische Standortbestimmung des „sozialen Liberalismus“ vorzugaukeln. Damit will die FDP-Führung verschleiern, daß sie nach wie vor eine Partei des Großkapitals ist, die sich besonders an die städtischen Mittelschichten und in zunehmendem Maße an die Intelligenz und an Teile der Jugend wendet, um systemkritische Ansätze zu kanalisieren. Auch

Generalsekretär Flach weiß, daß der vorgezogene Bundestagswahlkampf bevorsteht und die FDP mit Hilfe der Jungdemokraten um die Stimmen der Jungwähler buhlen muß.

Mit vielen Illusionen bereiten die Jungdemokraten selbst dieser Taktik der FDP-Führung den Weg. Bremer: „Wir wollen Kandidaten, deren Loyalität zur Partei größer ist als zu materiellen Hintermännern.“ Nach den „materiellen Hintermännern“ der Partei wurde in Gießen nicht gefragt.

Und in einem zur endgültigen Formulierung an den Bundesausschuß überwiesenen „Manifest für eine liberale Politik“ heißt es: „Liberalismus geht darin über Sozialismus hinaus, daß er sich nicht auf ein bestimmtes Wirtschaftssystem als Garant für eine demokratische Politik festlegt... (Er) sieht in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel kein hinreichendes Mittel für eine Demokratisierung der Gesellschaft.“ Hier sollten sich die Jungdemokraten wirklich die Frage stellen, wem ein „Liberalismus“ nutzt, der die politischen Fragen völlig aus ihrem ökonomischen Zusammenhang löst, der nun einmal für die Bundesrepublik bedeutet, daß die Monopole und ihr Staat sich alle gesellschaftlichen Bereiche untertan und tributpflichtig machen.

Trotz dieser kritischen Bemerkungen eröffnen sich aus den Beschlüssen der Gießener Konferenz Möglichkeiten, den Kampf der fortschrittlichen Kräfte voranzubringen, wenn die Jungdemokraten diese Beschlüsse konsequent verwirklichen und bereit sind, weiterhin und noch stärker mit anderen Kräften zusammenzuarbeiten.

Die Delegierten verabschiedeten ein



Die neuen Politposter sind da!

Preis je Poster: DM 1,-
(zus. Verpackungs- und Portokosten)

Bestellungen bitte an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16



„Manifest zur Frauenemanzipation“, das eine teilweise richtige Analyse für die Benachteiligung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft liefert, aber in seinen Schlußfolgerungen inkonsequent wird, weil nur eine Reihe zweitrangiger Forderungen aufgestellt werden, ohne aus der Analyse die richtigen Schlußfolgerungen nach Beseitigung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu ziehen.

Das Berufsverbot aufgrund des Ministerpräsidentenerlasses wird abgelehnt, weil „alle Anzeichen daraufhin deuten, daß in der Bundesrepublik auf kaltem Wege unterhalb und außerhalb des Verfassungsworts administrative Maßnahmen vorbereitet oder praktiziert werden“. Die Gesetze zur „Inneren Sicherheit“, mit denen die Notstandsgesetze vervollkommen und ausgebaut werden, wurden von der Konferenz ebenso abgelehnt, wie die Versuche, Ausländern durch verschärfte Gesetzesbestimmungen ihre demokratischen Rechte zu beschneiden. Mit weiteren Beschlüssen wandten sich die Delegierten gegen Wehrkundeerlasse und Bundeswehrhochschulen.

Die Jungdemokraten verabschiedeten ein Papier, das Forderungen zur Berufsausbildung aufgreift und mit dem sie ihre begonnene Lehrlingsarbeit verstärken wollen.

Zum neuen Bundesvorsitzenden der Jungdemokraten kandidierten Ingrid Matthäus (NRW) und Rolf Viethen (Rheinland-Pfalz). Heiner Bremer verzichtete aus Gründen der Arbeitsüberlastung auf eine weitere Kandidatur. Mit 47 zu 32 Stimmen konnte die 26jährige Gerichtsreferendarin aus Münster sich gegen Viethen durchsetzen, der noch mehr auf die Vermeidung des „Grabenkriegs“ mit der FDP bedacht war.

Freie politische Betätigung für Soldaten!

Soldateninitiative Neumünster (SIN) wurde Mitglied des Stadtjugendrings / Von Reinhard Junge

Neumünster (Schleswig-Holstein) am 18. Mai 1972: Die 60 Delegierten des Stadtjugendrings beraten über einen Aufnahmeantrag der Soldateninitiative Neumünster (SIN), die sich vor mehr als einem Jahr zum ersten Mal mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit wandte. Ein Sprecher der Soldaten begründet den Aufnahmeantrag: „Die SIN ist eine Vereinigung demokratischer und sozialistischer Soldaten, die sich für die politischen und sozialen Interessen der Soldaten einsetzt. Erstes Ziel der Initiative ist es, die Ungerechtigkeiten im täglichen Dienst zu beseitigen und mehr Rechte und Freiheiten für die Mannschaftsdienstgrade zu erkämpfen. Wir fordern:

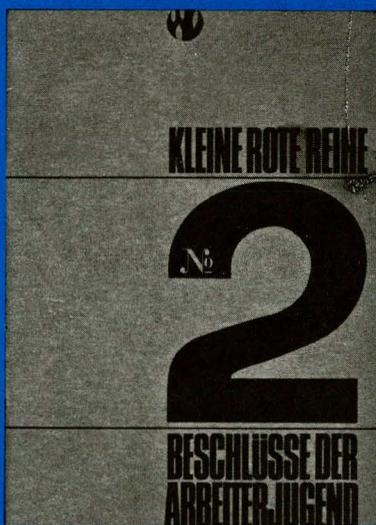
- die Selbstgestaltung der Wach- und Dienstpläne durch die Soldaten oder ihren Vertrauensmann;
- Aufhebung des neuen Haarerlasses;
- wirkliche Mitbestimmung der Vertrauensleute, Selbstbestimmung bezüglich der Ausgestaltung der Soldatenzimmer, der Gestaltung der aktuellen Information, der von der Kompanie bezogenen Zeitungen und Zeitschriften;
- den Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln für Soldaten;
- Teuerungszulage von 100 Mark monatlich und
- 30 Tage Urlaub und 15 Tage Bildungsurlaub.“

Darüber hinaus tritt die SIN ein für eine konsequente Friedenspolitik („Verminderung der Truppenstärke, Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate, Austritt aus der NATO“) und für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der Soldaten, für die freie und ungehinderte Verbreitung und Diskussion der Studie „Soldat 70“.

Daß all dies nicht nur auf dem Papier steht, haben die SIN-Leute in der Praxis bewiesen: wer mit einer Beschwerde nicht zurechtkommt, findet bei ihnen Hilfe, wenn ein Kompaniechef Soldaten schikaniert oder gegen die Ostverträge hetzt, kommt er in „activ“ an den Pranger – sechs Ausgaben der demokratischen Soldatenzeitung von Neumünster sind bisher erschienen.

Ohne Gegenstimme wurde die SIN in den Stadtjugendring aufgenommen: sicherlich ein Beweis für ihr konsequentes und unerschrockenes Auftreten. Und der Stadtjugendring, der demnächst öffentliche Veranstaltungen für Wehrpflichtige durchführt, bewies erneut, daß er an der Seite der demokratischen Soldaten steht. Was sich auch darin zeigte, daß er für den Schützen Barloschky aktiv wurde, als der wegen seines Eintretens für die Verträge von Moskau und Warschau bestraft wurde.

**Erscheint
in Kürze:
Kleine
Rote Reihe
11**



Dieses Heft der Kleinen Roten Reihe dokumentiert die wichtigsten Beschlüsse der Konferenzen verschiedener Arbeiterjugendorganisationen aus der letzten Zeit. (Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Naturfreundejugend, SJD „Die Falken“, Jungsozialisten). Wichtig – nicht nur für den Gruppenleiter!

ca. 180 Seiten
Preis: DM 3,-

Bestellungen bitte an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16



Internationale Leipziger Buchmesse
3. 9. – 10. 9. 1972

“MESSEHAUS AM MARKT” — Stand 110-114

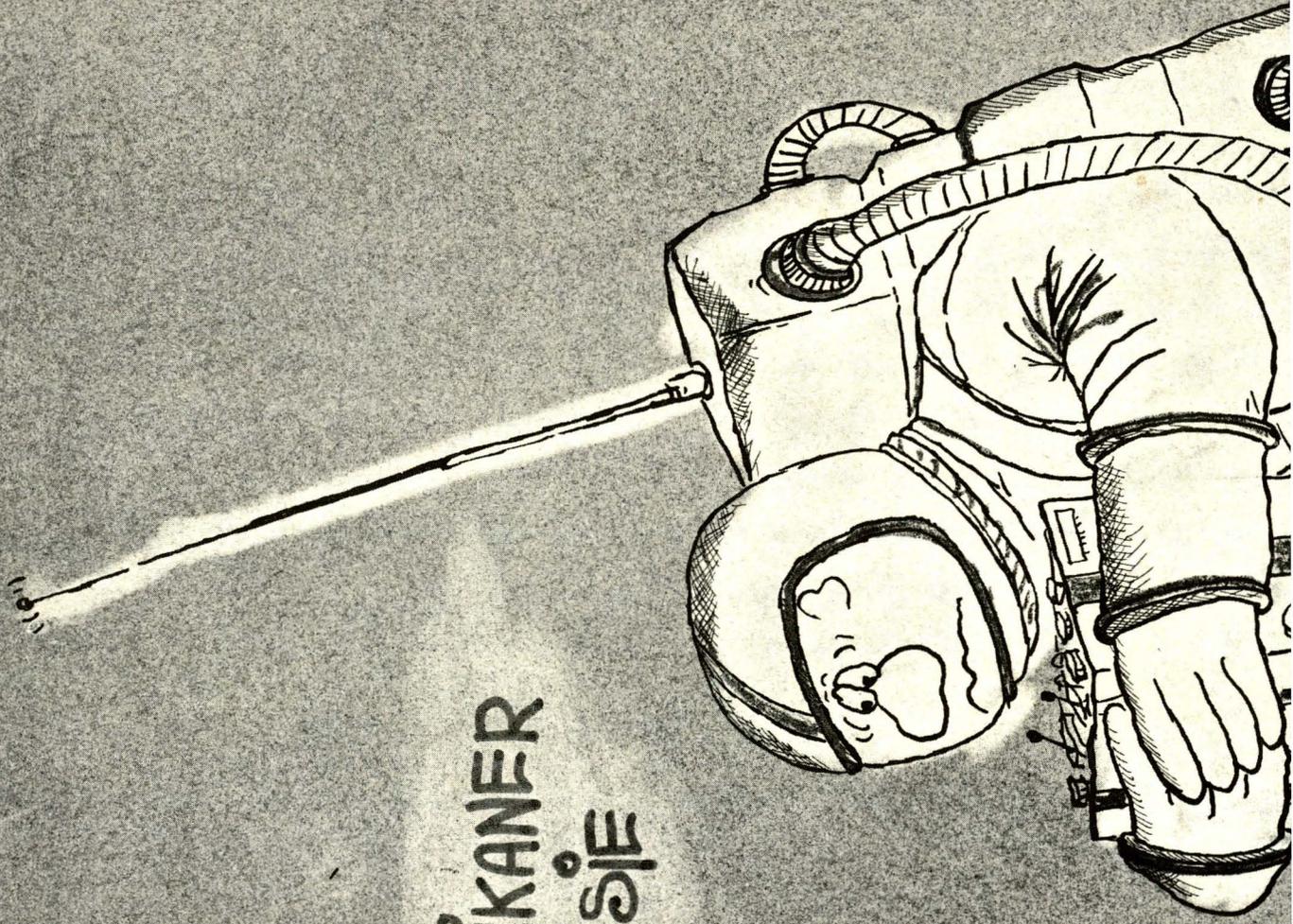
“ZENTRAL-MESSEPALAST” — Stand 256-265

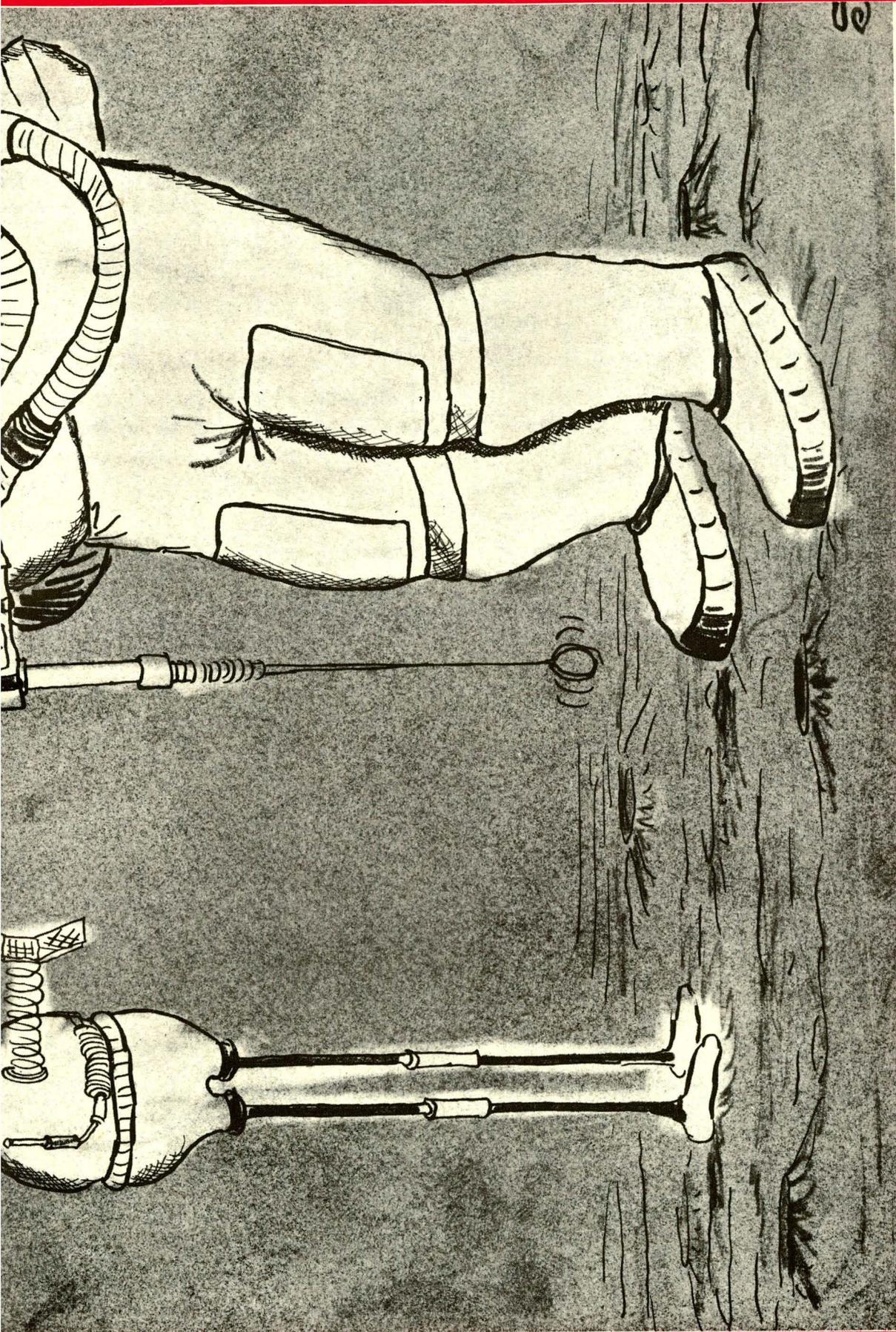
“PETERSHOF” — Stand 488-498

DEUTSCHER BUCH-EXPORT UND -IMPORT · GMBH

DDR-701 Leipzig, Leninstraße 16

"SIND SIE AMERIKANER
ODER KOMMEN SIE
IN FRIEDLICHER
ABSICHT?"





Zeichnung: Uli Stein

elam
POLIT-POSTER



HERBERT FRIEDRICH
**Der Kristall
und die Messer**

Illustrationen von Wolfgang Würfel
400 Seiten · Leinen mit Schutzumschlag
7,50 M
Für Leser von 12 Jahren an

Otto Pagler gewinnt im September des Jahres 1932 auf der Radrennbahn in Rom den Weltmeistertitel der Amateure im Sprint. Damit beginnt für den neunzehnjährigen arbeitslosen Jungen aus Köln eine erfolgreiche Karriere. Er lebt nur für den Sport. Sieben Jahre lang feiert er seine Siege als Berufsfahrer auf den Radrennbahnen in Belgien, Holland, Frankreich, Italien und der Schweiz. Die Nazis nutzen seine Erfolge als Aushängeschild ihrer Herrenmenschenideologie. Erst der Lebensweg seines Trainers, des Juden Krone, und die Wahrheit um den Tod seines Jugendfreundes, der Pilot der Legion Condor war, sowie viele andere Schicksale, durch die er aufgerüttelt wird, lassen ihn von einem unpolitischen jungen Mann zu einem Menschen reifen, der die Gefährlichkeit, die erbarmungslose Grausamkeit der Nazis durchschaut, und der sich aktiv dagegen auflehnt.



DER KINDERBUCHVERLAG BERLIN

108 Berlin, Behrenstraße 40/41 · Deutsche Demokratische Republik

forum

forum der
jugend-
verbände

Der DGB-Bundeskongreß hat beschlossen:

Aktionsprogramm 1972

Kürzere Arbeitszeit und längerer Urlaub

Der Achtstundentag und die Fünftage-woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich sind zu verwirklichen.

Auch bei Schichtarbeit dürfen Arbeitnehmer höchstens acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich tätig sein. Die freien Tage müssen aufeinander folgen, möglichst viele Sonntage arbeitsfrei bleiben. Die Bestimmungen über Sonntagsarbeit sind zu verbessern. Ein jährlicher Erholungsurlaub von mindestens sechs Wochen soll die Gesundheit sichern.

Für gesundheitsgefährdende und besonders schwere Arbeiten ist ein zusätzlicher Urlaub zu vereinbaren.

Höhere Löhne und Gehälter

Der Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der Wirtschaft muß erhöht werden, der Lebensstandard ihrer Familie steigen.

Männer und Frauen müssen auch im Arbeitsleben gleichberechtigt sein. Für gleichwertige Tätigkeit ist gleiches

Arbeitsentgelt zu zahlen. Betriebliche Sozialleistungen sind durch Tarifvertrag oder Gesetz zu sichern. Den Arbeitnehmern ist ein zusätzliches Urlaubsgeld zu zahlen. Sie müssen zusätzlich ein 13. Monats-einkommen erhalten.

Gerechtere Vermögensverteilung

Die Benachteiligung der Arbeitnehmer bei der Vermögensbildung ist zu beseitigen.

Diesem Ziel müssen die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik entsprechen.

Die tarifpolitischen Möglichkeiten zur gesetzlichen Sparförderung sind zu nutzen.

Die Arbeitnehmer aller Bereiche sind durch ein überbetriebliches System der Ertragsbeteiligung am Produktionsvermögen angemessen zu beteiligen.

Verbesserung der Steuer- und Finanzpolitik

Die Steuer- und Finanzpolitik muß vor

allem auf die Finanzierung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben zugeschnitten sein.

Das Steuersystem muß vereinfacht und sozial gerechter werden und eine Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen bringen.

Gesicherte Arbeitsplätze

Die Vollbeschäftigung ist zu sichern. Ihre Verwirklichung bedarf einer vorausschauenden staatlichen Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage eines volkswirtschaftlichen Rahmenplanes.

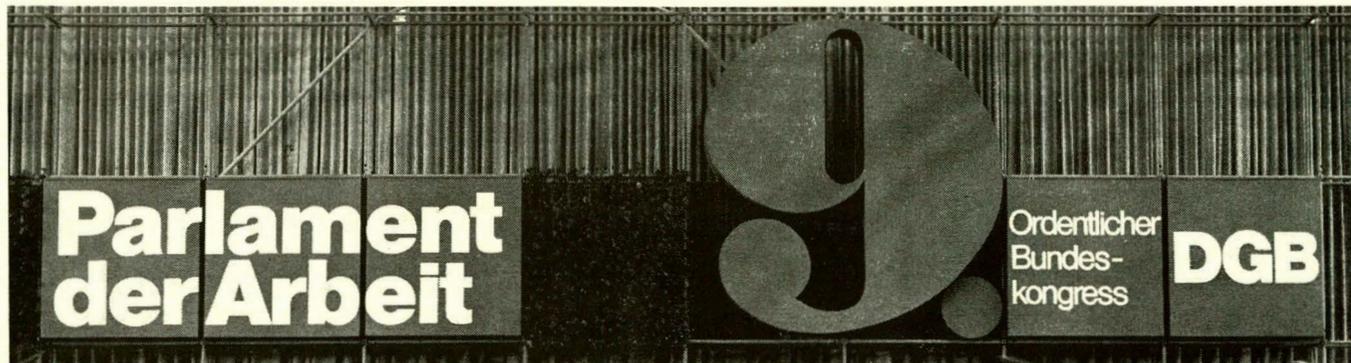
Rationalisierung und Automation müssen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen. Arbeitgeber, Gesetzgeber und Regierung müssen sicherstellen, daß nachteilige Folgen der Rationalisierung und Automation für die Arbeitnehmer vermieden werden.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, muß eine andere angemessene Arbeitsmöglichkeit erhalten. Er hat Anspruch auf Hilfe, um sich in eine neue Tätigkeit einzuarbeiten.

Erworbene Ansprüche sind zu sichern, Lohn- und Gehaltseinbußen zu vermeiden.

Es ist ein besonderes Programm zum Schutze älterer Arbeitnehmer gegen die sozialen Folgen der Veränderungen in Wirtschaft und Technik zu entwickeln. Betriebliche und überbetriebliche Pläne sind aufzustellen, um notwendige Anpassungsmaßnahmen zu treffen.

Alle Entscheidungen müssen gemeinsam mit den Betriebsräten, Personalräten und Gewerkschaften beschlossen werden.



Fortentwicklung des Arbeits- und Dienstrechts

Ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch ist zu schaffen. Es muß der Fortentwicklung der sozialen Demokratie und des Rechtsstaates dienen.

Die tarifvertragliche Gestaltungsfreiheit ist zu sichern.

Alle noch bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sind zu beseitigen.

Das Beamtenrecht ist in ein Status- und Folgerecht zu gliedern. Die Koalitionsfreiheit der Beamten darf nicht eingeschränkt werden.

Im öffentlichen Dienst ist ein einheitliches Dienstrecht anzustreben.

Mehr Mitbestimmung

Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft sowie in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben muß die politische Demokratie ergänzen.

Alle Großunternehmen müssen Arbeitsdirektoren und paritätisch besetzte Aufsichtsorgane erhalten.

In allen technisch selbständigen Werksgruppen und Betriebsabteilungen dieser Großunternehmen sind Beiräte und Direktorien zu bilden, die der Mitbestimmung unterliegen.

Innerhalb der europäischen Gemeinschaft sind für multinationale Unternehmen paritätisch besetzte Aufsichtsorgane vorzuschreiben.

Auch in den Unternehmen der öffentlichen Hand sind paritätisch besetzte Aufsichtsorgane einzurichten. Die Verantwortlichkeit der parlamentarischen Körperschaften ist zu wahren.

Betriebsräte und Personalräte müssen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen mitbestimmen.

Die Rechte der Gewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen sind zu erweitern.

Die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich ist zu verwirklichen. Dazu sind in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten.

Gleiche Bildungschancen und bessere Berufsausbildung

Vorrangig sind gute Lernbedingungen in der Grundschule sowie vorschulische Förderungsmöglichkeiten. Ziel muß eine obligatorische Vorschule sein.

In allen Bundesländern ist die Vollzeitschulpflicht auf elf Jahre unter Einbeziehung eines Berufsgrundbildungsjahres auszudehnen.

Alle für Jungen und Mädchen unterschiedlichen Bildungspläne und Stundentafeln sind zu beseitigen.

Überall ist die integrierte Gesamtschule einzuführen; sie muß auch die Oberstufe des Gymnasiums und die berufsbildenden Schulen einbeziehen.

Berufliche Kurse müssen gleichberechtigte Abschlüsse ermöglichen.

In der Übergangszeit ist der berufsbezogene theoretische Unterricht auf mindestens zwölf Wochenstunden an zwei Berufsschultagen auszudehnen.

Die berufliche Bildung muß einer wirklichen öffentlichen Kontrolle unterliegen. Dabei ist die Mitbestimmung der Gewerkschaften zu sichern.

Der Lehrermangel ist zu beseitigen.

Alle Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit erhalten, Schul- und Hochschulabschlüsse nachzuholen. Berufliche Erfahrungen sind anzurechnen.

Für die berufliche Anpassung und Umschulung sind ausreichende öffentliche Mittel bereitzustellen. Das muß auch für die Eingliederung der Frau in das Erwerbsleben gelten.

Die Lernenden müssen auf allen Stufen des Bildungswesens eine ausreichende finanzielle Förderung erhalten.

Für alle Arbeitnehmer ist ein zusätzlicher bezahlter Bildungsurlaub einzuführen.

Besseres soziales Miet- und Bodenrecht

Ein sozialverpflichtetes Bodenrecht muß die Spekulation verhindern.

Der soziale Wohnungsbau muß stärker als bisher gefördert werden und ausschließlich den einkommensschwachen Schichten zugute kommen.

Der Mieterschutz ist weiter auszubauen. In den Ballungsregionen ist vorrangig der Bau und Betrieb von neuzeitlichen öffentlichen Personenverkehrsmitteln durchzusetzen.

Umweltschutz

Für die Bundesrepublik Deutschland ist ein Umweltschutzprogramm zu entwickeln und laufend fortzuschreiben.

Die Normen für die Reinhaltung von Luft, Wasser und Landschaft sollen in Zusammenarbeit mit unabhängigen Forschungsinstituten aufgestellt und bundeseinheitlich erlassen werden.

Alle Schäden hat der Verursacher zu tragen.

Verstöße gegen Umweltschutzvorschriften sind streng zu ahnden.

(Beschl. vom 9. ordentlichen DGB-Bundeskongreß, Juni 1972 in Westberlin)

Arbeit ohne Gefahr

Es müssen menschengerechte Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Sicherheit am Arbeitsplatz und Gesundheitsschutz müssen erhöht werden.

In Mittel- und Großbetrieben sind hauptberufliche Sicherheitsingenieure einzusetzen.

Durch Gesetz müssen Betriebe und Verwaltungen verpflichtet werden, den werksärztlichen Dienst auszubauen.

Für Kleinbetriebe sind überbetriebliche arbeitsmedizinische Einrichtungen zu schaffen.

Die Arbeitsunfallzahlen müssen veröffentlicht werden.

Gewerbeaufsicht, Technischer Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaften und Arbeitsschutzgesetze sind weiter auszubauen.

Größere soziale Sicherheit

Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf den Schutz der Sozialversicherung.

Die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung ist zu beseitigen. Die Gesundheitsvorsorge ist auszubauen.

Der Mutterschutz ist zu erweitern.

Für Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist ein gemeinsamer und unabhängiger sozialärztlicher Dienst einzurichten.

Der Aufbau eines funktionell gegliederten Krankenhauswesens, in dem eine allein an der Krankheit orientierte medizinische Versorgung sichergestellt ist, muß gewährleistet sein.

Das Arbeitslosengeld soll mindestens zwei Drittel des letzten Arbeitseinkommens betragen.

Das gleiche gilt für Kurzarbeit.

Belastungen, die durch den Unterhalt und die Erziehung von Kindern entstehen, sind durch angemessene Leistungen auszugleichen.

Bessere Alterssicherung

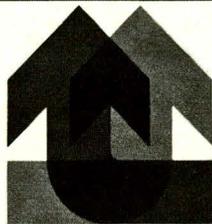
Jedem ist die Möglichkeit zu geben, mit Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Arbeitsleben auszuscheiden.

Die Altersrente muß in der Regel drei Viertel des erreichten Arbeitseinkommens betragen.

Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung dürfen nicht verfallen. Sie müssen dynamisiert werden und bei Zahlungsunfähigkeit gesichert sein.

Der eigenständige Renten- und Pensionsanspruch der Frau muß ausgebaut werden. Bei seiner Bemessung sind bestimmte Zeiten der Kindererziehung anzurechnen.

MITBESTIMMUNG



DEINE SACHE! DGB



Gute Ausbildung ohne Unternehmer

DGB legt Forderungen zur beruflichen Bildung vor / Von Wolfgang Bartels

Kaum hatte der DGB seine Forderungen zur beruflichen Bildung veröffentlicht, geiferten auch schon die Unternehmerverbände. „Ohne reale Basis“ hieß es bei der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“, „unausgewogene Pläne“ und „kurzsichtig“ meldete sich das Handwerk, und der Industrie- und Handelskammertag meinte: „Ein Quentchen zu falsch geraten.“

Vier Wochen nach Veröffentlichung der Forderungen zur beruflichen Bildung konnte der DGB feststellen, die Forderungen hätten „genau den Kern der ‚Reform der Berufsbildung‘ getroffen“. Die Unternehmer wollten lediglich verhindern, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf das Berufsbildungsgesetz größer werde. „Dies zeigt nach Auffassung des DGB, daß die Arbeitgeber ihre Herrschaft in diesem Bereich auch in Zukunft zementieren wollen.“

Die wütende Reaktion der Unternehmer ist verständlich, geht es dem DGB doch schließlich darum, die Unternehmeralleinherrschaft über die Berufsbildung zu beseitigen. Die Verwirklichung gleicher Chancen und die Demokratisierung des Bildungswesens sind die Grundanliegen, die sowohl die Berufsbildungsforderungen wie auch die wenige Wochen zuvor veröffentlichten bildungspolitischen Vorstellungen des DGB auszeichnen. Der DGB setzt sich ein für ein integriertes und differenziertes Gesamtbildungssystem, das Schluß macht mit dem dreigeteilten Schulsystem (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) und das eine chancengleiche Weiterbildung einschließt. Ausdrücklich heißt es: „Insbesondere muß eine Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung erfolgen, um die traditionelle Unterscheidung und Diskriminierung der beruflichen Bildung aufzuheben.“

Der DGB hält eine mindestens zwölfjährige Schulpflicht für notwendig, damit ein Mindestmaß an Bildungsinhalten vermittelt werden kann. Damit verbunden werden soll eine vorberufliche Bildung in der Sekundarstufe I (5.-10. Schuljahr). Der DGB empfiehlt, spätestens von der 7. Klasse an Lerninhalte im Sinne einer polytechnischen Bildung einzuführen.

Die Zusammenführung von beruflicher Grundausbildung und Allgemeinbildung soll in der Sekundarstufe II (ab 11. Schuljahr) erfolgen, wobei Praktika und Unterweisungen in Betrieben, Verwaltungen oder anderen außerschulischen Einrichtungen Bestandteile des Unterrichts der Gesamtschule sein sollen. Die betriebliche Berufsausbildung soll also aus der Alleinverfügungsgewalt der Unternehmer herausgenommen werden.

Als kurzfristig zu verwirklichende Maßnahmen schlägt der DGB die Einrichtung einer Berufsgrundbildung im 11. bzw. 10. Schuljahr vor. Die Berufsschulen sind organisatorisch zu Ganztagschulen umzugestalten und die Lehrlinge an Berufsschultagen grundsätzlich von der betrieblichen Ausbildung freizustellen. Die Unterrichtszeit in der Berufsschule ist auf mindestens 12 Wochenstunden auszudehnen. Von den Kammern unabhängige Ausbildungsberater sollen jede Ausbildungsstätte in Betrieb und Verwaltung mindestens halbjährlich einmal gründlich überprü-

fen. Bei außerbetrieblichen Berufsbildungseinrichtungen müssen die Gewerkschaften paritätisch in den verantwortlichen Gremien und Organen vertreten sein.

Weitere Forderungen stellt der DGB zu den Komplexen Berufsbildungsforschung, berufliche Bildung im tertiären Bereich (Studium), berufliche Weiterbildung und Berufsberatung auf.

Der DGB geht davon aus, daß alle vom Betrieb veranlaßten Berufsbildungsmaßnahmen auch von diesem zu finanzieren sind und über einen „Bundesfonds für Berufsbildung“ Betriebe und Verwaltungen an den Kosten der beruflichen Bildung beteiligt werden sollen. Hier wäre vielleicht eine klarere Orientierung auf die Großkonzerne und eine genauere Definition des Begriffs „Beteiligung“ wünschenswert.

Die Gewerkschaften fordern umfassende Mitbestimmungsrechte in allen Fragen der beruflichen Bildung. Weil die Unternehmer durch eine umfassende Mitbestimmung ihren Herrschaftsanspruch gefährdet sehen, sind sie besonders aufgeschreckt angesichts der DGB-Forderungen.

Die Verwirklichung der DGB-Forderungen kann Erhebliches dazu beitragen, daß die 1,3 Millionen Lehrlinge nicht länger Stiefkinder in Betrieb und Gesellschaft bleiben. Die Forderungen des DGB sind gegen die Alleinmacht der Unternehmer und ihr Profitstreben gerichtet. Deshalb werden sich diese Forderungen nicht von selbst verwirklichen. Es geht nun darum, die gewerkschaftlichen Vorstellungen umfassend und breit in Betrieben und Berufsschulen zu diskutieren und so auch die außerordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB vorzubereiten, die sich im März 1973 ebenfalls mit Bildungsfragen beschäftigen wird. Lehrlinge, Jungarbeiter, Arbeiter und Angestellte wissen: Nichts bekommen wir geschenkt. Auch keine bessere Bildung. Alles was wir erreichen wollen, müssen wir uns selbst erkämpfen.

4. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft HBV:

„Mehr Rechte für die arbeitende Jugend!“

Von Wolfgang Bartels

Am 17. und 18. Juni tagte in der Braunschweiger Stadthalle die 4. Ordentliche Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) unter dem Motto: „Mehr Rechte für die arbeitende Jugend!“ Die 80 Delegierten vertraten über 45 000 junge Kolleginnen und Kollegen und hatten über 82 Anträge und 30 Initiativanträge zu beraten.

Die HBV-Jugend konnte auf ihrer Konferenz eine erfolgreiche Bilanz ziehen: Mit 26 Prozent hat sie den höchsten Jugendlichenanteil aller DGB-Gewerkschaften. Von insgesamt 16 000 neuen Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend im Jahr 1971 kann allein die HBV-Jugend 6 500 auf ihrem Konto verbuchen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Jugendvertreter konnte in

ihrem Bereich erheblich gesteigert werden. Das „Rezept“ dieses Erfolges ist kein Geheimnis. Er ist auf die starke betriebliche Orientierung der HBV-Jugend zurückzuführen. Für die HBV-Jugend gilt als Kernpunkt der gewerkschaftlichen Jugendarbeit: „Unsere Basis ist der Betrieb“. Auch die Vervielfachung der gewerkschaftlichen Betriebsjugendgruppen ist dafür ein Beweis. Und noch ein nachahmenswertes Beispiel für betriebsnahe Aktivitäten: Durchführung von Jugendvertreterkonferenzen auf Konzernebene.

Die Konferenz war sich darin einig, diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen und auszubauen.

Auf diese betriebliche Arbeit ist sicherlich das Engagement zurückzuführen, das die Delegierten bei der Diskussion über tarifpolitische Fragen zeigten. Sie waren sich darüber einig, daß die Jugendlichen künftig auch in den Tarifkommissionen vertreten sein müssen, konnten sich jedoch noch nicht auf eine konkrete Form einigen.

Grundsätzlich ist die Stellung, die die Delegierten zur heftig umstrittenen Teilnahme der Gewerkschaften an der Konzertierte Aktion bezogen. HBV-Vorsitzender Vietherr versuchte mit einer 20minütigen Rede, die Delegierten auf die weitere Beteiligung an dieser angeblich „unverbindlichen Gesprächsrunde“ einzuschwören. Doch die überwältigende Mehrheit der jungen Gewerkschafter stellte fest, daß die Konzertierte Aktion die bestehenden Machtverhältnisse stabilisiere: Die Unternehmer versuchten hier mit Hilfe der Bundesregierung, die Arbeiterschaft und ihre Interessenvertreter zu disziplinieren. Und schließlich hätten sich die Lohnleitlinien negativ für die Arbeiterschaft ausgewirkt. Folgerichtig forderten die Delegierten den sofortigen Austritt des DGB aus der Konzertierte Aktion.

Dieser klare klassenbewußte Kurs zog sich durch die gesamte Antragsberatung. Die HBV-Jugend nahm ihr Motto „Mehr Rechte für die arbeitende Jugend!“ sehr ernst.

Hatte Bundesjugendsekretär Wolfgang Schüssler, schon in seinem Geschäftsbericht betont, er habe weder Verständnis für den Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz gegen fortschrittliche Lehrer und Beamte, der der Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor öffne, noch für den von Minister Schmidt geplanten Wehrkundeunterricht, so faßte die Konferenz hier ebenfalls eindeutige Beschlüsse.

In der Diskussion wurde das Betriebsverfassungsgesetz als arbeitfeindlich abgelehnt und beschlossen, „den Kampf für ein stärker die Arbeitnehmerinteressen berücksichtigendes Betriebsverfassungsgesetz fortzusetzen“.

Es wurden Verbot und Auflösung der NPD und aller rechtsextremen Gruppie-

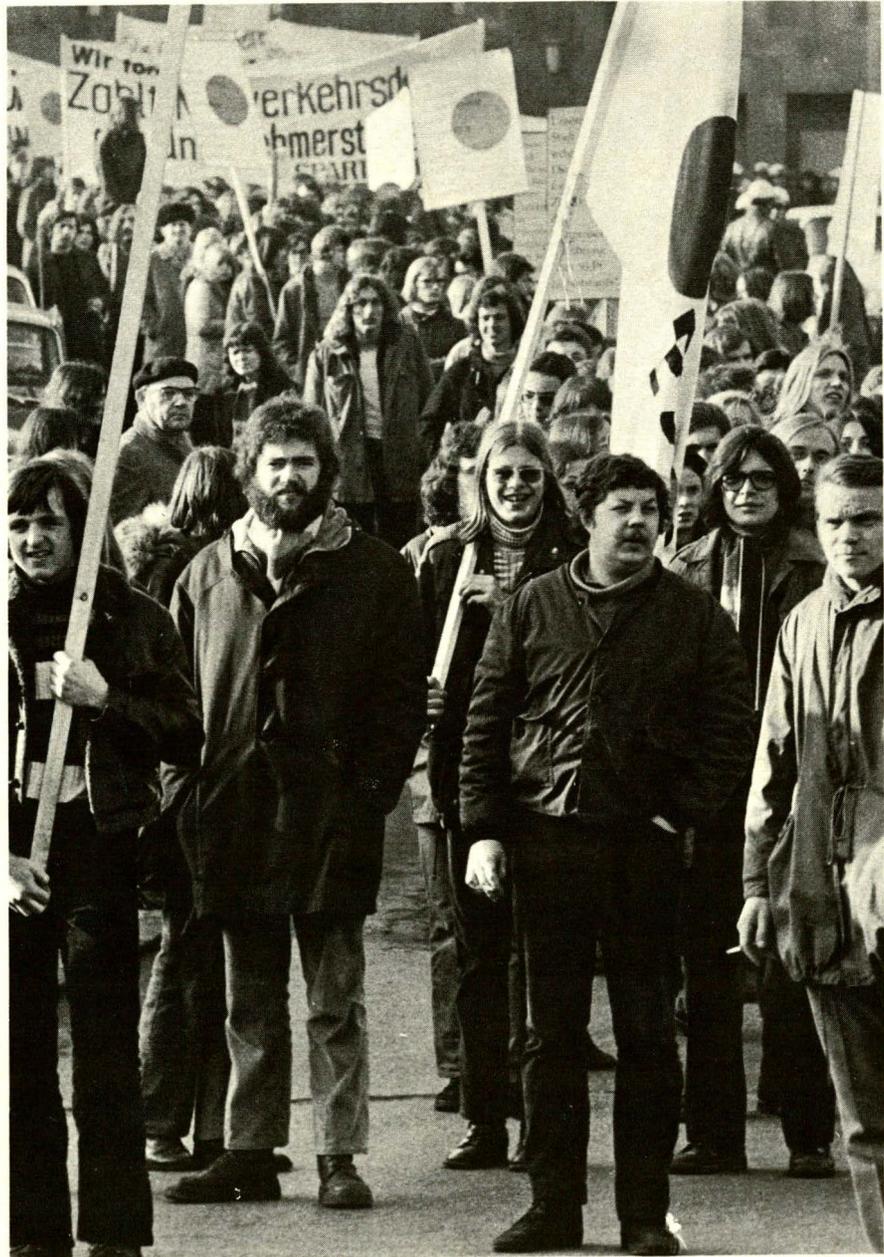
rungen, Verbot der DJO und ihr Ausschluß aus allen Jugendringen und die Streichung aller öffentlichen Zuschüsse für die Vertriebenenverbände gefordert. Alle Bemühungen der Bundesregierung in Richtung Entspannung und Normalisierung mit den sozialistischen Staaten wurden begrüßt. Gleichzeitig wurde an die Bundesregierung die Aufforderung gerichtet, sich für das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz einzusetzen.

Ein weiterer Beschluß wendet sich gegen die Fortsetzung der Militarisierung auch unter der SPD/FDP-Koalition. Auch hier konnte die Entscheidung durch Vietherrs Eingreifen nicht verhindert werden. Die Delegierten sprachen sich weiter gegen alle Bestrebungen aus, unter dem Vorwand der Bekämpfung terroristischer Gruppen demokratische Rechte einzuschränken.

Die Delegierten brachten ihre Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam zum Ausdruck und forderten Hauptjugend-

ausschuß und Hauptvorstand auf, die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ zu unterstützen.

Der Aufruf zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten sowie der Beschluß der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz zur Vorbereitung und Teilnahme daran, wurden begrüßt. In dem Beschluß heißt es: „Durch Information und Diskussion über die Jugend der DDR, über den Kampf junger Menschen in aller Welt gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg sollte die Gewerkschaftsjugend an der Vorbereitung der Weltfestspiele auf allen Ebenen teilnehmen. Der DGB-Bundesjugendausschuß und der HBV-Hauptjugendausschuß werden aufgefordert, über die Weltfestspiele der Jugend umfassend zu informieren und in den Bemühungen nicht nachzulassen, gemeinsam mit den demokratischen und am Weltfestfestival interessierten Jugend- und Studentenverbänden die aktive Mitwirkung der Jugend der BRD zu ermöglichen.“



Stolze Höhepunkte

Bundeswehr: Meinungsfreiheit nur für Rechte

Von Reinhard Junge

Wuppertal, am 18. Juni: Junge Gewerkschafter verteilen vor der Höppner-Kaserne die kritische Soldatenzeitung „Links Um“. Offiziere alarmieren Kriminal- und Bereitschaftspolizei. Als sich die Jugendlichen weigern, ohne Begründung ihre Personalien preiszugeben, werden die Beamten brutal: Mit Gewalt wird Peter Schröder, DGB-Kreisjugendausschussvorsitzender und Mitglied des Redaktionsbeirates von elan, in einen bereitstehenden Streifen-

wagen gezerrt. Blaue Flecken und Blutergüsse dokumentieren: die von Minister Helmut Schmidt vielgepriesene „Diskussionsfreiheit“ in der Bundeswehr hat dort ihre Grenzen, wo die Kritik am Militarismus beginnt.

„Die Bundeswehr muß auch in den stolzen Höhepunkten unserer Geschichte anknüpfen und sich an den militärischen Höchstleistungen in beiden Weltkriegen ausrichten.“ Diesen Ausspruch des baden-württembergischen CDU-Generalsekretärs und Bundeswehr-Brigadegenerals a.D. Schall setzten SDAJler auf ein Plakat, das in einer Fotomontage Bilder aus Konzentrationslagern und von zerbombten Städten zeigt. Der Gefreite Wolfgang Fahrenkrug hängt es in seiner Stube auf. Der Kompaniechef befahl: „Das Plakat muß weg.“

Und: mit sieben Tagen Arrest bestrafte Oberstleutnant Frankenberg den Gefreiten Manfred Wargenau (Solidaritätsadresse:

V. Technische Schule, 5927 Erndtebrück, Hachenberg-Kaserne). Der Gefreite Wargenau zeichnet als Verantwortlicher für die lokale Soldatenzeitung „Rührt Euch“. Und die hatte am „Tag der Offenen Tür“ den Kasernenbesuchern erklärt: „Lassen Sie sich nicht von der Schönfärberei der Offiziere beeinflussen... Soldaten, die in der Bundeswehr für die Ratifizierung der Ostverträge eingetreten sind, wurden bis zu 21 Tagen Knast ‚verdoppelt‘... Wir werden aufgehetzt gegen die Sowjetunion und gegen die DDR.“

All das stimmt – aber Oberstleutnant Frankenberg will das nicht wahrhaben. Weil sich daran der unverändert aggressive Charakter der Bundeswehr äußert.

Grundlage für diese demokratiefeindliche Verfahrensweise ist eine „Ministerweisung“ von Helmut Schmidt vom 18.12.71. Darin heißt es: „Diskutiert“ werden dürfe in der Bundes-

wehr solange, „wie die Disziplin, die Achtung vor der dienstlichen Stellung von Vorgesetzten und die Kameradschaft... gewahrt bleiben. Dies ist z.B. bei ‚Soldat 70‘ nicht geschehen.“

Doch Helmut Schmidts Maulkorbberlaß kann die Diskussion in der Truppe nicht mehr unterdrücken. Und einen bedeutenden Erfolg im Kampf der demokratischen Soldaten um Mitbestimmung und Abrüstung hat Ende Mai die Soldateninitiative Neumünster (SIN) errungen: sie wurde ohne Gegenstimme in den Stadtjugendring aufgenommen.

Eine runde Summe

Wie man Vietnam Solidarität entwickeln kann

Von Eric-Holger Hanisch

Die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg hatte eingeladen, und viele, viele kamen. „Diskothek“ hieß das Zauberwort, aber natürlich ohne den üblichen Nepp. Hier im Postscheckamt Hamburg konnte man seine Cola für einen vernünftigen Preis bekommen. Und niemand wurde gezwungen, gleich ein „Gedeck“ zu konsumieren.

Allerdings hatte die Sache einen kleinen Schönheitsfehler: Flaschenpfand mußte gezahlt werden – ohne Rückerstattung. Und daraus entstand unsere Aktion. Die Endabrechnung erbrachte für den Veranstalter einen Pfandüberschuß von 84 DM. Was tun? Ein Vorschlag wurde begeistert aufgegriffen: „Wir spenden das Geld für den Bau des vietnamesischen Kinderkrankenhauses ‚Nguyen van Troi‘ in Hanoi.“

Als der Kantinenpächter und seine Mitarbeiterinnen davon hörten, sammelten sie unter sich 16 DM. „Damit es eine runde Summe ist!“ Zur Nachahmung empfohlen.



Das muß aufhören – Bundeswehr 'raus aus den Städten!

Barzels Freiheit

Wie sich der CDU-Chef seine Spuren verdiente

Von Ronald Sommer

Unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ ist bedroht. Gerhard Löwenthal sagt es im ZDF-Magazin. Strauß sagt es in Vilshofen. Barzel sagt es in Bonn.

„Wir halten es deshalb für ein Gebot der Stunde, ein Komitee RETTET DIE FREIHEIT ins Leben zu rufen. Dieses Komitee soll aus namhaften Persönlichkeiten bestehen, die sich in der Sorge um die Freiheit verbunden fühlen und bereit sind, mitzuarbeiten an der Erhaltung der Freiheit.“

Die Meldung könnte schon morgen in den Zeitungen stehen. Denn viele machen sich Sorgen um die Freiheit. Es gibt in München einen Sender „Radio Freies Europa“, der im Auftrag der CIA antikommunistische Propaganda ausstrahlt, den RIAS-Berlin, der sich „eine freie Stimme der freien Welt“ nennt und ebenfalls vom CIA unterstützt wird, und damit keiner auf dumme Gedanken kommt, noch einen „Sender Freies Berlin“. Dann gibt es einen „Bund Freiheit der Wissenschaft“ mit dem Muff von tausend Jahren – warum soll es nicht auch ein „Komitee RETTET DIE FREIHEIT“ geben?

Nun – obige Meldung ist schon 13 Jahre alt und die „Freiheitsretter“ waren tatsächlich einige Jahre offiziell am Werk. Es stimmt, „Franz Josef Strauß hat von Anfang an geholfen“, wie Springers „Welt“ ungeniert zugab. Der Einpeitscher jener Tage war aber Rainer Barzel. Den antikommunistischen Meisterbrief hat er noch heute in der Tasche. Damit dürfte klar sein, daß Barzel wie Strauß zum harten Kern der CDU/CSU-Gruppe gehört.

Als man sich 1959 in Köln zur Gründung des Komitees RET-



CDU-Boß Rainer Barzel

TET DIE FREIHEIT traf, umgab man sich nicht mit dem Duft von 4711, sondern von 1933 (Eau de reactionaire); das zeigte schon die Zusammensetzung der „Freiheitsretter“. Neben „SA-Innenminister“ Schröder fanden sich Vizeadmiral Ruge, Freiherr von der Heydte (Vorsitzender der klerikal-faschistischen „Abendländischen Akademie“), Wirtschaftskreise, Publizisten und Professoren, die schon im Dritten Reich aktiv waren, ein.

„Wessen Freiheit ist es, und von wem wird sie bedroht?“, fragte damals die „Zeit“. Die „Liberalen Studenten-Zeitung“ gab die Antwort: „Man malt den Teufel an die Wand, um vom Geschehen im Innern des Hauses abzulenken... Wie einst vor tausend Jahren. Wehe, wenn uns erst die ‚Freiheit‘ der von der Heydte blüht. Wir warnen vor diesen ‚Rettern der Freiheit‘. Um unserer Freiheit willen.“ Heute muß erneut vor Barzel gewarnt werden, nicht weniger als vor Strauß. Barzel nannte sich mit Stolz einen kalten Krieger und war unter

den CDU-Abgeordneten einer der aggressivsten. Er startete einen regelrechten antikommunistischen Feldzug, da war selbst der rechteste SPD-Abgeordnete nicht mehr sicher. Als die ganze Sache allmählich peinlich wurde, löste man das Komitee auf. Die „Welt“ schrieb schon nach der Gründung: „Propaganda muß sein.“ Die Springerleute verstehen ihr Geschäft, und Barzel hat einiges dazugelehrt. Die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ wird schon Mittel und Wege finden, um diejenigen mundtot zu machen, die eben für diese Ordnung konsequent eintreten. Im Mai 1960 protestierte die Gewerkschaftsjugend gegen das Komitee, das „den Rufmord zum politischen System erhoben hat“. Im Mai 1972 demonstrierten Jugendliche, damals höchstens Schulanfänger, mit dem Ruf: „Wir wollen Strauß und Barzel nicht!“ Sie wissen, warum. Weil Barzel immer noch „die Freiheit retten“ will. Die Freiheit der Bosse und Banken, der Hitlergenerale, der NS-Richter...

Eine Zeitschrift wird 15

Westberlins „Signal“ hat Geburtstag

Von Heinz Pahlke

Mit mehr als 400 Gästen Lesern und Freunden der „Signal“ feierte das Redaktionskollektiv am 24. Juni die 15. Geburtstag der sozialistischen Jugendzeitschrift der Freien Deutschen Jugend Westberlins (FDJW).

Im Juni 1957 erstmalig als „Zeitung der Westberliner Jugend“ von der Bezirksleitung Berlin der FDJ erschienen, ist ihre damals im Geleitwort formulierte Aufgabe auch heute noch aktuell. „Unser erste Anliegen wird es sein, der Jugend Antwort auf ihre Fra-



Seit 15 Jahren erscheint „Signal“, die sozialistische Jugendzeitung der FDJW

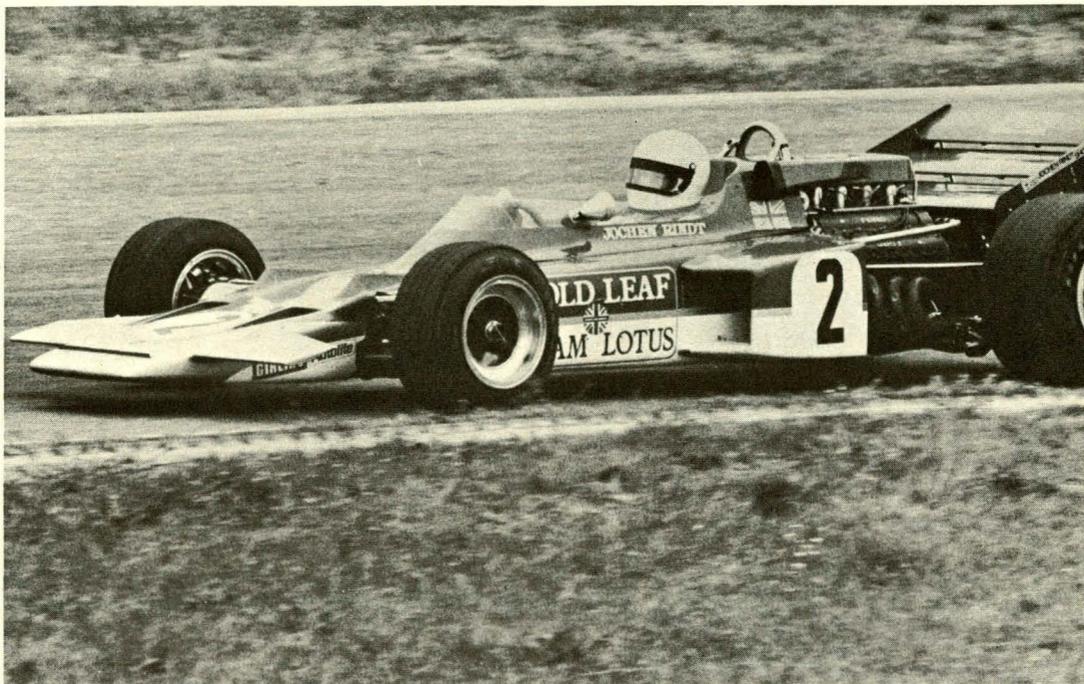
n zu geben. Im Kampf um die Rechte und Interessen der Jugend wollen wir eine wirkliche Waffe sein. Die Interessen der Jugend sind unvereinbar mit dem Treiben der Militärs in Westberlin.“

Consequent vertritt „Signal“ die Jugendzeitschrift der FDJ die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend dieser Stadt. „Signal“ wird nicht für die Jugend gemacht, sondern von Jugendlichen, von Jungarbeitern, Lehrlingen und Schülern. Zwar haben sich einige Forderungen geändert, doch grundlegende sind geblieben: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Mitbestimmung der Arbeiterklasse in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft, Beendigung der Unterordnung unserer Stadt unter die Politik der Bundesrepublik und für die Normalisierung der Beziehungen zur DDR.

In kurzen Ansprachen unterrichten P. Klaar, Vorsitzender der FDJW und H. Kohlmetz, verantwortlicher Redakteur von „Signal“ die Notwendigkeit, die Jugendzeitschrift der FDJW noch stärker in der arbeitenden und lernenden Jugend der Stadt zu verankern, ihren Leser- und Mitarbeiterkreis ständig zu vergrößern.

Bei einer Geburtstagsfeier hört natürlich auch ein Kulturprogramm. Die Polit-Rockband „Lokomotive Kreuzberg“ (Westberliner Arbeiterbezirk), die Singgruppe der FDJW, die Singgruppe des Werkkreises „Literatur der Arbeitswelt“ und der Politsänger und Liederschreiber Peter Keiler sorgten mit ihrer kämpferischen Stimmung. Dabei kam auch die Solidarität nicht zu kurz. Nachdem gerade erst wieder von den Mitbürgern und Freunden der FDJW 4 000 Mark für das Kinderkrankenhaus bei Hanoi gesammelt worden waren, so auch die gesamte Spende summe auf 27 000 Mark anwuchs, wurden auf dem Pressefest erneut über 800 Mark gesammelt.

Der nächste Höhepunkt nach dem Pressefest läßt nicht lange auf sich warten: Im Oktober dieses Jahres feiert die Freie Deutsche Jugend Westberlins ihren 25. Geburtstag.



Mit 500 PS über den Ring

Formel 1: teuer und lebensgefährlich

Von Siegfried Kachel

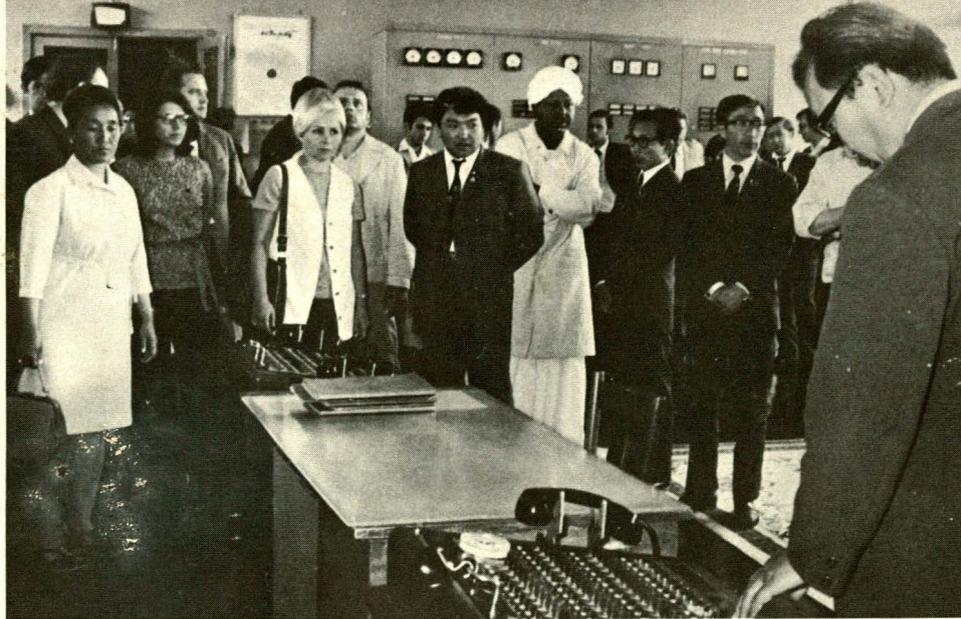
Jeden ersten Sonntag im Monat August rüsten sich die Direktoren des Grand-Prix-Zirkus für den Großen Automobilpreis von Deutschland. Etwa ein Dutzend Formel-I-Rennfahrer geben sich alljährlich mit ihren superschnellen Rennern auf dem Nürburgring ein Stelldichein. Das weltbekannte Automobilrennen – es zieht immer wieder Tausende zur Kampfstätte in die bucklige Eifel – ist eine harte Auseinandersetzung zwischen den Autokonzernen. Wer auf der 22,835 KM-Kurvenlabyrinth-Strecke des Nürburgrings Erfolg haben will, muß einen Batzen Geld investieren, denn ohne Geld ist im

Formel-I-Sport nichts mehr zu gewinnen. Alle Teamchefs, die ihre Formel-I-Rennfahrzeuge mit den Dreiliter-Ford-Cosworth-Motoren bestücken, müssen allein für dieses Triebwerk 80 000 Mark auf den nackten Tisch blättern. Das Kunststoff-Chassis kostet noch einmal soviel. Ein neuer Grand-Prix-Wagen verschlingt also an Materialkosten 160 000 Mark, sofern er mit einem Ford-Motor ausgerüstet ist.

Die Ferraris, Tecnos, Matras und BRMs, die einzigen Formel-I-Boliden mit eigenen Aggregaten, sind noch viel teurer. Ihre PS-Triebwerke werden, im Gegensatz zu den in kleiner Serie hergestellten Ford-Motoren, einzeln angefertigt. Diese Rennwagen kosten zwischen 500 000 und 850 000 Mark. Nach jedem Formel-I-Rennen werden die rund 500-PS-Super-Maschinen für 6 000 Mark überholt. Jedes bewegliche Teil des Fahrgestells wird im Laufe der Weltmeisterschaftssaison drei- bis fünfmal ausgewechselt. Je nach den finanziellen Verhältnissen der Rennstallbesitzer, beschäftigt jedes Team sechs bis acht Rennmechaniker, ein bis drei Renningenieure und einen Rennleiter.

Ebenso viele Experten bringen die Reifenfirmen mit an die Rennboxen. Der Selbstkostenpreis für einen Rennreifen beträgt 1 000 Mark. Das zweektägige Training eingeschlossen, verschleißt einen Grand-Prix-Fahrer pro Rennlauf für durchschnittlich 12 000 Mark Rennreifen. Der Chef eines Rennstalls muß tiefer in die Tasche greifen. Die Flugkosten für die Formel-I-Rennen betragen je Wagen zwischen 5 000 Mark und 8 000 Mark. Für die Veranstaltungen auf dem Kontinent besitzt jedes Grand-Prix-Team einige Renntransporter, die jeweils rund 100 000 Mark kosten.

Allein 42 Grand-Prix-Rennfahrer, also die besten der Welt, sind seit dem Kriege mit diesen Formel-I-Fahrzeugen tödlich verunglückt. Formel-I-Automobile sind und bleiben die lebensgefährlichen Spielzeuge derer, die nur eins wollen: Immer noch schneller, schneller zum Sieg, schneller zum Geld. Den meisten Profit, von der Autoindustrie und vom Rennveranstalter, kassiert der Rennstallbesitzer. Die Grand-Prix-Fahrer verdienen zwar viel, aber zum Verhältnis ihres lebensgefährlichen Risikos zu wenig. Viel zu wenig.



Aus dem Mittelalter zum Sozialismus

Im Kampf um die nationale Befreiung, gegen die chinesische Bourgeoisie, gegen die weißgardistischen Banden und dem einheimischen Klerus, den Lamas, entwickelte sich die revolutionäre Volkspartei und der revolutionäre Jugendverband. Nach harten Kämpfen konnte 1921 als zweites Land der Welt der Sieg der Volksrevolution verkündet werden. Aus den Erfahrungen der Revolution, des Sieges der Oktoberrevolution und der Zusammenarbeit mit Lenin beschlossen die mongolischen Freiheitskämpfer einen antikapitalistischen Weg zu gehen und begannen, die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Die Mongolei, das erste Land, das die kapitalistische Gesellschaftsordnung übersprungen hat. Ein Beispiel, das zeigte uns viele Diskussionen mit Genossen aus den nationalen Befreiungsbewegungen, das wirkt.

Mongolische Jugend gegen Imperialismus

Mit der Sowjetunion, mit den anderen sozialistischen Ländern, und den fortschrittlichen Jugendverbänden aus aller Welt ist die mongolische Jugend eng verbunden. Große Hilfe leistet sie den kämpfenden Völkern Indochinas.

Die sozialistischen Länder, vor allem die Sowjetunion und die DDR, leisten dem mongolischen Volk Hilfen beim Aufbau der Fabriken, bei der Ausbildung der Facharbeiter, bei der Erschließung des Landes. Proletarischer Internationalismus in der Praxis. Aber wir sahen auch das Gegenteil. Ein Wohnviertel: mitten in den Bauarbeiten liegengelassen, Hilfe a la Mao aus China. Unsere Freunde informierten uns: Als die chinesische Parteiführung einsehen mußte, daß sie die feste Haltung der Mongolei zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin nicht verändern konnte, verschwanden über Nacht ihre Facharbeiter und hinterließen ein halbfertiges Wohnviertel, das auf Grund von vertraglichen Bindungen durch die mongolischen Arbeiter nicht fertiggebaut werden darf. Statt echter Hilfe, politische Erpressung. Auf ihrem Kongreß erteilte die mongolische Jugend allen Spielarten der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie eine entschiedene Abfuhr und bekannte sich zur engen Freundschaft mit der sowjetischen Jugend.

Voller Stolz konnten wir im Auftrag des Bundesvorstandes der SDAJ erklären: „Wir wissen uns mit der Jugend der mongolischen Volksrepublik im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, dem Unterdrücker der Menschheit, eng verbunden.“

Die größten Städte der Mongolei sind Ulan Bator mit 250 000 Einwohnern (rund ein Viertel aller Bewohner des Landes) und Dachan, eine Stadt, die von Mitgliedern des Jugendverbandes aufgebaut wird, mit 35 000 Einwohnern.

Überhaupt kommt der Jugend der mongolischen Volksrepublik große Bedeutung beim Aufbau des Sozialismus zu. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 22 Jahre.

Großes ist geleistet worden in den vergangenen fünf Jahren. Viele moderne Industriegebiete entstanden, die Bildungsmöglichkeiten wurden ausgebaut, mehr Wohnungen und Straßen errichtet und die Lebensbedingungen unter der Bevölkerung verbessert. Kein leichtes Stück Arbeit, wenn man sich die zahlreichen Schwierigkeiten betrachtet, mit denen unsere mongolischen Freunde kämpfen müssen.

Von der Zeltsiedlung zum modernen Kraftwerk

Wir sprachen darüber mit einem Delegierten des Kongresses, der aus einer kleinen Jurtensiedlung (Jurt ist ein kreisförmiges Zelt) aus der Steppe stammt, und in einem landwirtschaftlichen Betrieb arbeitet. Er berichtet uns: Die Mehrheit der Bewohner der Mongolei lebte noch vor einigen Jahren in diesen Jurtensiedlungen und zogen mit ihrem Vieh durch das Land. Nur die Menschen in den Städten verfügten schon über feste Wohnungen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die 1930 gegründet wurden, entwickelten langsam neben der Viehzucht auch den Ackerbau und begannen dort, seßhaft zu werden. 1956 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt und die Universitäten des Landes weiter ausgebaut. Er macht uns mit einem alten Partisanen bekannt, der den Kampf für die Befreiung des Landes, für die Erringung der Arbeitermacht, mitgeführt hatte.

Oben:
Die moderne Mongolei – Kraftwerk bei Dachan

Links:
Einreiten eines Wildpferdes. Besuch auf einem landwirtschaftlichen Betrieb

Unten:
Partisan aus dem mongolischen Freiheitskampf



gleich: Hamburg 2 Millionen). Man kann also stundenlang durch das Land fahren, ohne überhaupt auf einen Menschen zu stoßen. Von ihrer riesigen Landfläche sind 75 Prozent Wüsten- und Gebirgssteppen und 15 Prozent Sandwüste. Haupterwerbszweig ist die Viehwirtschaft. Pro Kopf der Einwohner kommen (wenn man eine statistische Rechnung anstellt) 13 Schafe, 4 Ziegen, 2 Pferde und 1 Kamel. Riesige Pferdeherden sind anzutreffen. Für viele mongolische Kinder ist das Erlernen des Laufens gleichbedeutend mit dem Erlernen des Reitens auf Pferden oder Kamelen.



Die DKP auf dem elan-Prüfstand

„Seid ihr bereit, mit uns gegen die Bosse und ihre Beauftragten für das Recht der Millionen auf Mitbestimmung, gegen Rüstungswahn und Bildungselend anzukämpfen? Seid ihr bereit, denen auf die Finger zu hauen, die uns täglich in ihren Zeitungen über unsere wirkliche Lage belügen und uns um unsere Zukunft betrügen wollen?“

So formulierte elan die Fragen, die viele junge Menschen bei Lehrlingsstreiks, Demonstrationen für bessere Berufsausbildung, Aktionen gegen friedensfeindliche Kommissköpfe auf der Straße, in den Lehrwerkstätten, in Betrieben und Büros stellen. In der letzten Ausgabe begannen wir mit der Serie „elan testet Politiker“. Diesmal holten wir Politiker der Deutschen Kommunistischen Partei ans Mikrofon.

Warum gerade die DKP? Kaum haben die Vorbereitungen zum Wahlkampf für die Bundestagsneuwahlen begonnen, wurden auch schon die ersten Fälle bekannt, wie man diese Partei in ihren Wahlchancen beeinträchtigen will. Von den Verhandlungen um die Sendezeiten für die Parteien im Fernsehen wurde die DKP ausgeschlossen. Unser Interview verstehen wir auch als Protest gegen diese undemokratischen Machenschaften, mit denen die Herrschenden versuchen, die Alternativen der Kommunisten an der Verbreitung zu hindern.

In Düsseldorf antworteten den elan-Redakteuren Wolfgang Bartels und Peter Bubenberger der Sekretär des DKP-Parteivorstandes Werner Cieslak und das Parteivorstandsmitglied Grete Thiele.

elan: Die Parteien rüsten zum Wahlkampf. Die vorgezogenen Neuwahlen werfen ihr Schatten voraus. Auch die DKP will mitmachen beim Wettrennen um die Gunst des Wählers. Warum?

Werner Cieslak: Was heißt Wettrennen? Wir haben es nicht nötig, nur weil gerade Wahlen ins Haus stehen, uns besonders zu kräftige Forderungen einfallen zu lassen, die nach der Wahl dann vergessen sind. Wir haben uns zur Wahl gestellt, weil es darauf ankommt, auch in diesem Wahlkampf die Interessen der arbeitenden Menschen Gehör zu verschaffen und für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu streiten.

Grete Thiele: Wir sind der Meinung, daß die werktätige Bevölkerung, daß die arbeitende und lernende Jugend unseres Landes Kommunisten im Bundestag braucht. Wir Kommunisten haben bewiesen, daß wir immer als aktivste und zuverlässigste Kraft dort unseren Mann stehen, wo es um die Rechte der arbeitenden Menschen geht. Wenn Arbeiter ihre Brocken hinwerfen, um sich gegen Unternehmerwillkür zu wehren, war die DKP die einzige Partei, die an ihrer Seite stand. Wenn Schüler und Lehrkräfte auf Straßenbahnschienen saßen, um gegen ungerechtfertigte Fahrpreiserhöhungen protestieren, wer war mit in erster Reihe? Die Kommunisten. Solche Beispiele gibt wie Sand am Meer.

Und was spricht dagegen, daß endlich auch im Bundestag die arbeitende Bevölkerung eine Plattform für ihre Forderungen findet?

elan: Was kritisieren Sie eigentlich an der Bundesrepublik, wenn Sie nach „grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen“ streben?

Werner Cieslak: Es dreht sich eigentlich alles nur um eine Frage. Kürzlich fand in Köln die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industriearbeiter statt. Der Chef dieses Unternehmerkampfverbandes formulierte dort klipp und klar: „Es gibt nur eine wirtschaftliche Kenngröße, die für die Funktionsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems zentrale Bedeutung hat: Der Gewinn.“ Und wir wollen, daß diese „Kenngröße“ endlich der arbeitenden Mensch wird.

Ich biete demjenigen eine Prämie von Tausend DM, der mir widerlegt, daß der von der Arbeiterklasse produzierte Reichtum sich in den Händen immer weniger Konzernherren konzentriert. 1,7 Prozent der Bevölkerung verfügen über 74 Prozent des „Produktiveigentums“. Und diese wirtschaftliche Macht ist die Grundlage für die politische Herrschaft dieser kleinen Clique von Profitgeiern. Diese Jagd nach dem höchsten Profit ist Ursache für all die Krisen, die dieses System schütteln, für Mietspreisanstieg und Preiswucher. Dieses System kennt keine Sicherheit der Arbeitsplätze. Hier liegt die Wurzel all der Übel, mit denen wir in der Bundesrepublik konfrontiert sind.

elan: Und Sie wollen das ändern?

Werner Cieslak: Geändert wird das durch den demokratischen Kampf der arbeitenden Bevölkerung. Die Kommunisten werden dazu ihren Beitrag leisten. Deshalb stellen sich die Kandidaten der DKP zur Wahl.

Frage: Wie soll das konkret aussehen?
Grete Thiele: Wir werden den Wahlkampf gegen das Großkapital und seine Hauptpartei, die CDU/CSU führen, die sich in Koalition mit der offen neofaschistischen SPD befindet. Der Bundeskanzler darf nicht Barzel oder gar Strauß heißen. Wir wollen dazu beitragen, den Rechtskräften die Wahlniederlage zu bereiten. Wer darin mit uns übereinstimmt, dessen Stimme geht an die DKP.

Frage: Kommt es jetzt nicht gerade darauf an, die SPD zu unterstützen, um auf jeden Fall eine Rückkehr der CDU/CSU in die Regierung zu verhindern? Stimmt die Rolle: Eine Stimme für die DKP sind zwei Stimmen für die CDU?

Werner Cieslak: Die DKP führt ihren Wahlkampf offensiv gegen CDU/CSU. Wie soll

Mitbestimmungsvorschläge des DGB. Wir waren es, die am 26. und 27. April aus den Betrieben heraus mit den Kollegen auf die Straße gingen, um zu verhindern, daß Strauß und Barzel die Verträge von Moskau und Warschau zu Fall bringen.

Also kann man feststellen: Überall, wo die DKP sich in den Auseinandersetzungen und auch in den Wahlkämpfen engagierte, wurden die Kämpfe politischer, rissen die Fronten klarer auf. Wo die CDU/CSU geschlagen werden konnte, wurden sowohl die Kommunisten als auch die Sozialdemokraten gestärkt. Deshalb unser Angebot an alle Sozialdemokraten: Laßt uns den Wahlkampf gemeinsam führen, gegen Barzel und Strauß.

Und noch ein Argument: Welcher Sozialdemokrat will die Hand dafür ins Feuer le-

CDU. Arbeiter sollten ihre Stimme logischerweise der Arbeiterpartei geben und Jugendliche sollten die Partei der Jugend wählen. Das ist die Deutsche Kommunistische Partei.

elan: Viele, vor allem auch junge Menschen, sind durchaus bereit, der DKP ihre Stimme zu geben. Aber ist es überhaupt sinnvoll, DKP zu wählen, wenn sie es doch nie schafft, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden? Sind die Stimmen nicht verloren?

Grete Thiele: Fragen wir doch mal so: Welche Stimmen sind denn verloren? Verloren sind Stimmen für die CDU/CSU, weil mit diesen Stimmen die Politik der reaktionärsten Kreise des Großkapitals verfochten wird. Verloren sind Stimmen für Abgeordnete, die den Wählerauftrag mißachten und verfälschten, wie wir es ja in den letzten Wochen zur Genüge erlebt haben. Auf kommunistische Abgeordnete jedoch ist Verlaß. Kommunistische Abgeordnete können vom Großkapital weder bestochen noch gekauft werden.

Stimmen für die DKP sind Stimmen für die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung, für die Forderungen der Jugend. Sie sind ein Votum gegen den Muff von tausend Jahren – für eine fortschrittliche Politik.

Wenn alle diejenigen, die eine grundlegende Veränderung in unserem Land anstreben, DKP wählen, dann kann sicherlich auch die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel, dieser Trick der Herrschenden, wirkungslos gemacht werden.

elan: Falls es Ihnen also gelingen sollte, in den Bundestag zu kommen, wie wollen Sie sich dann gegen die überwältigende Mehrheit der anderen Abgeordneten durchsetzen?

Grete Thiele: Wir Kommunisten wissen, daß Entscheidungen im Parlament nur in Verbindung mit Massenbewegungen unter den arbeitenden Menschen und der Jugend beeinflusst werden. Kommunisten im Parlament zu haben, bedeutet eben, unseren Forderungen nicht nur im außerparlamentarischen Raum, sondern auch im Parlament Gehör zu verschaffen.

Ein Beispiel aus meinem eigenen Leben: Ich war im ersten Bundestag Abgeordnete der KPD. 1951 habe ich dort einen Antrag eingebracht, daß die Jugend mit 18 Jahren wählen und mit 21 Jahren gewählt werden kann. Alle anderen Parteien lehnten es damals ab. Heute sind sie gezwungen, den Forderungen der Jugend nachzugeben. Und diesen Zwang, den nehmen wir gern auch auf unsere Kappe. Während ich im Bundestag den Antrag begründete, demonstrierten draußen Tausende junger Menschen für diese Forderungen, unter ihnen Werner Cieslak, damals Landesvorsitzender der Freien Deutschen Jugend in Nordrhein-Westfalen. Er wurde damals – wie viele andere auch – verprügelt und sogar fünfmal ins Gefängnis geworfen.

Ich frage: Wie weit wären wir heute ohne KPD-Verbot? Wie weit wären wir mit einer starken kommunistischen Bundestagsfraktion?

Darum sagen wir den Jungwählern: Nutzt das Recht, das Ihr euch erkämpft habt. Wählt richtig! Wählt DKP!



den der SPD schaden? Hier sei doch die Frage gestattet: Wer schadet wem? Sind wir verantwortlich für die Politik der SPD-Führer, überall und ständig Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU zu suchen? Und wir verantwortlich für die unsozialen Maßnahmen dieser Bundesregierung? Der SPD schaden nur von ihr selbst zu verantwortende Maßnahmen gegen die Interessen der Bevölkerung.

Wir unterstützen z.B. die Tarif-, Preis- und Neuverordnungen der Gewerkschaften ohne jeden Abstrich nach unten. Wir kämpften mit den Gewerkschaften gemeinsam gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Vorstellungen für ein neues Betriebsverfassungsgesetz, für die

gen, daß seine Parteiführung nicht wieder mit der CDU/CSU im Ehebett der Großen Koalition landet? Wurden nicht so Wählerstimmen in CDU-Politik umgemünzt?

Wählbar ist für die arbeitenden Menschen nur eine Partei, die die Gewähr bietet, daß ihre Abgeordneten sich an den Wählerauftrag halten. Wählbar sind nur Kandidaten, die ehrlich, unbestechlich und konsequent sind. Diese Kandidaten stellen sich auf den Listen der DKP. Wer arbeitet, wer jung ist, sollte Kommunisten wählen!

elan: Warum denn ausgerechnet die DKP wählen?

Werner Cieslak: Fragen Sie sich doch mal, welchen Parteien die Bosse ihre Stimme geben? Uns bestimmt nicht. Darauf sind wir stolz. Bosse wählen logischerweise

Schwangerschaftsunterbrechung

Jede Frau soll selbst entscheiden

Berlin, Hauptstadt der DDR. Beim Empfang des berühmten Krankenhauses Charite meldet sich eine junge Frau. „Ich möchte eine Schwangerschaftsunterbrechung vornehmen lassen.“ Der weißbekittelte Mann in der Pförtnerloge nennt gleichmütig eine Zimmernummer und den Namen eines Arztes. Die junge Frau bedankt sich und geht. Einige hundert Kilometer weiter westlich hat eine junge Frau haargenau das gleiche Problem. Mit Hilfe ihres Freundes kratzt sie die letzten Ersparnisse zusammen und löst eine Fahrkarte nach London. Londons Taxifahrer wissen, wo für gutes Geld der jungen Frau geholfen werden kann. Während in der Bundesrepublik in Sachen Schwangerschaftsunterbrechung nach wie vor finsternes Mittelalter herrscht, hat sich in der DDR etwas bahnbrechendes getan.

Am 9. März dieses Jahres hat die Volkskammer der DDR mit absoluter Mehrheit bei 14 Gegenstimmen ein Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft verabschiedet. Es war auf Initiative des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR entstanden. Das Gesetz sieht vor, daß die Frau, die es wünscht, eine Schwangerschaft innerhalb von 3 Monaten nach Beginn vorzeitig abbrechen kann.

Wo es um Schwangerschaft, werdendes Leben geht, sind starke und tiefe Emotionen im Spiel. Zu Recht. Da wirken sehr individuelle Anschauungen mit hinein, es ist ein Thema, das vor allem die Frau ungeheuer direkt angeht. So wird es wohl bei der Unterbrechung der Schwangerschaft so schnell keine Lösung geben, die sofort und

alle und jeden zu Ovationen hinreißt, vor der jeder mit Verblüffung steht und „das ist es!“ ausruft. Auch in der DDR gibt es – wie sollte es auch anders sein – Meinung und Gegenmeinung dazu. Aber niemand, dem es mit der Selbstbestimmung des Menschen und echter Demokratie ernst ist, kann an der Tatsache vorbei, daß seit Jahren die übergroße Mehrheit der Frauen immer wieder gefordert hat, über Schwangerschaft selbst entscheiden zu können.

Irene T., 21 Jahre, Arbeiterin im VEB Kabelwerk Oberspree in Berlin, sagt: „Ich war 18, als ein Kind unterwegs war. Ich liebe meine Tochter und ich habe Kinder gern, aber ich muß sagen, daß sich das damals zu diesem Zeitpunkt auf alle Beteiligten nachteilig ausgewirkt hat – vielleicht nicht auf meinen Mann. Er konnte weiter studieren, ich mußte aufhören. Irgendwie stand das immer zwischen uns.“

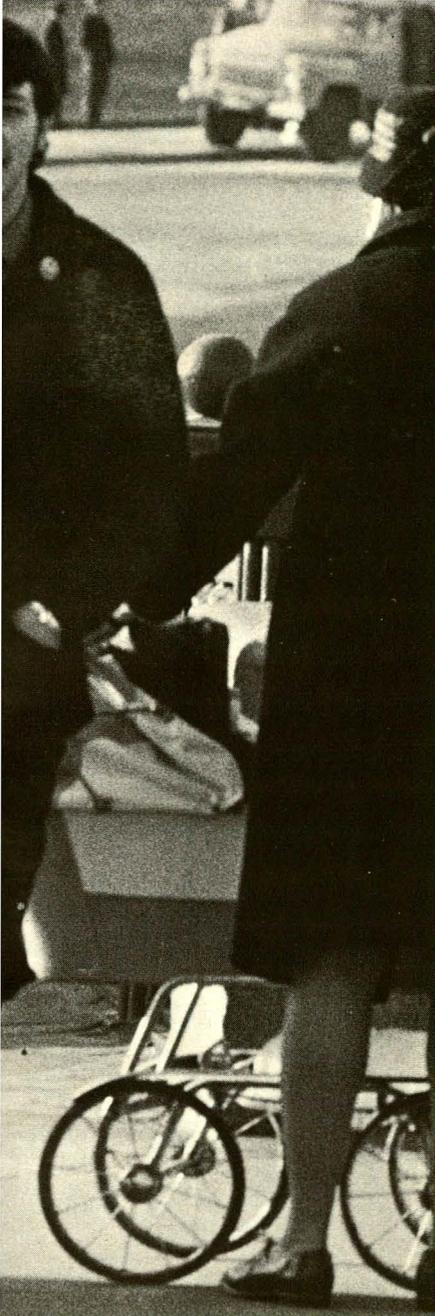
Nun sind wir geschieden: keinen Mann, keine Familie, die Ausbildung abgebrochen, Monika ohne Vater. Konflikte, die nicht hätten sein müssen, wenn es damals dieses neue Gesetz schon gegeben hätte. Ich begrüße es, ich finde, es kann viele Konflikte vermeiden helfen. Man sollte eine Familie in Ruhe und gesicherten Verhältnissen aufbauen.“

Viele andere Frauen, einfache Frauen, Arbeiterinnen aus Betrieben, LPG-Bäuerinnen, die in der Arbeit jeden Tag ihren Mann stehen, haben sich im Prinzip ähnlich geäußert. Da war keine Leichtfertigkeit in den Worten, sondern ernstes Nachdenken, Abwägen und Urteilen.

Frau Uta H., 32, Mutter von 2 Kindern, Chemikerin in Berlin-Weißensee, sagt es so: „Gewiß hat die Frau viele Verantwortung, eine Verantwortung, die auch über ihre persönlichen Belange hinausreicht. Aber warum denn nicht? Wer soll denn entscheiden? Ich habe diesen Widerspruch selbst sehr demütigend empfunden: hier hatte man im täglichen Leben, in der Arbeit oft verantwortungsvolle Aufgaben zu erledigen, mit allen Rechten und Pflichten ohne Unterschied, und andererseits – Abhängigkeit, Zufall oft Angst, Schick-



sal...“ Prof. Dr. Ludwig Mecklinger, d Minister für Gesundheitswesen der DDR führte in seiner Begründung zum Gesetz vor der Volkskammer u.a. aus: „Der entscheidende Beweggrund der Frau, das Er scheidungsrecht über die Austragung ein Schwangerschaft zu übertragen, leitet sich aus der in der sozialistischen Gesellschaft realisierbaren Gleichberechtigung der Frau ab. In dieser Konsequenz erfüllt sich gleichzeitig für viele Frauen, Ehepartner und Familien der menschlich verständliche und vom Arbeiter- und Bauern-Staat respektierte Wunsch, daß sich die Frau mit Freude und Erwartung auf die Mutterschaft einstellen kann und das Kind mit seinem Eintritt in das Leben von einem Klima der Gewalttätigkeit und einer verantwortungsbewußt vorbereiteten Geborgenheit umgeben wird. Erwünschte Kinder bedeuten für die Frau, für den Mann, für die Familie Glück und Erfüllung. Erwünschte Kinder sind Ziel und Inhalt jeder harmonische



einer der wohlfeilen Kurtisanen der oberen Zehntausend, irgendeiner der Gespielinnen millionenschwerer Playboys vom Schlage eines Gunter Sachs als letzter Ausweg das blieb: irgendein verantwortungsloser Kurpfuscher, Selbstabtreibung, Invalidität, gar der Tod?

„Nein, wo denken Sie hin, Gnädigste, nicht auszudenken und dieser Skandal, das haben wir doch nicht nötig.“ Haben sie auch nicht. Denn sie haben ohne eigene Arbeit alles und mehr als sie brauchen: Geld, gesicherte Verhältnisse, Milchamme, Kindermädchen für den einen Fall, Geld und alles andere für den anderen Fall. Die alte Leier! Sie predigen Wasser und saufen Wein. Das ist sie: die doppelte Moral der Herrschenden.

In der DDR sind alle gesundheitlichen Maßnahmen kostenlos. Auch die Vorbereitung, Durchführung und Nachbehandlung einer Unterbrechung der Schwangerschaft entsprechend dem neuen Gesetz ist unentgeltlich, wird arbeits- und versicherungs-

die schwangerschaftsverhütenden Mittel. Das heißt also: es wird dazu kommen, daß die Schwangerschaftsunterbrechung im wesentlichen nur dann in Anspruch genommen wird, wenn die Schwangerschaftsverhütung ohne Erfolg blieb.

Noch etwas zum Zusammenhang – der mehr als ein medizinischer ist – vielmehr ein ganz konkret gesellschaftlicher. Ende April beschloß das Zentralkomitee der SED auf seiner 5. Tagung nach dem VIII. Parteitag einen ganzen Katalog sozialpolitischer Maßnahmen. Ihr Ziel ist es, das materielle und kulturelle Lebensniveau des ganzen Volkes zu heben.

So werden zum Beispiel für 3,4 Millionen DDR-Bürger die Renten und die Sozialfürsorge bedeutend erhöht. Doch auch die Jugend hat ein gutes Stück vom großen Kuchen abbekommen. Im Telegrammstil einige Bissen:

● Junge Eheleute bis 26 Jahre mit einem gemeinsamen Bruttoeinkommen bis zu 1 400 Mark können bei einer Erst-Ehe



„Die Pille gibt's jetzt umsonst. Das muß man doch mitnehmen.“

in der sozialistischen Gesellschaft.“
kommt eben darauf an, dieses vernünftige Gesetz in den richtigen Zusammenhang zu stellen. Erst dann kann man es auch vernünftig beurteilen. Die Abgeordnete Heine sagte vor der Volkskammer, es sei „eine wichtige und notwendige Ergänzung der Maßnahmen, die zum Schutz von Mutter und Kind in unserer Republik seit jeher kontinuierlich getroffen wurden“. „Maßnahmen zum Schutz von Mutter und Kind . . . , so steht es da und so ist es. Nicht viele junge Frauen aus Hamburg, Frankfurt, Köln oder Düsseldorf können es leisten, nach England zu ziehen und dort in Privatkliniken – gegen teures Geld – steht sich – die Schwangerschaft unterbrechen zu lassen; nur wenige können es leisten – nicht die kleine Marianne bei den Orten, nicht Monika bei Krupp, nicht Heidi, die Stenotypistin bei Neckermann – in.“
Wer hat schon jemand gehört, daß irgend-

rechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt.

Es wird zweifellos notwendig sein, besonders der sexual-ethischen Erziehung der Jugend, der verantwortungsvollen Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf sexuelle Partnerbeziehungen, auf die Familiengründung noch größere Aufmerksamkeit zu schenken. Überhaupt hat das neue Gesetz einen starken erzieherischen Akzent. Nach Paragraph 1, Absatz 3 ist der Arzt verpflichtet, die Frau über die medizinische Bedeutung der Schwangerschaftsunterbrechung aufzuklären „und über die künftige Anwendung schwangerschaftsverhütender Methoden und Mittel zu beraten“. Der Anwendung zweckentsprechender Antikonceptiva – zu gut deutsch: Pille – wird eindeutig der Vorrang eingeräumt. Schwangerschaftsverhütende Mittel werden kostenlos vom Arzt verordnet; der Kreis der dazu berechtigten Ärzte wird erweitert; auch junge Frauen und Mädchen erhalten

zinslose Kredite in Höhe von je 5 000 Mark für Wohnraumbeschaffung und Wohnungsausstattung aufnehmen.

● Bei der Geburt des ersten Kindes werden 1 000 Mark, bei der des zweiten 1 500 Mark und bei der Geburt des dritten Kindes weitere 2 500 Mark eines Kredites erlassen.

● Die Geburtenbeihilfen werden ab erstem Kind einheitlich in Höhe von 1 000 Mark gewährt.

● Die bezahlte Freistellung der Mutter von der Arbeit nach der Geburt eines Kindes wird auf insgesamt 18 Wochen verlängert.

● Alleinstehende, vollbeschäftigte, berufstätige Mütter, die aus Mangel an Krippenplätzen vorübergehend nicht arbeiten können, erhalten, je nach Anzahl der Kinder nach Wegfall des Lohnausgleichs, Krankengeld.

● Mindestens 60 Prozent der Neubaugewohnungen werden Arbeitern angeboten.
Manfred Hütter

Offiziere raus aus den Schulen!

1. September – Antikriegstag

Bundeswehr raus



aus den Schulen
und Berufsschulen!

cdm
POLIT-POSTER

„Vor zwei Tagen war ein Bundeswehr-Offizier bei uns“, schrieb ein siebzehnjähriger Berufsschüler aus Idar-Oberstein kurz vor den Sommerferien an elan. „Er erzählte uns, welche Vorteile man beim ‚Bund‘ hat: Berufsbildung, Ingenieurstudium. Und da wir sowieso Soldat werden müßten, können wir uns ja gleich ein wenig länger verpflichten . . .“

„Ein wenig länger“ heißt, wenn man Ingenieur werden will, im Klartext: zwölf Jahre. Aber die 47 haupt- und 700 nebenamtlichen Jugendoffiziere und -unteroffiziere haben, entgegen allen anderslautenden Bemängelungen, ohnehin nicht den Auftrag, „sachlich zu informieren“. Ihre Aufgabe ist es, den wehrpflichtigen Jugendlichen bei ihren Auftritten in Schulen und Freizeitzentren (1970: 3 896 Veranstaltungen mit fast 150 000 Zuhörern) ein brauchbares „Wehrmotiv“ zu verpassen. Und das heißt, so das Militaristen-Organ „Wehrkunde“ im Januar 72: „Begeisterung“!

Diese selbstmörderische Begeisterung überkommt den Wehrpflichtigen aber erst, wenn er es gelernt hat, die Bundesrepublik, den Staat der Abs und Flick, der Strauß und Barzel, als seinen eigenen, als demokratisch zu betrachten. Wenn er aufgehört hat, über die Ausbeutung in Betrieb und Büro, über die katastrophalen Lernbedingungen in Berufsschulen und Gymnasien nachzudenken. Wenn er nicht mehr an die Notstandsgesetze denkt, die einen Einsatz der Bundeswehr im Innern der BRD legalisieren sollen. Und wenn er das Märchen von der Gefahr aus dem Osten geschluckt hat.

Mit einer solch massiven Gehirnwäsche wären die 747 uniformierten Rekrutenfänger überfordert. Es muß Vorarbeit geleistet werden. Und diesem Zweck dienen die alten und neuen Wehrkunde-Erlasse in den einzelnen Bundesländern. Sie halten

nicht nur auch weiterhin alle Schultüren für die Jugendoffiziere weit geöffnet, sondern sie sollen die militaristische Propaganda fest im Sozial- und Gemeinschaftskundeunterricht verankern. Sie sollen die Lehrer zwingen, jeden Jungen zu einem braven Rekruten abzurichten.

„Mit gutem Beispiel“ – so Rainer Barzel – ist der baden-württembergische CDU-Kultusminister Hahn vorangeschritten. In seinem Erlaß vom 18.8.71 heißt es, daß der Schüler davon überzeugt werden müsse, „daß der Verzicht auf ein Mindestmaß an Verteidigungsvorkehrungen Frieden und Freiheit gefährdet“. Und: „Die Aufgaben der Bundeswehr sind so verständlich zu machen, daß sie von den Schülern als notwendig erkannt werden können.“ Es folgen, „um den wünschenswerten Kontakt zur Bundeswehr zu erleichtern“, die Adressen der zuständigen Jugendoffiziere. Damit aber noch nicht genug: Um auch die Lehrer für Wandertage zu Kasernen zu gewinnen, sollen „Fragen der Bundeswehr auch in der Lehrerausbildung berücksichtigt werden“. Empfohlene Lektüre: „Information für die Truppe“, das Hausblatt des Kriegsministeriums, und „Literatur der Wehrbereichsbibliothek V . . .“

Schüler, fortschrittliche Lehrer und Eltern haben begonnen, sich gegen die verstärkte Militarisierung des Schulwesens zu wehren:

● Mehrere hundert Erzieher unterzeichneten einen Aufruf von Pädagogen aus dem Kreis Unna/Hamm (Westf.): „Die Schule darf keine Vorschule der Bundeswehr werden.“

● Proteste gegen die Wehrkunde-Erlasse kamen von Schülervertretungen in Göppingen, Aalen, Heidenheim, Gießen und Schwäbisch-Gmünd, von Jungdemokraten, Jusos und der SDAJ.

● Protestdemonstrationen, -kundgebungen und -versammlungen gab es in Düsseldorf (2 000 Teilnehmer), Göttingen, Stuttgart, Tübingen, Koblenz, Marburg (Losung: „Wehrkunde – Die Kunde der kalten Krieger!“).

● Gegen einen „Tag der Offenen Tür“ der 11. Panzergrenadierdivision in Oldenburg protestierten der Kreisjugendausschuß des DGB, der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), die SDAJ und der sozialistische Schülerbund.

● Protesten hunderter Lehrer und Eltern, Professoren und Studenten ist es zu verdanken, daß – im Gegensatz zu Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz – in Niedersachsen auch Vertreter von Kriegsdienstverweigerer-Verbänden und Gewerkschaften in den Schulen diskutieren dürfen. Aber das reicht nicht, zumal der Problemkreis Rüstungsindustrie/Rüstungspolitik weiterhin aus dem Unterricht verbannt bleiben soll.

„Offiziere raus aus den Schulen!“ Diese Forderung wird am 1. September, dem Anti-Kriegstag – vor 33 Jahren begann mit dem faschistischen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg – Tausende Bürger der BRD in vielen Aktionen vereinigen. Sie wissen: Es genügt nicht, wenn allein der Kultusminister von Hessen erklärt, daß Offiziere an den Schulen nichts zu suchen haben – das muß in allen Bundesländern Wirklichkeit werden.

Reinhard Junge

Nikolai Ostrowski

Wie der Stahl gehärtet wurde

31. Auflage

Aus dem Russischen

Illustriert von Kurt Zimmermann

448 Seiten · Leinen 6,- M

Ostrowski wurde als Dreizehnjähriger mitten in die Stürme der Oktoberrevolution hineingeworfen. Was er erlebt und erlitten hat an Freuden und Kämpfen, an Enttäuschungen und Abenteuern, das hat er in diesem großen Roman mit bewundernswerter Meisterschaft gestaltet.

Ausgezeichnete Illustrationen von Kurt Zimmermann unterstreichen die eindrucksvollen Schilderungen Ostrowskis.



Zwei Paar Schuhe

Die Ruhrfestspiele in Recklinghausen (BRD) und die 14. Arbeiterfestspiele in Schwerin (DDR) sind zwei Paar Schuhe. Beide wurden mit der gleichen Absicht ins Leben gerufen: Sie sollten den arbeitenden Menschen die Kultur näherbringen, sie selbst zum Kulturschaffen anregen. Was ist aus ihnen geworden? Aus den Ruhrfestspielen (BRD) und den Arbeiterfestspielen (DDR)? elan veröffentlicht die Meinung von Günter Wallraff, Journalist und Arbeiterschriftsteller in Köln und von Dr. Peter Schütt in Hamburg.



Dr. Peter Schütt mit Schriftstellerkollegen



Günter Wallraff

Wir sprachen am Telefon mit Günter Wallraff. Seine Meinung: „Bei den Ruhrfestspielen wird eine größere Chance immer mehr vertan. Es scheint: je mehr sich das ‚normale‘ Theater zu neuen Formen durchringt, desto mehr werden die Ruhrfestspiele vom bürgerlichen Staub bedeckt. Ich finde, daß das ‚bürgerliche Theater‘ heute zum Teil schon weiter ist als die, die vorgeben, für Arbeiter Theater zu machen. Das Bewußtsein der Arbeiter ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Das muß auch bei den Ruhrfestspielen berücksichtigt werden. Bei den Festspielen sind immer mal einzelne Alibistücke drin. Doch die wirken sehr halb-

herzig und sind wohl auch mehr Lippenbekenntnisse.

Man sollte doch mal die jüngeren Gewerkschaftsfunktionäre, die in der Regel auch die gewerkschaftlich Aktiveren vertreten, wirksam werden lassen.“ Zum gleichen Thema schrieb Peter Schütt:

„Das Programm der Ruhrfestspiele sollte vielseitig sein, unterhaltend und zu weiteren Theaterbesuchen anregen. Der Kulturanspruch der Arbeiterklasse ist umfassend, er beschränkt sich nicht auf ein irgendwie verstandenes ‚Arbeitertheater‘, sondern schließt das kulturelle Erbe ebenso ein wie das progressive Theater-schaffen der Gegenwart. Für modernistisches Anti-Theater und ähnliche Konjunktur-Mätzchen wird das Recklinghäuser Publikum allerdings auch in Zukunft kein Verständnis zeigen.

Um den Kulturwillen der Gewerkschaften deutlich zu machen, sollten nicht nur die besten Bühnen der BRD, sondern ebenso die großen Theater der Nachbarländer eingeladen werden. Der Vorschlag Leonid Breshnews anlässlich der Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Freundschaftsabkommens, die Völker Europas sollten damit beginnen, ihre geistigen Güter von Wert untereinander auszutauschen, verdient es, in Recklinghausen aufgegriffen und in die

Tat umgesetzt zu werden. Dabei kommen nicht nur die Bretter, die die Welt bedeuten, in Frage. Auch Volkskunstensembles, Laiengruppen, Chöre und Estraden sollten in Recklinghausen gastieren und die Ideen des Friedens, der Völkerfreundschaft und der internationalen Arbeitersolidarität massenwirksam darstellen.

Man stelle sich vor: das Alexandrow-Ensemble oder eine andere Volkskunstgruppe aus der Sowjetunion würde während der Ruhrfestspiele auftreten, vielleicht nicht nur im Festspielhaus, sondern auch vor großen Betrieben oder auf den Plätzen der Ruhrstädte! Dann wäre die Kunst keine Sache mehr für die oberen Zehntausend! Wenn man die Kultur demokratisieren und den Arbeitern zugänglich machen will, sollte man von den sozialistischen Ländern, den fortgeschrittensten Kulturnationen der Welt, lernen, sollte man ihre Künstler und Ensembles einladen.

Die Ruhrfestspiele dürfen nicht länger ein bloßes Theaterereignis bleiben, das mit der übrigen Gewerkschaftsarbeit so gut wie nichts zu tun hat. Sie sollten mehr und mehr den Charakter allgemeiner Arbeiterfestspiele annehmen und begleitet sein von einer Fülle anderer gewerkschaftlicher Kulturaktivitäten. Sie sollten zum Anlaß werden, die gewerkschaftliche Kultur-

arbeit insgesamt und von der Basis her zu aktivieren und vielerorts, auf betrieblicher und lokaler Ebene, Songgruppen, Laientheater und Zirkel malender, gestaltender oder schreibender Arbeiter ins Leben zu rufen.

Es sollten Veranstaltungswochen sein, auf denen der Kulturanspruch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten vielfältig und offensiv, nicht nur von der Bühne herab, demonstriert wird.“

Über die Arbeiterfestspiele in der DDR ist bei uns in der Bundesrepublik kaum etwas bekannt. In diesem Jahr fanden die vierzehnten statt, in Schwerin. Etwa 16 000 Laien- und Berufskünstler waren an den Kulturveranstaltungen beteiligt. 140 neue Volkskunstgruppen stellten sich vor. Es gab zahllose Gesangsaufführungen, Buchbasare, Diskussionen über Politik und Kunst. Auch mehrere Arbeiterensembles aus der Sowjetunion, aus Ungarn und Holland waren gekommen. Der folgende Bericht soll einen kurzen Eindruck vermitteln: Unter den 140 Volkskunstkollektiven, die während der 14. Arbeiterfestspiele auftraten, war auch das Dorftheater Ebersdorf mit seiner Inszenierung von Brechts „Mutter Courage“.

Hier zeigte sich etwas, was für die Ruhrfestspiele noch un-

denkbar ist: In der DDR hat sich unter der Führung der Arbeiterklasse eine Volkskunst entwickelt, die einzigartig ist. Kunst die aus dem Volk kommt, von den arbeitenden Menschen auch selbst mit Leben erfüllt wird. Der Begriff „Laienspiel“ hat hier jeden abwertenden Beigeschmack verloren, das ist nicht banales Schmierentheater, das ist Kunst von Menschen, die mitten im Leben stehen.

Deshalb ist das Beispiel des Dorftheaters Ebersdorf – nur ein Beispiel für viele – auch so bezeichnend: Wer könnte besser die Rolle der Mutter Courage spielen, als jene Bauerntochter, Hausfrau und Mutter aus Ebersdorf:

Hilfe und Anleitung beim gedanklichen Durchdringen und bei der Darstellung erhalten die Laienschauspieler von Berufskünstlern. Von Beginn an, seit 1960, holen sich die Ebersdorfer Unterstützung vom Geraer Theater. Es waren immer hervorragende Regisseure, die den Weg, die Zeit, die Mühe für die Laienschauspieler nicht scheuten.

Der Kontakt zwischen Laien und Berufskünstler ist freundschaftlich. Dorftheaterarbeit, das bedeutet

in Ebersdorf nicht nur, ein Stück auszuwählen, welches gerade für dieses Ensemble spielbar ist, die Besetzung festzulegen, auszuprobieren, zu verändern, das bedeutet nicht nur monatelanges Proben und dann die künstlerische und organisatorische Vorbereitung der Vorstellungen. Dorftheaterarbeit hier bedeutet mehr. Wer sich jahrelang neben seinem eigentlichen Beruf mit Literatur und darstellender Kunst beschäftigt, dessen Horizont erweitert sich, der wird klüger. – Und er kann etwas von seinem Wissen abgeben, andere profitieren lassen. Kontakte zu Betrieben, Vorträge und Jugendweihe-Veranstaltungen, von Mitgliedern der Gruppe bestritten, gehören zum Alltag. So wirkt das Dorftheater Ebersdorf als ein kulturelles Zentrum in dieser ländlichen Gegend. Betont werden muß hier noch, daß die künstlerische Qualifizierung mit der beruflichen einhergeht. Viele Mitglieder der Gruppe haben sich weitergebildet, tragen auch im Beruf eine größere Verantwortung – berufliche und kulturelle Arbeit ergänzen sich. Und nun fuhr das Dorftheater zum sechsten Mal zu den Arbeiterfestspielen, brachte die „Courage“ mit.



Ruhrfestspiele in Recklinghausen



Aus allen Teilen Europas kamen am 24./25. Juni 1 700 Jazz-Fans und Musiker ins westfälische Altena, um ein Wochenende dem „Free-Jazz“ – wie diese Musikrichtung ge-

nannt wird – zu widmen. Unter Fachleuten wird dieses 3. Internationale New-Jazz-Meeting zu den größten Jazz-Ereignissen des europäischen Kontinents gerechnet.

Unter'm Hammer – Ulli Martin: Du mußt nicht weinen



Endlich mal wieder so ein richtig schöner Hammer, den man zerreißen kann – in der Luft sozusagen: Dreimal der ziemlich lange Refrain, dazwischen zwei Strophen, ganz kurz, damit der Ulli keine Fehler machen kann. Darin verspricht er seiner Liebsten dann, daß er auf ihre Augen aufpassen will, die sind ja auch kostbar wie zwei Edelstein'. Die ganze Chose wird untermalt von weinenden Geigen, dem zu-

rückhaltend schluchzenden Chor und einer albernem Gitarre mit Hawaii-Appeal. Na ja, ist ja auch nicht schlimm. Ullis gibts ja bei uns zu Dutzenden. Nur: Wer kauft den Scheiß' eigentlich immer?

Nochmal: Biermann

Ohne eine Auseinandersetzung mit Wolf Biermann und seiner Kunst ersetzen zu wollen, ein paar Fragen müssen wohl noch zu der ZDF-Sendung mit ihm am 27.6. gestellt werden: Wie kommt es wohl, daß ausgerechnet das ZDF Biermann sendet? Das ZDF, das sonst eifrig Süverkrüp-Lieder beschneidet und Kittner, Süverkrüp und andere politische Künstler bei jeder sich bietenden Gelegenheit verunglimpft.

Wie kommt es wohl, daß im ZDF nie z.B. der Berliner Oktober-Klub auftritt? Wieso wird wohl gerade Biermann von unserer bürgerlichen Presse hochgejubelt und das Unternehmen des ZDF als „begehrtesten und mutige Sendung“ gelobt? (Ruhr-Nachrichten vom 29.6.72)

Ob sich Herr Biermann, der sich ja immerhin Kommunist nennt, ob sich Herr Wagenbach, sein westdeutscher Verleger, diese Fragen vor den Filmaufnahmen gestellt haben?

Die linke Stimme in Bonn – Singe gruppe Solidarität



„Daß es euch gibt, ist fast wie ein Wunder“, hörten wir bei unseren ersten Auftritten. „Bei den linken Leuten an der Universität war doch immer zu hören: Kultur ist Scheiße!“ Eben um solchem Unsinn entgegenzuwirken, setzten wir uns Anfang 1971 zusammen, erst wenige, bald schon so viele, daß der Wohnraum, in dem geübt wurde, aus den Nähten zu platzen drohte. Und wir diskutierten: Kultur ist für alle da. Die arbeitenden Menschen haben ein Anrecht, sich Kultur in jeder Form anzueignen. Die Arbeiterklasse hat einen ungeheuren kulturellen Reichtum hervorgebracht, der hierzulande einfach totgeschwiegen wird. Wir setzten uns als Ziel, mit politischen Liedern Menschen zu unterhalten und aufzuklären.

„Doch vor den Erfolg ist der Schweiß gesetzt. Wir haben wochenlang geübt, immer mit Tonbandkontrolle. Schließlich die ersten Auftritte. Wir hatten nicht gedacht, daß wir so schnell bekannt werden würden. Aber wir kamen an, wir erreichten unser Publikum. Das Geheimnis des Erfolgs? Vor allem wohl die konsequente Interpretation der Lieder, daß die Texte auch mit dem notwendigen ‚Biß‘ über die Bühne kommen. Aber auch einige be-

gabte Instrumentalisten, die wir anderen Gruppen sicherlich voraushaben. Vor allem ein Rat für junge Gruppen: man kann politische Lieder nicht einfach singen, man muß voll hinter dem Text stehen, und das muß das Publikum auch merken. Die Entwicklung unserer Singegruppe ist verbunden mit dem Erfolg eines Liedes: des Liedes vom stinkenden, giftigen Rhein, das auch schon in „elan“ abgedruckt wurde. Da ich es selbst geschrieben habe, kann ich einiges dazu sagen. Einige Monate lang habe ich Informationen über die Rheinverschmutzung gesammelt. Dann habe ich mich nach einer Melodie umgesehen. Es sollte was zum Mitschunkeln sein, wie bei den herkömmlichen Rheinliedern. Ich fand das Lied „Roll

on Columbia“ von Woody Guthrie, das auch von einem Fluß handelt und im Dreivierteltakt ist. Woody hatte die Melodie von Leadbelly, einem anderen amerikanischen Volksänger, übernommen, und so machte ich es jetzt mit seiner Version: Ich sang mir das Lied für meine Zwecke zurecht. Dann gings an die Textbearbeitung. Als Vorbild nahm ich mir Beispiele aus der klassischen Musik: die Moldau von Smetana und den Donauwellenwalzer von Strauß, die beide einem Fluß geografisch folgen. So ging es im Text also rheinabwärts, und so ist es ja auch: Vom Bodensee bis zur Nordsee, überall lassen die Bosse ihren Dreck in Europas größte Kloake. Inzwischen sind in unserer Gruppe viele neue Lieder entstanden, durchaus nicht nur solche Knüller wie das Rheinlied. Aber auch wenn's mal nicht so hinhaut, sollte man sich nicht entmutigen lassen, immer wieder mit neuen Liedern zu aktuellen Problemen Stellung zu nehmen. Vor allem sollte man keine Scheu haben, Melodien und Texte einfach zu übernehmen oder umzumodeln. Auch Beethoven hat, und das gibt er als ganz selbstverständlich zu, aus dem vollen geschöpft und auf Überliefertes im großen Maß zurückgegriffen. Es gibt viele Melodien, die zu bestimmten Texten passen. Warum also in jedem einzelnen Fall eine eigene Melodie austüfteln? Zu Beginn habe ich etwas von Universität gesagt. Die meisten von uns sind Studenten, allerdings nur einer an der Uni, die anderen an der PH und an Fachschulen. Einige unserer Mitglieder stehen im Arbeitsleben. Wenn unsere studentischen Mitglieder das Studium abschließen, können sie oft aus Zeitmangel nicht mehr in der Singegruppe mitarbeiten. Das gleiche kann passieren, wenn Leute von uns andere wichtige politische Aufgaben übertragen bekommen. Das Problem, eine gute Gruppe zusammenzuhalten, auch wenn die Zusammensetzung sich verändert, ist wohl eine der Hauptschwierigkeiten, mit denen die Singegruppen in der BRD fertig werden müssen.

Dem Frieden die Freiheit

Der Deutsche Demokratische Rundfunk, „Stimme der DDR“, ruft alle Textautoren und Komponisten auf, sich an einem internationalen Wettbewerb des Solidaritätsliedes zu beteiligen. Zum Wettbewerb können Gedichte, Lieder, Songs, Chansons, Chor- und Massenlieder eingereicht werden, die den Geist der Solidarität zum Ausdruck bringen, der aktiven Solidarität mit den vom Imperialismus unterdrückten Völkern, mit den vom Imperialismus eingekerkerten Patrioten in der Welt.

Am Wettbewerb können sich Textautoren und Komponisten aus allen Ländern beteiligen. Die musikalischen Arbeiten können in voller Instrumentation oder in Klavierfassung eingereicht werden.

Einsendeschluß ist der 3. September 1972 (Poststempel). Eine von den Sendern des Deutschen Demokratischen Rundfunks gebildete

Ein Klassenschlager wird der neueste Jane-Fonda-Film sicherlich nicht; denn weder wurde für „Klute“ die große Werbetrommel gerührt, noch kreist eine ausreichende Anzahl von Kopien in den Kinos. Und: Regisseur Alan Pakula weicht zu stark vom üblich gewordenen Gangster-Film-Muster ab, als daß jener auf seine Kosten kommen könnte, der blutige Schießereien und atemberaubende Autohatzen erwartet. Statt dessen wird hier mit langsam, aber unaufhaltsam anlaufender Spannung die Geschichte einer Mörderjagd erzählt, deren Atmosphäre an „Blow up“ erinnert. In den Hauptrollen: Jane Fonda und Donald Sutherland. Ihre Leistung und Gordon Willis' hervorragende Kameraführung machen „Klute“ sehenswert.

Jury wird die besten eingesandten Arbeiten auswählen und mit Preisen auszeichnen.

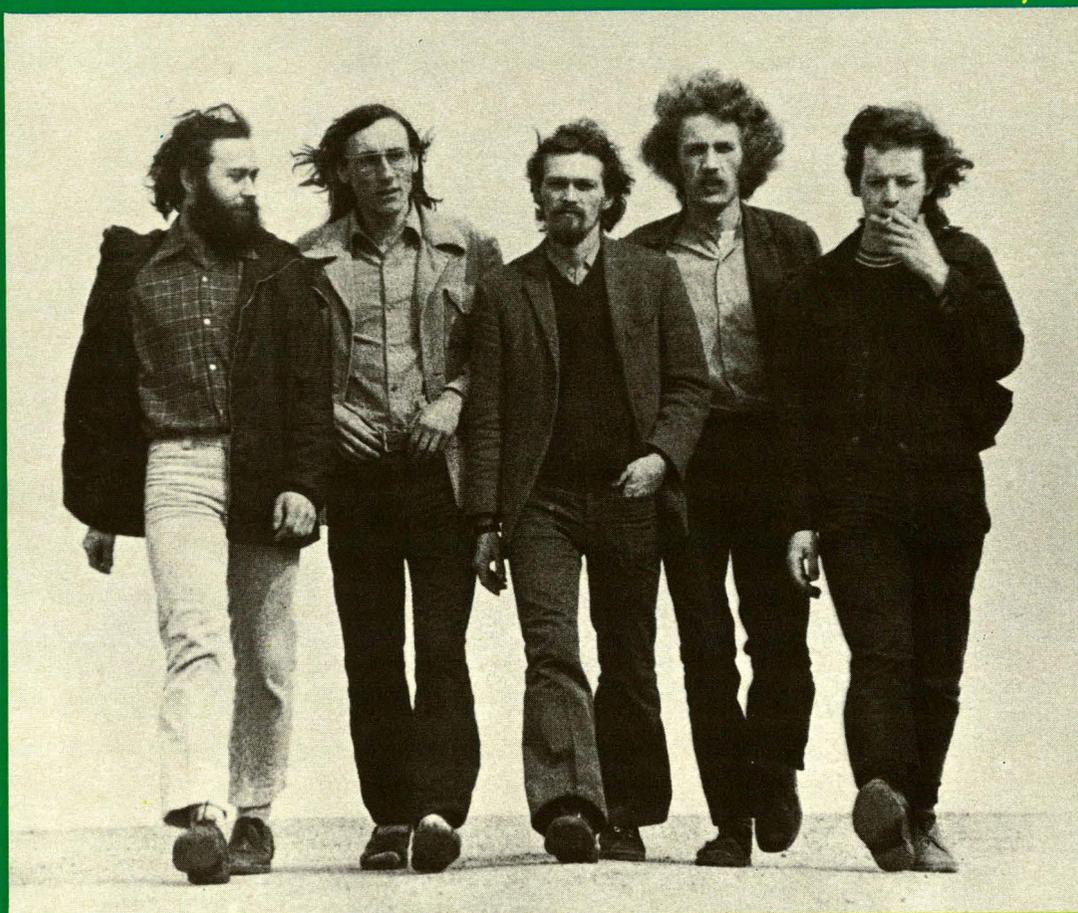
Sämtliche preisgekrönten Titel des Lieder-Wettbewerbs werden in der Solidaritätsaktion „Dem Frieden die Freiheit“ im Dezember 1972 in der DDR vorgestellt.

Die Preisträger für die musikalischen Arbeiten sowie für die mit dem 1. bis 3. Preis ausgezeichneten Texte werden außerdem in die DDR eingeladen. Die Reisekosten sowie die Kosten für drei Tage Aufenthalt trägt der Deutsche Demokratische Rundfunk.

Bei den Entscheidungen der Jury ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

Alle preisgekrönten Arbeiten werden Eigentum des Deutschen Demokratischen Rundfunks. „Stimme der DDR“ behält sich vor, eingereichte Arbeiten, die keinen Preis erhielten, zu den im Gebiet der DDR üblichen Honorarsätzen anzukaufen. Die Einsendungen sind zu richten an:

„Stimme der DDR“
Solidaritätslied-Wettbewerb
116 Berlin
Nalepastraße 18–50
DDR



Hotzenplotz – Songs aus der Show

Hotzenplotz: so nennt sich eine Gruppe von fünf jungen Musikern aus Stuttgart, die im süddeutschen Raum seit einiger Zeit durch eine Polit-Rock-Show bekannt geworden ist. Ebenso wie etwa der Floh de Cologne – der Vergleich drängt sich geradezu auf – versuchen die Hotzenplotz, Pop-Musik zum Mittel ihrer politischen Aussagen zu machen. Denn das wollen sie: Mit ihrem harten Rock den Schülern und Lehrlingen, die sie ansprechen wollen, ihre beschissene Lage klarmachen. Aber im Gegensatz zu den Flöhen haben die Hotzen-

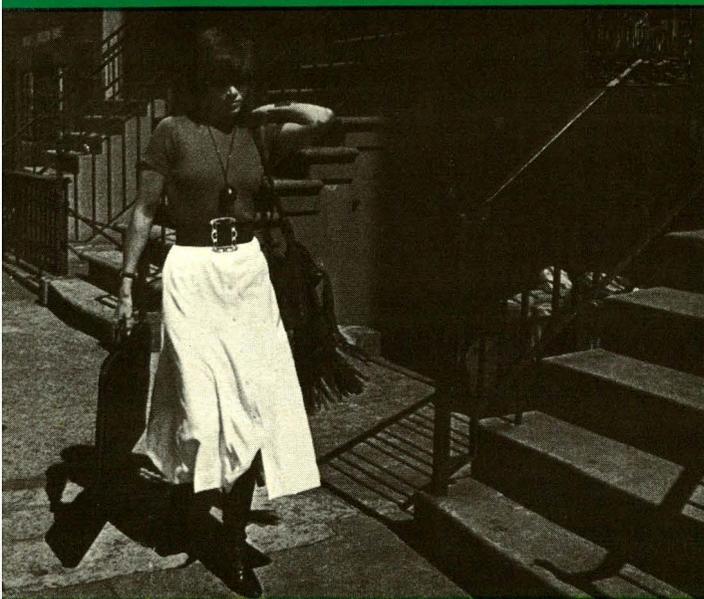
plotz eine Art des Musizierens entwickelt, die sie durchaus vor den gängigen Pop-Gruppen bestehen läßt. Die Musik ist bei ihnen nicht Gratis-Beigabe zu den Texten. Und die Texte behandeln genau das, was Jugendliche interessiert. In verständlicher Sprache wird gezeigt, daß Probleme nur gemeinsam gelöst werden können:

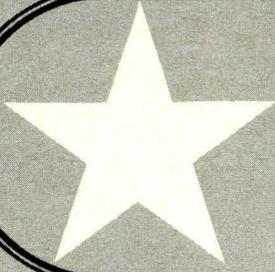
Solidaritätsgefühl wird vermittelt.

Die Gruppe hat in Eigenproduktion eine Schallplatte mit Songs aus der Show herausgebracht – zum Nachsingen und Nachmachen. Sie verkauft die LP im Anschluß an ihre Auftritte für sage und schreibe 10 Mark. Im Versand ist sie für 12,80 DM zu haben.

Fazit: Unbedingt empfehlenswert!

Hotzenplotz: Songs aus der Show, Eigenproduktion, 12,80 DM, zu beziehen bei: Hotzenplotz, 7000 Stuttgart, Werastr. 8.





Leserforum



Greift zur Feder

Der Vorschlag von Maria v. Fransecky im letzten elan, einen Schreibwettbewerb „Greift zur Feder“ anzuregen, ebenso wie ihr nachstehender Text über die Verteilung einer Zeitung vor'm Betrieb ist eine großartige Sache.

elan sollte diesen Vorschlag aufgreifen und eine Textspalte freihalten für selbstverfaßte Kurzreportagen, Gedichte usw. Viele werden sich bei dem Gedicht über das Zeitungsverteilen wiederfinden. Das geht uns alle an, das verbindet. Es ist doch interessant, wie in anderen Gruppen z.B. Zeitungen entstehen, wie Gruppenabende, Feten, Lehrlingsveranstaltungen, Berufsschul- und Arbeitstage ablaufen, dargestellt in kurzer Textform oder Karikaturen. Darum: „Greift zur Feder“!

Ludwig Angert, Kassel

Für Olympiade des Friedens!

Ich stimme mit euch darin überein, daß die fortschrittliche Jugend in der BRD etwas tun muß, um dazu beizutragen, daß die diesjährigen Olympischen Spiele im Sinne von de Coubertin, dem Begründer der neuzeitlichen Spiele, durchgeführt werden.

Allerdings frage ich mich – man schaue sich nur die Zusammensetzung des Nationalen Olympischen Komitees an – ob die herrschende Klasse in der BRD die Spiele organisiert, um dem Frieden zu dienen oder dem Profit.

Die arbeitende Bevölkerung, die ja schließlich die Olympiade finanziert, muß durch ihre Organisationen ein entscheidendes Mitspracherecht bekommen. Nur dann können die Olympischen Spiele dem Frieden dienen.

Ich halte es für notwendig, daß

die fortschrittliche Jugend den neofaschistischen Kräften und der Hetze der beiden CIA-Sender „Radio Liberty“ und „Radio Freies Europa“ entgegentritt.

Um dies zu ermöglichen, würde ich die Einberufung eines Kongresses der demokratischen und sozialistischen Jugendorganisationen zu Beginn der Olympischen Spiele in München begrüßen. Das Motto müßte etwa lauten: „Für eine Olympiade des Friedens und der Völkerverständigung“. Es müßte doch möglich sein, dafür eine breite Basis zu finden.

Ich selbst würde die Olympischen Spiele gern als einen Beitrag zur Völkerverständigung sehen, als ein Treffen von Jugendlichen aus aller Welt, ohne

Nationalismus und Revanchismus. Es wird allerdings noch viel zu tun bleiben, um dieses Ziel zu erreichen.

Bernd Vahl, Heikendorf

Neulich las ich davon, daß sich ein Teil des Olympiazeltendes braun färbt. Die Isolierschicht unter dem Dach der Sport- und Schwimmhalle weise dunkle Flecke auf. Der ursprünglich geplante silbrige Glanz des Daches ist empfindlich trüber geworden. Eine Expertenkommission soll zur Zeit die Ursachen der Braunfärbung prüfen. „Braunfärbung“ – dabei denkt man sofort weiter. In München ist – wie inzwischen bekannt geworden sein dürfte – nicht nur ein Zelt Dach braun gefärbt. Und

ein braunes Zelt Dach wäre, obwohl hier deutlich wird, wie leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen wurde, noch nicht einmal das schlimmste.

Viel bedenklicher ist die politische Braunfärbung: trotz Olympia und vielgepriesener Völkerverständigung dürfen sich die Hetzsender „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“ weiter ausschleimen und auch während der Spiele ihre friedensgefährdende Hetze betreiben. Das gleiche gilt für die Heim-ins-Reich-Politik der Vertriebenenverbände. Und gar nicht so weit davon entfernt kocht Franz Josef Strauß mit seinem schwarzen Anhang sein Süsschen; es sei nur an das CSU-Rundfunkgesetz erinnert, das allen Grundsätzen der Pres-



„Er soll sich bei uns wie in der freien Natur fühlen!“

heit widerspricht. Dazu
nmen noch die bereits ange-
digten Provokationen neo-
chistischer Organisationen,
die die sonst so regen In-
minister nicht mal mit
em müden Seufzen reagier-

f diese Braunfärbung in
nchens politischer Land-
aft eine Expertenkommissi-
n anzusetzen, wäre weitaus
gebracht. Eine Experten-
mission, die die Ursachen
stellt und ein für allemal be-
igt. Aber da sind noch Abs
i Flick vor!

achim Luplow, Dortmund

Wen wählen?

Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagsneuwahlen stellt sich für viele junge Kollegen und Kollegen die Frage, welche Partei sie wählen sollen. Einige glauben, durch ihre Wahlstimme einen Wahlsieg der SPD herbeiführen zu müssen, weil sie meinen, daß durch Möglichen für eine fortschrittliche Politik gesichert werden.

Die Sozialdemokraten befürchten, daß ihnen durch eine Wahlunterstützung der Deutschen Kommunistischen Partei vielleicht die entscheidenden Stimmen verlorengehen.

Den Leuten muß klargemacht werden: Es kann nicht der Sinn des Wahlkampfes sein, daß wir gegen die Sozialdemokraten in eine Wahlschlacht treten. Wir, Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten, haben einen gemeinsamen Feind: Das sind Barzel, Strauß und die CDU/CSU und ihre Unterhändler vom Monopolkapital, die versuchen werden, durch Wählerverblendung und Verwirrung bei den kommenden Neuwahlen die Macht an sich zu reißen.

Andererseits können wir nicht Helmut Schmidt wählen, sondern durch die Aufstockung des Leistungssatzes gegen den Geist der Verträge von Moskau und Warschau verstößt.

Wir können keinen Mann vom Schlage Genschers wählen, der durch Berufsverbot und durch verschärfte Notstandsgesetze den Abbau demokratischer Grundrechte entscheidend beigetragen hat.

Wir können keinen Walter Scheel wählen, der durch seine Politik die Aufnahme der DDR in die UNO blockieren will.

Wir können keinen Bundespräsidenten wählen, der — trotz Friedensnobelpreis — durch sein verlogenes Schweigen und

durch Devisenzahlungen den Krieg des USA-Imperialismus in Indochina unterstützt.

Wir sollten uns darüber im klaren sein:

Eine fortschrittliche, an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientierte Politik ist nur durch eine starke marxistische Partei der Arbeiterklasse möglich.

Das heißt für uns: Stärken wir die Deutsche Kommunistische Partei.

Unsere Stimme der DKP!
Roland Brinkhoff, Hiltrup

Erst 13 Jahre alt

Da mein Sohn Ihr Blättchen elan ohne mein Wissen bestellt hat und er erst 13 Jahre alt ist und ich nicht möchte, daß er Kommunist wird, möchte ich hiermit das Abonnement sofort abbestellen!!!!

Wenn er 18 Jahre ist, soll mir das egal sein. Aber jetzt kann er sich noch keine politische Meinung bilden!

W. V., Moers

Politiker testen!

Ich finde die Idee mit der Serie „elan testet Politiker“ sehr gut. Im Dezember werden bei Neuwahlen erstmals auch die Jugendlichen ab 18 Jahren bei Bundestagswahlen ihre Stimme abgeben. Da ist es wichtig herauszustellen, welche Politiker die Interessen der Jugend vertreten.

Die elan-Leser sollten aber nicht allein dem elan den Test überlassen. Sie sollten die Wahlversammlungen der Parteien aufsuchen und dort ihrerseits die Kandidaten auf Herz und Nieren prüfen.

Klaus Meißner, Hagen

Mehr Wehrsold!

Als Soldat und junger Sozialist finde ich es gut, daß elan als Zeitung der Arbeiterjugend über die politischen Probleme der jungen Wehrpflichtigen berichtet. Ich meine aber, daß elan bisher zu wenig an unsere wirtschaftliche Situation gedacht hat. Immer noch müssen wir mit geringem Wehrsold auskommen und in Bundeswehrekantinen hohe Preise für Brötchen und Bier bezahlen. Jürgen Steinert, z.Zt. Kellinghusen

Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)


& einreichen an:
Weltkreis-
Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

Wo fehlt eine?



Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie

Gratiskatalog 286 W

NÖTHEL Deutschlands großes
A. O. - M. Z. W. Büromaschinenhaus

34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Wir drucken unsere Plakate selbst

Hervorragende Plakatdrucke können im Siebdruck-Verfahren hergestellt werden. Eine Siebdruck-Anlage kann man sich preisgünstig selbst bauen.

Wie?

Das ist nachzulesen im elan-Sonderdruck

„Alles über Siebdruck“

Zu beziehen durch:

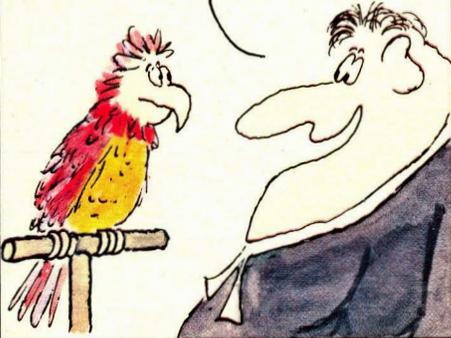
Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16

Telefon 57 20 10

Bei Bestellung pro Exemplar 0,50 DM in Briefmarken beifügen.

"SO, DANN WOLLEN WIR
"BEIDE MAL..."



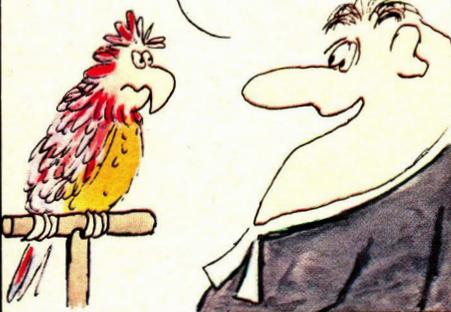
"ICH SPRECHE ES DIR VOR
UND DU SPRICHST ES MIR
NACH..."



"LO-BET DEN
HERRN. KLAR?"



"NA?"



"LO... BET... .. DEN...
HERRN!
HM?"



"ALSO PASS AUF!
LO..... BET..."



"...DEN..."



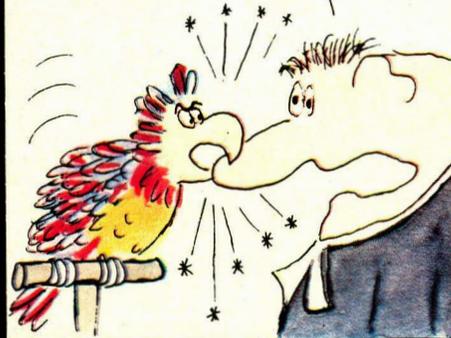
"... HER... REN. NA,
WAS IST?"



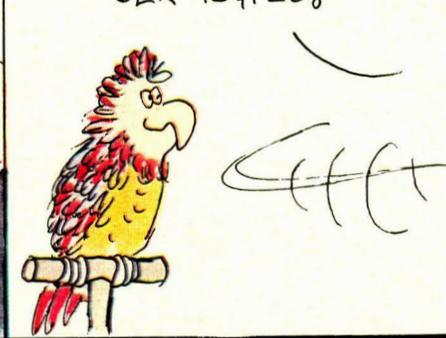
**LOBET DEN
HERRN!**



"VERFLUCHT!"



"DANN HOL DICH DOCH
DER TEUFEL!"



"VERFLUCHT, HOL
DICH DER
TEUFEL...."



...VERFLUCHT, HOL
DICH DER TEUFEL!
VERFLUCHT, HOL DICH..."